Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (11. Juni 2003)

Sand im Getriebe 22

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe **•** ***html-Version unter*** www.attac-austria.org/sig/sig.php
***email an die Redaktion*: sig@attac.de**

Nach Bagdad und Evian:

G1, G8 oder GWelt?

Bewegen wir uns an der „Abbruchkante der Zeit", wie I.Kant sie 1789 in Europa sah? Der Angriffskrieg gegen den Irak; die absolute imperiale Vorherrschaft von G1 (USA); Risse innerhalb von G8; das Abgleiten der Weltwirtschaft in Deflation und Krise; das Anwachsen der „zweiten Supermacht" (GWelt) seit dem 15.2 2003; das Aufleben des Kampfgeistes der sozialen und auch der Arbeiterbewegung in einigen europäischen Ländern? „Soviel Neues war nie!" (Peter Wahl).
Diese Ausgabe stellt unterschiedliche, sich teils widersprechende Ansätze zur Analyse der neuen Lage der Welt nach der Aggression gegen den Irak auch der deutschsprachigen ATTAC-Öffentlichkeit zur Verfügung. Wenn gesellschaftliche Widersprüche sich verändern, verschieben, überlagern, zuspitzen, dann ist es an der Zeit, genau hinzuschauen, zu analysieren, neue Fragen zu stellen und sich bisher verdrängten mutig zu stellen.

- **Bernard Cassen** stellt „Drei Fragen an ATTAC", wohl wissend, dass über die Antworten vielleicht – jedenfalls kurzfristig - kein Konsens zu erzielen ist. „Solche Situationen – die weder ganz schwarz noch ganz weiß sind – sind wir nicht gewohnt."
- **Alex Callinicos** analysiert die weltweite Antikriegs-Bewegung. Er kritisiert Bernard Cassen, Naomi Klein und Hardt/Negri in ihrer Beschreibung der Struktur des Kapitalismus, der Ursachen des Krieges und in ihrer Einstellung zum Verhältnis von Ökonomie und Politik und freut sich: „Die Bewegung lernt, strategisch zu denken".
- **Tariq Ali** bettet den aktuellen Irak-Krieges in die lange Geschichte von Kolonialismus und Imperialismus ein. Man soll sich nicht wundern über die aufgetauchten Risse zwischen dem alten Europa und den USA: „Scharfe internationale Diskrepanzen sind total kompatibel mit der grundsätzlichen Harmonie der Interessen der kapitalistischen Mächte, die sich gegenseitig bestärken."
- **Walden Bello** analysiert das US-Imperium, das er bereits im Stadium der Überdehnung sieht. Abweichend von Tariq Alis Analyse glaubt er, dass die UNO zu neuem Leben erwachen wird. „Die Rolle der UNO als Mechanismus. die USA zu isolieren, wird gestärkt werden."

Welche Rolle soll Europa spielen? Wie sind die Stärken und Schwächen von G1 einzuschätzen? Welche Rolle kann die UNO noch spielen? Haben wir es mit Freihandelsimperialismus oder /und Ressourcenimperialismus zu tun? Von den Antworten hängt auch ab, mit wem wir Bündnisse eingehen können und mit wem nicht, was die Strategie und Taktik unserer Bewegung im Kampf um GWELT sein sollte.
Wir danken coorditrad und allen ehrenamtlichen Übersetzern, die die SiGs erst möglich machen. Auf der Sommerakademie wird ein Übersetzer-Wokshop angeboten. Interessierte sind herzlich zur Mitarbeit an SiG eingeladen.

Die Redaktion: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac-Deutschland), Barbara Waschmann, Claus Faber (Attac Österrreich). Karin Vogt, Alessandro Pelizzari (Attac Schweiz)

G8 in EVIAN		**Seite**
G. Dumenil/ D. Levy	**Die Geschichte der G8: Politik der neoliberalen Globalisierung**	2
Gus Massiah	**Wir streiten der G8 jede Legitimität ab und verlangen ihre Auflösung**	8
Peter Wahl	**So viel Wandel war nie**	10
Bernard Cassen	**Drei Fragen an ATTAC**	12
IRAK		
Focus on the Global South	**Besatzer, raus aus Irak!**	14
Conn Hallinan	**Nach dem Krieg: wer räumt den Dreck weg?**	15
Tariq Ali	**Der neue Imperialismus und die Lehren aus der Rekolonisierung des Irak**	16
Alex Callinicos	**Unterschiedliche Interpretationen des Irak-Krieges**	23
Walden Bello	**Mehr verloren als gewonnen - Bilanz des Irak-Krieges**	25
Felix Kolb/Alicia Swords	**Friedensbewegung in den USA und der Irak-Krieg – Einfluss und Perspektiven**	27
Rolf Becker	**Es wechseln die Zeiten – Rede zum Ostermarsch 2003 (Hamburg)**	30
GATS		
Maria Mies	**Frauen stoppt GATS! (Kongressbericht)**	32

Die Geschichte der G8: Politik der neoliberalen Globalisierung

Gérard Duménil und Dominique Lévy

(Auszug aus einem Buch von ATTAC France, zu Evian erschienen)

I – Einigkeit macht die Reichen stark – oder was man unter G7/G8 zu verstehen hat.

Die Beziehungen zwischen den wichtigsten kapitalistischen Ländern waren schon immer eine komplexe Mischung aus Rivalität und Kooperation, die im Zuge von Konfrontationen und Bündnissen ständig neu definiert werden musste. Nach Ende des 2. Weltkrieges kam es dann zu einer neuen Konstellation, die die uneingeschränkte Vorrangstellung der USA unter den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern in einer vom Kalten Krieg geteilten Welt festschrieb. Der Wiederaufbau Westeuropas erfolgte danach unter dem Schutzschild der USA; das neue Japan war das Produkt einer gewaltsamen US-Intervention. Aber Mitte der 70er Jahre wandelten sich die Beziehungen zwischen den USA und seinen Alliierten und zwar im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen und politischen Erstarken Europas und Japans. Das Ergebnis war eine tripolare Konstellation.

Vor diesem Hintergrund war es kein Zufall, wenn die Beziehungen zwischen den führenden kapitalistischen Ländern in den 70er Jahren eine neue Wende nahmen. Die Beziehungen wurden im Rahmen der G7 (G8 nach der Aufnahme von Russland) institutionalisiert. Ohne an die Stelle der alten multilateralen Beziehungen zu treten, ging es nun darum, der Wirtschaftskooperation durch ein alljährliches Treffen auf höchster Ebene – der Ebene der Staatschefs - einen systematischen Charakter zu verleihen. Hohen Symbolwert hat in diesem Zusammenhang der Beschluss, das Treffen jedes Jahr in einem anderen Teilnehmerland stattfinden zu lassen.

Die G7/G8-Länder als Institution

Man spricht von der G7 oft als einem Zusammenschluss von Ländern, bzw. einem wirtschafts-politischen Gebilde, das die USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Kanada und Italien umfasst. So wird zum Beispiel auf die Produktion der G7-Länder, das Produktionsvolumen und Zuwachsraten etc. Bezug genommen.

Die wirtschaftliche, politische und militärische Macht der G7 ist beträchtlich. Im Jahre 2000 erzielten die 7 Länder, die 12% der Weltbevölkerung ausmachen, 45% der Weltproduktion. Das durchschnittliche Prokopfeinkommen lag um 6,3 mal höher als das Einkommen der übrigen Menschen. Die Militär-ausgaben dieser Länder entsprachen 60% der in diesem Bereich weltweit erfolgten Ausgaben. Innerhalb dieser Staatengemeinschaft ist der Anteil der USA selbstverständlich von herausragender Bedeutung (2000: knapp die Hälfte der Produktion und 60% der Rüstung der G7).

Aber die G7 ist auch eine Institution oder besser gesagt: eine Jahresgipfelkonferenz. Ihre erste Vorstufe war das Treffen der Finanzminister der USA, Deutschlands, Großbritanniens, und Frankreichs, das im März 1973 in der Bibliothek des Weißen Hauses stattfand. Die Finanzminister, denen sich der japanische Vertreter zugesellte, trafen sich wiederholt in den darauf folgenden Jahren. So nahm die G5 Gestalt an. Präsident Giscard d'Estaing hatte dann die Idee eines Treffens der fünf Staatschefs, ohne dass die Frage geklärt wurde, ob sie jährlich stattfinden sollten. Im November 1975 fand es dann zum ersten Mal in Rambouillet statt; vertreten waren sechs Länder, da sich Italien anschloss. Im Juni des darauf folgenden Jahres berief Präsident Ford wieder eine Gipfelkonferenz ein, diesmal in Porto Rico. Mit dem Eintritt Kanadas fing die Ära der G7 an. Von nun an hielt man sich an den Jahresrhythmus. Ab dem dritten Treffen war die EG - später EU - als politische Organisation vertreten.

Seit 1996 lautet die Eingangsformel der Kommuniqués unverändert:
„Wir, die Staats- und Regierungschefs der am meisten entwickelten Industrieländer und der Präsident der Europäischen Kommission sind zusammen gekommen..."
Als 1997 Russland vollassoziiertes Mitglied wurde, war die G8 geboren. Von da an lautete die Formel der Konferenz-Kommuniqués: „Wir, die acht Teilnehmer der Gipfelkonferenz..." Im darauf folgenden Jahr nahm das Kommuniqué dann Bezug auf „acht Demokratien" und 2002 wurde beschlossen, im Jahre 2006 Russland die Präsidentschaft zu übertragen.

Die Geburt der G8 bedeutete jedoch nicht das Aus für die G7, ganz im Gegenteil: Im Schatten der G8 entwickelt sich die G7 weiter; besonders wenn es um Fragen der Wirtschaft und der Finanzen geht. In der Tagesordnung der Ministertreffen, die im Rahmen der jährlichen Gipfelkonferenz stattfinden, sind Zeiten speziell für die G7-Staaten vorgesehen. Mit anderen Worten: die Integration Russlands stößt weiterhin auf Grenzen.

Geredet wird auch gelegentlich von der G10, die weder etwas mit der G7 noch mit der G8 zu tun hat. In ihr sind außer den G7-Staaten die Niederlande, Belgien, Schweden und die Schweiz vertreten, d.h. elf Teilnehmer aber die Bezeichnung ist gleich geblieben. Gegründet wurde sie 1962 anlässlich der Unterzeichnung des ‚Allgemeinen Kreditabkommens des IWF', auf das wir weiter unten noch zu sprechen kommen.

Es ist zur Gewohnheit geworden, internationale Treffen mit dem Buchstaben „G" und der Zahl der Teilnehmer zu kennzeichnen.

Eine informelle Institution, die es in sich hat.

Die G7/G8 ist keine internationale Institution, wie z.B. der IWF und die Weltbank. Trotzdem haben wir es mit einem strukturierten, relativ ausgeklügelten System zu tun.

Das wichtigste Organ ist die Jahrestagung der Staatschefs, die ohne feste Tagesordnung auf persönliche Gespräche unter Ausschluss der Öffentlichkeit großen Wert legen (siehe den Appell am Ende des Kommuniqués von 1993 (1), der im darauf folgenden Jahr bekräftigt wurde). Eine zweite Ebene, direkt unter den Staatschefs, bilden die Finanz-, Außen-, bzw. andere Minister (Handel, Arbeit, Umwelt). Hinzukommen die zahlreichen beratenden Experten, von denen sich die Staatschefs umgeben.
Außer dieser Jahrestagung gibt es ad hoc-Treffen der Staatschefs oder Minister einer bestimmten Staatengruppe. Die Rede ist dann von der G5 oder G3. Jedes Problem, jedes wirtschaftliche oder politische Ereignis kann grundsätzlich zur Bildung einer besonderen Gruppe führen. So sind im Laufe der Jahre zu den verschiedensten Themen wie z.B., neue Energiequellen, Russlandhilfe, Hilfe an afrikanische Regionen, Kampf gegen den Terrorismus etc. ad-hoc-Gruppen entstanden.

Welches sind die Zielsetzungen der G7/G8?

Aufgabe dieses Klubs der reichen Länder ist es, die Wirtschaftspolitiken und ganz allgemein die Politik der beteiligten Länder zu koordinieren. Die ausgesprochen politische Dimension wurde im Laufe der Jahre immer deutlicher. Bei den ersten Treffen ging es vor allem um die Lösung wirtschaftlicher Probleme der Staatengemeinschaft, d.h. um die Entschärfung der Interessengegensätze, die sich aus den Schwierigkeiten ergaben, mit denen sie konfrontiert waren. Im Laufe der Jahre, in denen der Neoliberalismus Gestalt annahm, ging es immer mehr um die wirtschaftliche und politische Kontrolle der restlichen Welt, d.h. vor allem um die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Interessen der so genannten ‚zentralen Länder' und ihre privilegierten Gesellschaftsschichten.

Bei der Steuerung der neoliberalen Globalisierung spielen die anderen internationalen Organisationen selbstverständlich eine Schlüsselrolle. An erster Stelle ist hier die Liberalisierung des Handels zu nennen. Die Absicht, Verhandlungen im Rahmen des GATT und dann der WTO zu beschleunigen, wird in den Kommuniqués immer wieder bekräftigt. Das Gleiche gilt für den IWF, dessen Finanzvolumen erhöht und dessen Aktionen unterstützt werden sollen (siehe auch die Grußadressen an den IWF aus dem Jahre 1984 und die OCDE, deren Aktionen lobend erwähnt werden [2]). Zu erinnern sei auch an die Schlüsselrolle, die die OECD bei der Durchsetzung der neoliberalen Ordnung gespielt hat. Lange bevor überhaupt vom Neoliberalismus die Rede war, wurde bereits 1961 bei der Gründung der OECD von einem „Liberalisierungskodex für Kapitalbewegungen" gesprochen.

II. Von der Krise des Weltwährungssystems zur neoliberalen Globalisierung oder was die G7 unter Wirtschaft versteht.

Seit der Gründung der G7 hat sich die Wirtschaftslage der Mitgliedsländer grundlegend verändert. Deshalb ist es nötig, einen kurzen Blick in die Vergangenheit zu werfen.

Der Kontext der Gründung der G7: Krise des Weltwährungssystems, Erdölkrise und Rezession in den Jahren 1974/75.

Die Entstehungsphase fällt zeitlich mit der Krise zusammen, die in der ersten Hälfte der 70er Jahre das 1944 in Bretton Woods gegründete Weltwährungssystem durchmacht. Die Krise wurde auch als ‚Dollarkrise' bekannt, weil die amerikanische Währung ihr Dreh- und Angelpunkt war. In ihrem Verlauf kam es zu großen Spannungen zwischen den USA und den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern, besonders mit Deutschland. Die Auseinandersetzungen spielten eine Schlüsselrolle bei der Entstehung der G7.

Im System von Bretton Woods gab es feste Wechselkurse; trotzdem hatte jedes Land die Möglichkeit, diese zu korrigieren, wenn es nötig war. Typisch für die Vorgehensweise war, dass alle Währungen regelmäßig gegenüber dem Dollar abgewertet wurden (und somit auch gegenüber dem Gold aufgrund der Konvertibilität des Dollars in Gold zu einem vorgegebenen Wechselkurs). Es gab weltweite Kapitalflüsse. Die US-amerikanischen Direktinvestitionen in Europa stiegen z.B. in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg ständig an. Aber es gab auch ein System der Kontrolle der Wechselkurse, die es erlaubte, die Finanzflüsse zu steuern und sie beträchlich immer dann zu begrenzen, wenn wegen abweichender Inflationsraten eines Partners der USA eine Abwertung unmittelbar bevorstand. In dieser Situation wurde die Währungskontrolle verstärkt und später dann wieder gelockert. Auch die USA griffen auf diese Begrenzungsmöglichkeiten der Kapitalflüsse bis 1974 zurück.

Zu Beginn der 70er Jahre wies die amerikanische Handelsbilanz ständig Defizite auf, während sich die in Gold konvertiblen Dollars im Ausland immer mehr häuften. Die USA forderten ihre Partner – ohne Erfolg – auf, ihre Währungen aufzuwerten. Besonders Deutschland fühlte sich durch die Kapitalbewegungen bedroht, denn die Mark galt als ‚Zufluchtswährung'. Deutschland fürchtete, dass die Kapitalzuflüsse die Inflation beschleunigen. Die USA entschieden sich dann einseitig für die Zerstörung des alten Systems, indem sie die Dollar-Gold-Konvertibilität aufhoben und die Wechselkurse des Dollars schwanken ließen, wodurch die anderen Währungen ihrerseits Schwankungen unterworfen wurden. Die Folge war eine starke Dollarabwertung.

Diese Ereignisse zeugen von einer mangelnden internationalen Koordination und erklären zu einem guten Teil die Gründung der G7. Bemerkenswert bei dieser Auseinandersetzung ist, dass sie sich zwischen Ländern abspielte und den Staatschefs dabei die Hauptrolle zukam, ohne dass der IWF überhaupt beteiligt wurde, obwohl er aufgrund seiner Kompetenzen dazu berechtigt, ja sogar verpflichtete gewesen wäre. Europa befand sich in einer völlig ungewohnten Situation und die europäisch-amerikanischen Beziehungen veränderten sich damals tief greifend. Das **Währungssystem** entwickelte sich danach sehr schnell und wurde zum **Wegbereiter des Neoliberalismus**. Vor dem Hintergrund einer immer dringlicher werdenden Koordination auf höchster Ebene kam

es 1973 zum ersten Treffen der Finanzminister in der Bibliothek des Weißen Hauses.

Die Krise, die der Entstehung der G7 vorausging, drückte dessen weiteren Entwicklung den Stempel auf. In den folgenden Jahren blieb die Kontrolle der Währungs-schwankungen die Hauptsorge der G7-Akteure. Abgesehen vom Vertrauen in die Marktmechanismen sind die Staaten gehalten, sich um die Währungsschwankungen zu kümmern (s. das Kommuniqué von 1978 und den Hinweis auf die Selbstverpflichtung von Williamsburg – 1983 –, dann auf den Währungsmärkten zu intervenieren, wenn es angezeigt ist. Siehe auch: das Kommuniqué der Finanzminister aus dem Jahre 1997).

Gerade zu diesem Zeitpunkt, 1973-1974, brach die Erdölkrise mit den damit verbundenen hohen Preissteigerungen aus. Den Industriestaaten wurde klar, dass sie gegenüber der OPEC fest zusammenhalten mussten. 1974 kam es in diesen Ländern zu einer starken Rezession, die Wirtschaftstätigkeit verlangsamte sich in einem seit dem 2. Weltkrieg nicht gekannten Ausmaß und machte die Notwendigkeit, zu handeln, immer dringlicher. Die Energiefrage und insbesondere die Weiterentwicklung der Kernenergie und des Kohlebergbaus als Ersatz für das Erdöl bleiben weiterhin zentrale Themen der G7/G8-Gipfel.

Die Strukturkrise in den 70er Jahren – der letzte Abglanz keynescher Theorie.

In den Kommuniqués der G7-Gipfelkonferenzen, besonders in dem von 1978 kommt die Zweideutigkeit der Übergangsphase, in der sich die meisten kapitalistischen Länder damals befinden, besonders deutlich zum Ausdruck. Die „monetäre“, den Neoliberalismus ankündigende Entschlossenheit, „die Inflation zu bekämpfen“, wird von Anfang an in allen G7-Erklärungen deutlich. Das Dogma, nach dem es ohne Preisstabilität kein Wachstum gibt, wurde schon in den damaligen Kommuniqués immer wieder hervorgehoben. Trotzdem wurde die Notwendigkeit einer allgemeinen wirtschaftlichen „neuen Aufschwungs“ unterstrichen.

Im Zuge der Dollar- und Erdölkrise begann eigentlich für den Kapitalismus eine langfristige Verschlechterung der Wirtschaft. Mit der Strukturkrise der 70er Jahre ließen sowohl Wachstum als auch Investitionen dauerhaft nach. Die Arbeitslosigkeit ging in die Höhe; die Kaufkraft der Lohnabhängigen verlor ihre Dynamik der Nachkriegszeit; die Voraussetzungen des technischen Wandels (insbesondere Zunahme der Arbeitsproduktivität) und der Kapitalrentabilität waren gefährdet.

In den USA und Europa betrieb man die Wirtschaftsbelebung mit den Rezepten von Keynes; Zinssätze, die niedrig waren und unter Berücksichtigung der Inflationsrate damals bei Null oder sogar negativ; Haushaltsdefizite etc. Es begann eine Zeit der Unsicherheit und der Kämpfe. In der Nachkriegszeit geschlossene Sozialpakte wurden plötzlich in Frage gestellt. Die in Schwierigkeit geratenen ‚zentralen Staaten’ verstärkten ihre Zusammenarbeit, ohne eine Perspektive einer konzertierten Aufschwungs zu entwickeln bzw. die Anwendung keynesischer Wirtschaftstheorie im Weltmaßstab ins Auge zu fassen. Damals richtete die G7 ihr Augenmerk vordringlich auf diese Krise, und ihre Hauptsorge war die Wirtschaft.

Die neoliberale Weltordnung: Die amerikanische Überlegenheit macht sie überzeugend

Die Entscheidung der Federal Reserve von 1979, den Zinssatz soweit zu heben, wie es die Bekämpfung der Inflation, die tatsächlich die Gläubiger in den Ruin trieb, verlangte, hat den Verlauf der Politik völlig verändert. Es war dies auch die Zeit, in der Margaret Thatcher Großbritannien in eine übertriebene Finanzpolitik hineinzog. Wenig später hatte das Frankreich der vereinigten Linken die Illusion geschaffen, die Wirtschaftsankurbelungs- und Verstaatlichungspolitik weiterzuführen – eine Illusion, die jedoch nur von kurzer Dauer war.

Diese schnell entschiedene Wende eröffnete eine neue Epoche für die G7-Länder und ihre Gipfeltreffen. Das neoliberale Glaubensbekenntnis wird von 1981 an sehr deutlich formuliert. Nach einigen schwankenden Jahren, nach der Rezession in den USA 1982 (Kommuniqué von 1983) kam das Wachstum wieder in Gang und eröffnete eine Ära des liberalen Triumphs. Seltsamerweise, obgleich die Arbeitslosigkeit „in einigen unserer Länder“ erwähnt wird, obgleich der Wille, die Zinssätze zu senken, und die Notwendigkeit, den Finanz- und Währungsmechanismen gegenüber wachsam zu sein, betont werden, setzte sich der amerikanische Optimismus in den Kommuniqués durch (z. B. jenes von 1986: „die Leistungsfähigkeit der Handlungsweisen, die wir anzuwenden versprochen haben“, oder jenes von 1988: „die längste Wirtschaftswachstums-periode der Nachkriegsgeschichte“). Nach der Argumentation der Erklärungen hatten die USA implizit die Überlegenheit des Liberalismus bewiesen. Die europäische Wachstumsrate war viel schwächer, während Japan noch sehr gut da stand. Alle Leistungen waren jedoch, verglichen mit den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit, zurückgegangen.

Dieser neoliberale Optimismus, der die G7-Kommuniqués der Epoche durchzieht, zeugt vom außerordentlichen Einfluss der USA auf seine Partner: ein einziger Weg führt zum Wohlstand: der Weg der neoliberalen USA! Die Wende zum Neoliberalismus, die Europa, und später auch Japan, vollbrachte, beweist, dass die Koordination durch die G7-Länder und durch die gewöhnlichen Beziehungen zwischen dominierenden Ländern, sehr wohl existierte. Sie stimmt mit der Globalisierung der neuen neoliberalen Weltordnung überein, die die G7 in ihrem Rausch ansteuern wird.

Trotz schrumpfender Wachstumsrate 1991 behaupten weiterhin die Kommuniqués zwischen 1991 und 1994 die wichtigsten Dogmen des neoliberalen Kredos, insbesondere das Haushaltgleichgewicht und die Verzinsung der Einlagen. 1993 wurden einige mündliche Versprechen an Japan, seine Wirtschaft in Gang zu bringen, gemacht, aber die Defizite mussten an das Versprechen, längerfristig ein Gleichgewicht einzuhalten, gekoppelt werden. Die letzten Kommuniqués, 2001 und 2002, bleiben der Rezession von 2000/01 in den USA oder den Börsenstürzen in allen Ländern gegenüber stumm.

Kurs halten in dem Sturm, der die anderen erschüttert

Der neoliberale Kapitalismus bringt eine ganze Reihe von Schäden hervor, für die er der Hauptverantwortliche ist, insbesondere die Schuldenkrise der Peripheriestaaten und die Abfolge von Währungs- und Finanzkrisen in Asien, Russland, Südamerika und der Türkei. Für die G7 ist die Sache klar: die Peripheriestaaten müssen sich bei der Liberalisierung der Handelsbeziehungen und der Kapitalbewegungen, bei dem Haushaltsgleichgewicht und den Strukturreformen mehr anstrengen. Der Einsatz ist die Globalisierung der neoliberalen Weltordnung: die weltweite Ausweitung des Jagdreviers des internationalen Kapitals.

Das Beispiel der mexikanischen Krise von 1994 ist glasklar. Nachdem man sich an den IWF gewandt hat, damit er schnell eingreift und die Währungsmechanismen kontrolliert, preist man schamlos die Tugend der Flexibilität des Kapitals: „die [betroffenen] Länder müssen stetig dazu angehalten werden, die Beschränkungen den Kapitalmärkten gegenüber aufzuheben“ (Kommuniqué von 1995). Im gleichen Stil applaudieren die Kommuniqués ständig der Transformation der ehemaligen Ostblockstaaten – deren [wirtschaftliche] Leistungen jedoch enttäuschend sind. An der Aufrichtigkeit der Staatschefs, wenn sie so reden und handeln, darf nicht gezweifelt werden, denn diese Politik liegt genau in der Linie, die sie ihren eigenen Ländern verschrieben haben und entspricht ihren Vorstellungen über die Interessen ihres Landes.

Die Asienkrise wird im Kommuniqué von 1998 relativ emotionslos analysiert: „Die weltweiten Perspektiven bleiben im Allgemeinen gut. Seit unserem letzten Treffen sind sie jedoch zeitweilig von der Asienkrise überschattet worden.“ Das neoliberale Kredo wird mit der üblichen Überzeugung bekräftigt: 1. Schuld an der Krise sind die fehlende Transparenz und das schlechte Management der öffentlichen Angelegenheiten; 2. Der Plan des IWF ist die kurzfristige Lösung; 3. Längerfristig muss man die Handelsfreiheit und die unbehinderten Kapitalbewegungen ausbauen! Die gleiche Überzeugung wird 1999 gegenüber den Krisen in Russland und Südamerika ausgesprochen. Deren Ürsachen wären in den institutionnellen Schwächen [in den betroffenen Ländern] und der „ungenügenden Aufmerksamkeit dem Risiko gegenüber“ seitens der Banken und der internationalen Investoren auszumachen.

Abstreiten und gutes Gewissen: Nullwachstum, Ansteigen der Ungleichheiten und Zerstörung der Umwelt

Bis zur Gründung der „Neuen Partnerschaft für Entwicklung“ anlässlich des Gipfels von 1996 widmen sich alle Kommuniqués immer stärker den Empfehlungen zu der Entwicklungshilfe, dem Bildungs- und Gesundheitswesen und der Erhaltung der kulturellen Vielfalt und unseres Planeten . Der neoliberale Eifer wandelt sich in Propaganda, auch wenn niemand wirklich ein Interesse daran hat, dass die schockierendsten Aspekte der weltweiten ökonomischen Ungleichheiten und ökologischen Zerstörungen weiter bestehen und auch wenn einige Maßnahmen, wie Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder (Schuldenerlassinitiative von Köln 1998) und später deren eventuelle Erweiterung getroffen wurden (die Liste der betroffenen Länder aus dem Jahr 1999: Benin, Bolivien, Burkina Faso Honduras, Mauretanien, Mozambique, Uganda, Senegal und Tansania, wird 2001 auf 23 Länder ausgedehnt),

Die Redeweise bleibt jedoch die gleiche, man spricht von universeller Harmonie: alle werden von der Entwicklung Schwarzafrikas profitieren, allen wird der Schutz der Atmosphäre zugute kommen… (Kommuniqué von 1988, wo zum ersten Mal der Ausdruck „dauerhafte Entwicklung“ auftaucht, der später ein Leitmotiv wird). Umgekehrt ist die Entwicklung der Peripherieländer vom Reichtum der Zentrumsländer abhängig: Unser Wohlstand muss gesichert werden, denn er bedingt den euren!

Die Risiken, die der Klimawechsel mit sich bringt, werden 1995, Bezug nehmend auf die Klimakonferenz von Kyoto, unterstrichen, ebenso die Gesundheitsprobleme oder das Klonen. Dieser Themenliste wird die Biotechnologie, das menschliche Genom und die Nahrungsmittelsicherheit hinzugefügt.

Führt die Zunahme der Unsicherheiten zu einer Reform des Neoliberalismus?

Alle Charakteristika des Neoliberalismus erscheinen mit großer Klarheit in der Funktionsweise und den Kommuniqués der G7. Bis zu Beginn der 80er-Jahre zeugte einzig der Erdölpreis von einem Angriff von außen, der den Wohlstand der dominierenden Länder in Gefahr bringen könnte. Aber die Außenwelt nimmt in den Besorgnissen der Staatschefs der Gruppe einen immer größeren Stellenwert ein, und man schlägt ab 1995, nach der mexikanischen Krise von 1994, einen anderen Ton an.

Die Notwendigkeit einer Reform der internationalen Finanzinstitute erscheint von da an dringend. Gemeint sind der IWF und die multilateralen Entwicklungsbanken, d.h. die Weltbankgruppe und die regionalen Entwicklungsbanken (wie die EREB in Europa). Der Liste der Reformen wird im Kommuniqué von 1995 die Bestätigung der grundsätzlichen Prinzipien des Neoliberalismus vorangestellt, insbesondere das Prinzip der Aufhebung der Handels- und Finanzflussschranken: Man stellt nicht die Regeln in Frage, sondern will, in Anbetracht der angerichteten Schäden, ihre Funktionsweise kontrollieren. In der Vorstellung der G7-Verantwortlichen beziehen sich diese Schäden weniger auf den Rückgang der Wachstumsraten einiger Länder, die sich zu neoliberalen Reformen verpflichtet haben, oder auf die Zunahme der Ungleichheiten und des Elends, sondern auf die Finanz- und Währungsinstabilität, welche die Globalisierung des Neoliberalismus aufs Spiel zu setzen könnte.

Die in den Kommuniqués beschriebene Reform sollte zuallererst die Informationen und die Kontrolle durch den IWF verstärken (dessen Warnungen gegebenenfalls durch den Druck der Regierungen verschiedener Länder verstärkt werden können) sowie die Kontrolle der Finanzmärkte vergrößern. Dazu kommt die Erhöhung des Interventionspotentials des IWF, da die G10-Staaten bereit sind, ihm Kredite zuzugestehen (gemäß dem Allgemeinen Anleiheabkommen). Was die multilateralen Entwicklungsbanken angeht, wird auf Kritiken ihnen

gegenüber hingewiesen und sie werden dazu angehalten, ihre Effizienz zu erhöhen. Im Kommuniqué von 1996, noch immer mit Bezug auf Mexiko, und anschließend in dem von 1998, direkt nach der asiatischen Krise, wurden diese Maßnahmen ausführlich behandelt und erweitert (es taucht insbesondere der Begriff der Vorsichtskontrolle auf). Selbst wenn der Wunsch auftaucht, „den Ländern zu helfen, sich auf die Kapitalbewegungen vorzubereiten“, bleiben die Empfehlungen in etwa die gleichen, ebenso die Notwendigkeit, die nationalen Finanzsysteme (ihre Kontrolle) zu verstärken und eine Unternehmensführung gemäß den neoliberalen Prinzipien voranzutreiben.

Es sei darauf hingewiesen, dass sich diese Reform auch auf die UNO, in ihren wirtschaftlichen und sozialen Bereichen (die im Kommuniqué von 1996 ausführlich abgehandelt wurden), bezieht.

III. Die Politik der G7, dann der G8: Die beste aller kapitalistischen Welten und die Kräfte des Bösen

Im Laufe der Jahre wurden den politischen Sorgen mehr und mehr Platz in den G7/G8-Kommuniqués eingeräumt. Die Abfolge der Empfehlungen ist natürlich von den Ereignissen bestimmt.

Das andere Reich: die UdSSR

Das Thema der sozialistischen Länder, insbesondere der UdSSR, war von Anfang an in den Kommuniqués der G7, unter dem beruhigenden Deckmantel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, präsent. Vom Postulat ausgehend, dass die Zunahme der Handelsbeziehungen immer wünschenswert ist, waren diese Länder spezifisch gemeint: die Handels-beziehungen sind so lange auszuweiten, als sie nicht die Sicherheit der G7-Länder aufs Spiel setzen.

Die erste spezifisch politische Frage, die in den Kommuniqués auftaucht (1980), ist die Besetzung Afghanistans durch die UdSSR. Aber es handelt sich da nur um eine Einspruchserklärung, die sich in den folgenden Jahren wiederholen wird, bis zum Beginn des Rückzuges, der 1988 begrüßt wird.

Mit Beginn der Perestroika setzte eine Änderung ein (Kommuniqué von 1990: „die Wiedergeburt der Demokratie in einem großen Teil der Welt“). Die Staatschefs der sieben Länder begrüßten den Willen zum Wechsel und die Tür öffnete sich nach und nach. Im Juli 1989 sandte Michael Gorbatschow einen Brief an François Mitterand und bat darum, an den Gipfeln teilzunehmen. Michael Gorbatschow begab sich 1991 nach London, wo er die Präsidenten traf. Bei dieser Gelegenheit wurden mit George Bush [senior] die letzten Hindernisse zur Verminderung der strategischen Waffen (START) beseitigt. Die folgenden Kontakte kamen Boris Jelzin zu und es gab 1992 und 1993 Arbeitstreffen mit dem, was nun Russland geworden war. Ab dem darauf folgenden Jahr fängt die Integrationsprozess Russlands an.

Friedlich globalisieren: Die regionale Konflikte

Man weiß nicht, welchen Stellenwert ihnen vorher in den Diskussionen zwischen Staatsoberhäuptern eingeräumt wurde – die regionalen militärischen, politischen und sozialen Konflikte tauchen jedenfalls in den Kommuniqués vom Anfang der 80er-Jahre an auf. Im Laufe dieses Jahrzehnts handelt es sich um die Konfrontationen im Nahen Osten (Israel, Palästina, Libanon), den Krieg zwischen dem Iran und Irak, den Konflikt in Kambodscha, die Apartheid in Südafrika, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Reformen in Osteuropa und die Unterdrückung der Demonstrationen auf dem Tiananmen Platz.

In den 90er Jahren werden der Golfkrieg erwähnt (begleitet von einer Zustimmung zum Vorgehen der UNO); der Konflikt zwischen Israel und Palästinensern (der Friedensprozess wird begrüßt); die kriegerischen Auseinandersetzungen in Ex-Jugoslawien; die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Chile; die tragischen Ereignisse in Bangladesh; die Krise am Horn von Afrika, in Haiti, Libyen; das Belfast-Abkommen etc.

Die bei all diesen Anlässen formulierten Erkenntnisse und Empfehlungen sind erbauliche pazifistische Erklärungen, in denen die demokratischen Werte hochgehalten werden. Keine einzige Diktatur, die seiner Zeit oder früher den Segen Washingtons hatte, wird als Problem erkannt, es sei denn sie verschwindet von der Bildfläche, wie z.B. die Familie Somoza (1936-79) in Nicaragua, der Schah von Persien (1941-79), Marcos (1966-86) auf den Philippinen, Saddam Hussein während des Krieges zwischen Iran und Irak (1980-1990), Pinochet (1973-90 und darüber hinaus), Suharto (1967-98) in Indonesien und Mobutu (1967-99) in Zaire.

Ein Beispiel genügt, um den Tenor der betreffenden Kommuniqués zu verdeutlichen: Nach der US-Intervention in Panama (Dez. 89 - Jan.90), nach der Wahlniederlage der Sandinisten in Nicaragua (Febr.90), die auch das Ergebnis zehnjähriger subversiver Tätigkeit durch die USA ist, in der Endphase des Pinochetregimes, dessen internationale Verbindungen und dessen Rolle bei der Entwicklung des weltweiten Neoliberalismus allgemein bekannt sind, begrüßt das Kommuniqué von 1990 ausdrücklich die Anstrengungen in allen diesen Ländern zur Wiederherstellung bzw. Rückkehr demokratischer Verhältnisse! Die Bedeutung solcher Ausführungen wird einem besonders klar, wenn man sie im Zusammenhang mit den langen Ausführungen über die Menschenrechte in dem Kommuniqué des Vorjahres sieht.

Terrorismus – eine heimtückische Bedrohung

Das Thema Terrorismus ist nicht neu. Man findet es bereits im Kommuniqué von 1978, das für einen Stopp aller Flüge in und aus Staaten plädiert, die den Terrorismus unterstützen. Bereits im Jahre 1990 ist die Rede von wachsender Intoleranz, die von ethnischen und religiösen Gruppen ausgeht. Im Jahre 2000 werden die Taliban an den Pranger gestellt. Nach dem Attentat vom 11. September 2001 überrascht es da nicht, dass sich die Empörung explosionsartig Luft macht.

IV. Wort und Tat – eine schwierige Bilanz

Was die Einschätzung der G7/G8 so schwierig macht, ist, eine mögliche Verwechselung zwischen ihren Worten und Taten gibt, zwischen dem, was in den Kommuniqués steht und der Rolle, die die Gipfelkonferenzen in der internationalen Politik spielen. Man kennt zwar die Verlautbarungen der G7/G8, nicht aber, was sie tut. Es gilt also immer, zwischen den Zeilen zu lesen.

In Bezug auf den Inhalt der Kommuniqués lassen sich recht deutlich drei bis vier Phasen unterscheiden.
In den ersten Jahren ging es vor allem um wirtschaftliche Probleme der teilnehmenden Länder, d.h. Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Weltwährungskrise und der Strukturkrise der 70er Jahre stellten. Man verzeichnet Koordinierungsanstrengungen, Konfliktvermeidung und der Wunsch, neue Mechanismen wie die Wechselkurs-schwankungen zu beherrschen. Es war eine Zeit der relativen *Ehrlichkeit*: Die Familie musste zusammengehalten werden.
Die Durchsetzung des Neoliberalismus wird in den Jahren danach das zentrale Thema. Eine große *Selbstzufriedenheit* breitet sich aus. Die Probleme (z.B. die steigende Arbeitslosigkeit in Europa) werden zwar als solche erkannt, aber sie festigen die Entschlossenheit, auf dem einmal eingeschlagenen Weg weiterzugehen.
Ab Mitte der 90er Jahre überlagert eine defensive Haltung die Selbstzufriedenheit, da die für den Neoliberalismus typischen Währungs- und Finanzkrisen immer häufiger wurden Damit verbunden ist vor allem in der Schlussphase ein Verfall der Börsenkurse, den man bis dahin schamhaft ausgeklammert hatte.
Dieses Problembewusstsein wurde schließlich von der Erkenntnis neuer Proteste und Widerstände begleitet.
Ergebnis: In den Kommuniqués findet man immer mehr Beschwichtigungsformeln und immer weniger substantielle Inhalte. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts sieht es so aus, als sei für die Regierungen der bedeutendsten Industrieländer die Armutsbekämpfung, die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Erhalt unseres Planeten das Problem Nummer 1!
Die Berücksichtigung wachsender Widerstände wird bereits im Kommuniqué des Jahres 2000 deutlich: „Wir müssen uns über die Sorgen klar werden, welche die Globalisierung hervorruft“. Nach den Demonstrationen in Genua ist die Empörung deutlich: “Wir können es nicht zulassen, dass eine kleine gewaltbereite Minderheit die Diskussionen stört, die wir über gravierende Fragen unserer Erde führen“. (Kommuniqué aus dem Jahre 2001). Aber das Globalisie rungscredo wird mit dem üblichen Nachdruck verbreitet: „Die Integration der armen Länder in die Weltwirtschaft ist das sicherste Mittel, ihre grundlegenden Bestrebungen zu erfüllen“. (Kommuniqué aus dem Jahre 2001).

Die Konstellation, *Aufrichtigkei*t angesichts der Probleme, *Selbstzufriedenheit* über die hervorragende Leistung, die neoliberale Ordnung eingerichtet zu haben, *Defensive* gegenüber bestimmten Klippen, ist aufschlußreich für das Wesen dieser Institution, für die tatsächlichen Beziehungen zwischen den Staaten der G7/G8 und für die Entwicklung der kapitalistischen Welt. *Das Wesen dieser Institution?* Es widerspiegelt die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse und Kompromisse der einzelnen Länder und ihren Übergang vom Keynesianismus zum Neoliberalismus.
Zwischenstaatliche Beziehungen: In Wirklichkeit handelt es sich um die Herrschaft der USA im System von Bretton Woods, und später um die amerikanische Hegemonie bei der Durchsetzung der neuen neoliberalen Weltordnung , die Europa und Japan beträchtlich in Mitleidenschaft zieht *Die Entwicklung der kapitalistischen Weltordnung* umfasst die Weltwirtschafts- und Strukturkrise, die Entstehung des Neoliberalismus und die damit verbundene Globalisierung.

Der Begriff ‚Global governance’ wird oft verwendet, um die Handlungen der G7/G8 zu umschreiben. Man findet in ihr alle Merkmale einer globalen Macht, wie sie von den wichtigsten kapitalistischen Ländern ausgeübt wird. Die Spannungen unter ihnen kommen in den ersten Jahren nach der Gründung zu Vorschein, selbst wenn der Tenor der Kommuniqués euphorisch ist. Die Spannungen verschwinden allmählich, da das Übergewicht der USA immer deutlicher wird: Die USA treten als Galionsfigur der neoliberalen Weltordnung, denen sich alle anderen Länder zu unterwerfen haben, in den Vordergrund. Die G7/G8 ist ohne Zweifel eine dieser Institutionen mit Schlüsselfunktion, in deren Rahmen sich ein weltweites Machtzentrum unter amerikanischer Führung herausbildet. Die Tatsache, dass sich bei den Konferenzen die Staatschefs treffen d.h., dass diese auf dem direkten, informellen Kontakt unter Ausschluss der Öffentlichkeit und somit auf einem ‚Familienrat auf höchster Ebene’ bestehen, diese Tatsache macht deutlich, dass es sich hier um eine äußerst geeignete Plattform handelt, auf der ein Konsens zwischen Ländern trotz ihrer Unterschiede erzielt wird.

Die Kommuniqués aus der jüngsten Vergangenheit machen deutlich, dass es so etwas wie eine gemeinsame Abwehrfront gegenüber den Widersprüchen der neoliberalen Weltordnung und den Widerständen gibt, die diese Ordnung hervorruft. Trotzdem gibt es *Risse* in diesem Konsens, wie es die Opposition gegen den Irakkrieg zeigt. Dahinter stehen natürlich politische Interessen, aber auch ökonomische. Im Falle des Irak stellt sich die Frage nach dem relativen Gewicht der Unternehmen der USA und Europas. Sie wird ganz bestimmt auf der Tagesordnung der nächsten Gipfelkonferenz im Juni 2003 stehen.
Einigkeit macht die Reichen stark, was nicht heißt, dass sie völlig friedlich miteinander umgehen, auch wenn sie meinen, es sei raffiniert, uns gegenüber mit einer Stimme zu sprechen, der ‚Stimme der Tugend und Weisheit’.
---
(1) „Trotzdem sind wir der Meinung, dass unsere Gipfelkonferenzen weniger feierlich sein sollten, mit weniger Teilnehmern, Dokumenten und Erklärungen; dafür sollten sie uns aber mehr Zeit für informelle Gespräche bieten, damit wir bessere Antworten auf die gravierenden, uns Sorgen bereitenden Fragen finden.“

(2) Die Erwähnung (1998) der OECD-Leitlinien zur Unternehmensführung ist die einzige Bezugnahme auf diesen Aspekt des Neoliberalismus. Geschichte der G8: Die Steuerung der neoliberalen Globalisierung

Annette Heiß; Katharina Stadler; Hartmut Bruehl; Yan-Christoph Pelz; Christine Belakhdar coorditrad@attac.org Ehrenamtliche Übersetzer

Wir streiten der G8 jede Legitimität ab und verlangen ihre Auflösung

Gustave Massiah, stellvertretender Vorsitzender von ATTAC Frankreich

Das jährliche Gipfeltreffen der G8-Gruppe findet 2003 vom 1. bis 3. Juni in Evian statt. Seit 1975 ist es das 28. Treffen der Staats- und Regierungschefs der reichsten und mächtigsten Länder der Welt, die alljährlich zusammenkommen, um über wichtige Fragen zu diskutieren. In den letzten Jahren entstand mit der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung immer mehr Widerstand und Protest gegen die Politik der G8-Gruppe

Wie soll man die G8-Gruppe charakterisieren? Sie kann nicht als ‚Weltregierung' bezeichnet werden, zumal es ja auch keinen ‚Weltstaat' gibt. Aber auch wenn die G8-Staatschefs keine Exekutive im Weltmaßstab darstellen, so darf man daraus nicht schließen, sie seien nutzlos und nichts weiter als ein Trugbild. Die G8-Gruppe ist der Kreis der Führungselite der mächtigsten, d.h. der reichsten und einflußreichsten Länder der Erde, sozusagen das Syndikat der Mehrheitsaktionäre der Weltwirtschaft. Der Klub der G8 ist mit seinen regelmäßigen Treffen von Staatschefs, Ministern, ständigen Beraten – die für das Sekretariat der G8 verantwortlich sind –, Experten aller Art, Verbindungsleuten zu den internationalen Wirtschafts-, Finanz- Handels- und Militärorganisationen und mit seinem privilegierten Zugang zu den Medien und Kommunikationsmitteln eine ständige weltweite Institution geworden.

Ursprünglich bestand das Ziel dieses Klubs darin, den Staats- und Regierungschefs eine Plattform für die Diskussionen von Problemen und die Lösung ihrer Konflikte und Widersprüche zu bieten. Denn nichts ist realitätsferner als die Vision einer vereinten und konfliktfreien, von den Großmächten beherrschten Welt. Wie in einem vornehmen englischen Klub ging es vor allem darum, ‚Gentlemen Agreements', d.h. Vereinbarung unter Gentlemen zu schließen, wenn man die Führer unseres Planeten überhaupt so bezeichnen kann! Diskutiert wurde über die Rezession der 70er Jahre, über Währungs- und Erdölkrisen. Danach ging es, insbesondere seit dem 1989 erfolgten Zusammenbruch des sowjetischen Systems, in der Diskussion um die USA als aufstrebende Hegemonialmacht. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, dem Neoliberalismus und dem von den USA gewollten und durchgesetzten Krieg, treten die Widersprüche wieder offen zutage und lasten auf der Zukunft der Institution G8.

Zu Beginn der 80er Jahre änderten sich die Zielsetzungen. In wirtschaftlicher Hinsicht setzten sich Neuorientierungen durch. Die Kehrtwende wird 1979 mit dem Kampf gegen die Inflation und 1981 mit der monetaristischen Politik eingeleitet. Bei der Umsetzung des entsprechenden Kredos und der Ankurbelung der neoliberalen Phase der Globalisierung spielt die G8-Gruppe eine aktive Rolle. Sie setzt sich mit Nachdruck für die Liberalisierung ein: Vorrang der internationalen Investitionen und der sogenannten ‚Multis', Anpassung an den Weltmarkt, Ausweitung des Welthandels, Rückzug des Staates, Reduzierung öffentlicher Ausgaben, Privatisierungen, Angriffe auf die Lohnabhängigen und die Beschäftigung, Regulierung der Weltwirtschaft durch den internationalen Kapitalmarkt.. Um diese Politik durchzusetzen, stützt sich die G8-Gruppe auf internationale Finanz-institutionen wie den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, deren Kapital sie mehrheitlich kontrolliert. Beharrlich baut sie den Rahmen der neoliberalen Globalisierung aus, deren Pfeiler die Welthandelsorganisation WTO ist.

Die G8-Gruppe ist keine übergeordnete Machtinstanz. Sie hat keine Macht über die Staaten und Regierungen der Länder, die in ihr vertreten sind. Ebenso wenig darf man die Autonomie des Verwaltungsapparats von IWF, Weltbank und WTO unterschätzen. Schließlich und vor allem aber ist die Wirtschaft, auch wenn dies nicht deutlich zutage tritt, nicht von den Regierungen und noch weniger von der G8-Gruppe abhängig. Im Interesse ihrer Funktionsfähigkeit kann jedoch keine Wirtschaft auf politische Regulierung, institutionelle Rahmenbedingungen und Instanzen mit strategisch langfristigen Perspektiven verzichten. Die Globalisierung ist ein widersprüchlicher Prozess, in dem die G8-Gruppe eine Doppelfunktion wahrnimmt: einerseits die Aufrechterhaltung der gegebenen Ordnung, anderseits die Infragestellung dieser Ordnung im Interesse ihrer Mitglieder. Die G8-Staatschefs haben eine Strategie der Wiedereroberung entwickelt. Durch ihre Handhabung der Schuldenkrise haben sie der Entkolonisierung den Kampf angesagt, indem sie auf die diskreditierten, repressiven und korrupten Regimes der ehemaligen Kolonien verwiesen haben. Durch das Wettrüsten und das Spektakel der Menschenrechtsideologie haben sie dem Sowjetsystem den Kampf angesagt. Dabei haben sie wiederum die Diskreditierung der Regimes, die sich den demokratischen Bestrebungen widersetzt hatten, für ihre Zwecke benutzt. Durch ihre Offensive gegen den sozialen Status der Beschäftigten haben sie den sozialen Ausgleich der Nachkriegszeit angegriffen und dabei eine Politik der Liberalisierung, Privatisierung und der Schwächung staatlicher Regelungen, der Staaten und der demokratischen Kontrolle betrieben.

Die G8-Gruppe setzt ihre Politik fort, ohne sich durch die Katastrophen stören zu lassen, die von ihr verursacht werden. Trotzdem steigt das Bewußtsein über die von Wirtschaft, Politik und Militär verursachten Schäden so stark an, das heute von einer kritischen Weltöffentlichkeit gesprochen werden kann. Die Welt, in der wir leben, ist von wachsenden Ungleichheiten gezeichnet: Ungleichheiten wirtschaftlicher und sozialer Art zwischen den Staaten und innerhalb der Gesellschaft; politische Ungleichheiten, die sich in Diskriminierungen und dem unterschiedlichen Zugang zu den Grundrechten äußern; ökologischen Ungleichheiten, die die Rechte zukünftiger Generationen verletzen; geopolitische Ungleichheiten, die sich auf eklatante Art und Weise in der

Beherrschung der Länder des Südens manifestieren und einer Rekolonisierung gleichkommen. Die von den USA zynisch programmierte und angekündigte Kriegsdrohung verschärft dieses Bewußtsein einer ungerechten Weltordnung, mit der wir nicht mehr einverstanden sind.

Wir sprechen den Führern der reichsten und mächtigsten Länder der Erde die Verantwortung für unsere Welt ab. Jeder von ihnen und als Gruppe haben sie eine Politik in ihrem eigenen Interesse durchgesetzt und das Weltwirtschaftssystem nach ihren Zielen geformt. Aufgrund der von ihnen durchgesetzten politischen Richtung und mit Hilfe der von ihnen benutzten Instrumente, tragen sie für diese Entwicklung die volle Verantwortung.

Das heißt aber nicht, daß sich der Protest der globalisierungskritischen Bewegung nur gegen die damit verbundenen Konsequenzen für die Lebensbedingungen der Weltbevölkerung richtet. Der Widerstand richtet sich auch gegen das Wesen dieser weltweit operierenden Institution. Eine kleine Gruppe von Staatschefs, die die Privilegierten unseres Planeten vertritt, kann sich nicht das Monopol anmaßen, für alle zu sprechen. Wir haben es mit einer Institution zu tun, deren Experten unter dem Schutzschirm ihrer umstrittenen Machtausübung die Demokratie grundsätzlich in Frage stellen. Die Institution der G8-Gruppe ist keinerlei Kontrolle unterworfen und keiner repräsentativen Instanz unterstellt. All denen, die uns ständig wiederholen, daß die Führer schließlich demokratisch gewählt wurden, müssen wir daran erinnern, daß diese Führer zwar gewählt wurden, um in ihren jeweiligen Ländern zu regieren, sie jedoch kein Mandat haben, die Welt zu regieren.

Deshalb ist die globalisierungskritische Organisation zum Schluß gekommen, daß die G8-Gruppe nicht legitimiert ist, sich eine Führungsrolle in der Weltpolitik anzumaßen. Die Tatsache, daß es sich bei den Mitgliedern dieses Klubs der Reichen und Mächtigen, mit Ausnahme von Kanada, durchwegs um ehemalige Kolonialmächte handelt, kommt noch erschwerend hinzu. Wir streiten der G8-Gruppe jede Legitimität ab und verlangen ihre Auflösung. Diejenigen, die befürchten, daß ihr Verschwinden zusätzliche Deregulierung mit sich bringen könnte, möchten wir daran erinnern, daß die G8-Gruppe weder Kriege noch Krisen verhindert hat und daß sie im Gegenteil das System der Vereinten Nationen geschwächt hat – das gewiß kritisch gesehen werden muß und unvollkommen ist, aber auf jeden Fall mehr Legimität besitzt als die G8-Staatschefs. 1975 hat die G8-Gruppe in Frankreich ihre Arbeit aufgenommen: 28 Jahre danach und angesichts ihrer Illegitimität und der Konsequenzen ihres Handelns, sind wir der Meinung, daß sich der Kreis schließen sollte, mit anderen Worten: Wir fordern, daß das in Frankreich geplante G8-Treffen auch das letzte sein wird.

Übersetzer: Harmut Bruehl,
coorditrad@attac.org Ehrenamtliche Übersetzer

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Weitere Texte zu Evian sind unter www.attac.info zu finden.

Wir werden in der SiG 23 einige weitere Beiträge zu Evian, insbesondere aus der Tagung in Genf am 30.Mai veröffentlichen.

So viel Wechsel war nie!

Plädoyer für eine grundlegende Strategiedebatte im emanzipatorischen Lager

Peter Wahl*

Noch ist der historische Bruch nicht richtig verarbeitet, den das Ende des real existierenden Sozialismus bedeutete, da vollziehen sich in atemberaubendem Tempo neue Umbrüche von ähnlicher Tragweite. Und zwar sowohl in der weltweiten sozio-ökonomischen Entwicklung als auch im internationalen System. Bei aller Skepsis gegenüber großen Worten scheint die Frage berechtigt, ob wir gegenwärtig nicht tatsächlich in eine qualitativ neue Phase der Geschichte eintreten.

Dabei geht es keineswegs darum, sich einfach der im Zusammenhang des 11. September verbreiteten Rede anzuschließen, wonach nichts mehr so sein würde wie bisher, auch wenn der 11. September sicher in das Gesamtbild hineingehört. Vielmehr scheinen sich unabhängig von den jeweils akuten Einzelproblemen verschiedene Momente des gesellschaftlichen Prozesses zu einem Knoten zu schürzen, aus dem sich schwere soziale und ökonomische Verwerfungen und politische Destabilisierung, möglicherweise aber auch historische Chancen für eine neue emanzipatorische Politik ergeben können. Ob dies in einen „großen Knall", eine langwierige Krisenkette oder einen Aufbruch mündet, ist nicht vorherzusagen. Angesichts der negativen Erfahrungen mit linken Krisen- und Zusammenbruchstheorien und den immer wieder neu aufkeimenden Hoffnungen auf eine große Wende ist mit Prognosen Vorsicht geboten.

Umso dringender ist es, dass eine Diskussion über die Bewertung der gegenwärtigen Umbrüche und die Konsequenzen für emanzipatorische Politik entsteht. Diese Diskussion kann nicht losgelöst von den bereits stattfindenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung um Krieg und Frieden, um die verschiedenen Dimensionen der Globalisierung und um die soziale Zukunft unserer Gesellschaft geführt werden. Umgekehrt sollten aber auch sektorale Diskurse in einzelnen Politikfeldern in eine übergreifende Perspektive eingeordnet werden.

Die vorliegenden Thesen wollen einen Beitrag dazu leisten, diese Debatte anzustoßen.

Neoliberale Globalisierung - von der Akzeptanzkrise zur Funktionskrise

Seattle wurde von uns „bloß" als Beginn einer Akzeptanzkrise der neoliberalen Globalisierung interpretiert, mit der der in den 90er Jahren dominierende Hurraglobalismus erstmals öffentlichkeitswirksam in Frage gestellt wurde. Gleichzeitig aber schien damals das Modell in seinen Kernbereichen noch bestens zu funktionieren. Die Börsenkurse waren auf dem Höhenflug, die „New Economy" schien ein Goldenes Zeitalter eines ungebrochen vitalen Kapitalismus anzukündigen. Die USA strotzen vor ökonomischer Kraft und spielten die Lokomotive der Weltwirtschaft. Auch in den meisten anderen G-7 Ländern ging es ökonomisch, wenn auch nicht spektakulär, so doch aufwärts. Zwar steckt Japan seit einem Jahrzehnt in einer deflationären Stagnation, aber das galt als Ausnahme.

In den asiatischen Tigerstaaten schien - bis zum Finanzcrash von 1997/98 - ein Modell zu entstehen, das endlich auch den Entwicklungsländern das Aufschließen an den Norden ermöglichte. Das Versprechen der Neoliberalen, dass die Welle der Globalisierung alle Boote emporheben würde, die kleinen Kähne ebenso wie die großen Tanker, wagten nur wenige in Zweifel zu ziehen.

Gleichzeitig rührte sich von wenigen Ausnahmen abgesehen (z.B. die Streiks in Frankreich 1994) kaum soziale Bewegung. Stattdessen wurden NGOs weithin als die avancierteste Form emanzipatorischer Politik wahrgenommen.

Inzwischen scheint die Akzeptanzkrise der neoliberalen Globalisierung in eine reale Funktionskrise des neoliberalen Modells überzugehen. Wenn es richtig ist, dass es sich bei der gegenwärtigen Globalisierungswelle vorwiegendend um einen von den Finanzmärkten getriebenen und dominierten Prozess handelt, so trifft das Platzen der Spekulationsblase, der längste Kursverfall seit der Weltwirtschaftskrise 1929 und das Ende der „New Economy" das neoliberale Paradigma gleichsam ins Mark.

Weitere Indizien für die Funktionskrise des Modells sind die sog. Bilanzskandale, die freilich strukturelle Ursachen haben, oder die gewaltige Kapitalvernichtung im Zuge der Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte, wo allein in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Hype um die UMTS Lizenzen 40 Mrd. Euro in den Sand gesetzt wurden.

In den Entwicklungsländern haben die in immer kürzeren Abständen aufbrechenden Finanzkrisen die Hoffnungen auf den großen Sprung enttäuscht: 1997/98 die Asienkrise, von der das größte Land, Indonesien, sich bis heute nicht erholt hat, dann die Crashs in Russland, Brasilien, der Türkei und gegenwärtig die heftigste ihrer Art, die Krise in Argentinien.

All dies vollzieht sich auf dem Hintergrund einer weltweiten Rezession, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Das neoliberale Modell versagt auf breiter Front.

Das Ende des rheinischen Kapitalismus

Auch innerhalb unserer Gesellschaft erleben wir derzeit dramatische Veränderungen. Die Bundesrepublik steht an der Schwelle einer Deflation. Die Wachstumsraten sind unter die 1%-Grenze abgesackt, während Arbeitslosigkeit und Insolvenzen zunehmen. Die Umverteilung von unten nach oben und von den öffentlichen in die privaten Händen beschleunigt sich. Die Kommunen sind mit dem finanziellen Kollaps konfrontiert, die soziale Infrastruktur beginnt zu verrotten.

Nachdem die neoliberal inspirierten Rezepturen der letzten Legislaturperiode – Lohnzurückhaltung, Steuersenkungen

vor allem für Unternehmen und Wohlhabende, Sozialabbau, prozyklische Hochzins- und Sparpolitik etc. – von höheren Profiten abgesehen keine Ergebnisse brachten, wird mit der „Agenda 2010" jetzt die Flucht nach vorne angetreten. Die Schröderadministration übernimmt in der Substanz die Positionen von FDP und Unternehmerverbänden. Wir haben es mit der schärfsten Attacke auf den Sozialstaat in der Nachkriegsgeschichte zu tun. Zwar ist es unbestreitbar, dass infolge der demographischen Veränderungen unsere Sozialsysteme vor strukturellen Problemen stehen, allerdings ist – wie immer in solchen Situationen - die Frage, welche Interessen die Richtung von Reformen vorgeben. Agenda 2010 ist knallharter Neoliberalismus. Hinzu kommt: der erhoffte Konjunkturaufschwung allerdings wird sich durch diese Rosskur zu Lasten der Lohnabhängigen, Arbeitslosen und sozial Schwachen nicht einstellen. Die Volkswirtschaft wird nur noch weiter in den Strudel der Deflation gezogen.

Dies alles geht einher mit einer seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie dagewesenen Diffamierungskampagne gegenüber den Gewerkschaften. Auch wenn es bei den Gewerkschaften gewiss einen gründlichen Erneuerungsbedarf gibt, so sind sie im Großen und Ganzen immer noch die bedeutendste Kraft des emanzipatorischen Lagers. Der Angriff auf sie ist daher auch ein Angriff auf alle, die sich mit der herrschenden Politik nicht abfinden.

Sollte die „Agenda 2010" durchgedrückt werden, vollzieht sich endgültig ein Systemwechsel. Der rheinische Kapitalismus wird zum Auslaufmodell. Einzug hält der angloamerikanische Typus eines zeitgenössischen Manchesterkapitalismus.

Die neue Weltordnung

Der 11. September hat die bereits vorher vorhandene Tendenz der USA zum Unilateralismus in einer offen imperialen Politik und beträchtliche Interessensdivergenzen mit den „Juniorrivalen" Frankreich und Deutschland manifest werden lassen. Der Irak-Krieg und die Art und Weise wie die Nachkriegsordnung dort etabliert wird, markiert eine neue Epoche der internationalen Beziehungen. Eine unipolare Machtstruktur im internationalen System hat es in der ganzen Neuzeit nicht gegeben. Selbst auf dem Höhepunkt seiner Macht war das britische Empire in einer multipolaren Welt des 19. Jahrhunderts machpolitisch niemals so weit seinen Konkurrenten überlegen, wie heute die USA dem Rest der Welt.

Dass die Bundesrepublik sich in dieser Situation gemeinsam mit Frankreich aus der engen Gefolgschaft der USA löst, ist ein historischer Bruch mit Grundpositionen einer 50-jährigen Außenpolitik. Der jüngst vereinbarte Aufbau einer „kerneuropäischen" Militärstruktur zwischen Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland bestätigt die Einschätzung, dass die deutsch-französische Position zum Irak-Krieg weniger eine prinzipiell friedfertige Orientierung der Außenpolitik zum Ausdruck brachte, als vielmehr eine eigenständige Verfolgung von Interessen, die immer weniger mit denen der USA kompatibel sind, darunter globalstrategische Fragen wie die nach Struktur und Funktionsweise der „neuen Weltordnung", der Kontrolle des Erdöls, politische Differenzen bzgl. des Umgangs mit dem israelisch palästinensischen Konflikt. Auch auf anderen Politikfeldern – Klimapolitik, Welthandelspolitik, Abrüstungsverhandlungen etc. nehmen diese Differenzen zu. Insofern dürfte es sich bei den transatlantischen Spannungen nicht um eine vorübergehende Erscheinung, sondern um eine grundlegende Veränderung handeln.

Für die EU gehen diese Veränderungen im internationalen System mit der schwersten Krise ihrer Geschichte einher. So ist es kaum denkbar, dass die Kluft zwischen Großbritannien und Kontinentaleuropa auf absehbare Zeit zu schließen sein wird. Unübersehbar ist dabei, dass ein wesentliches Motiv der Briten, Italiens, Spaniens und des „neue Europa", die imperiale Politik der USA zu unterstützen, die Furcht vor einer deutsch-französischen Dominanz in der EU ist. Die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses ist daher heute wieder vollkommen unsicher.

Generell haben die jüngsten Entwicklungen in einem Maße die Ratio von traditioneller Macht- und Gleichgewichtspolitik befördert, wie sie die Diskurse von Multilateralismus und Global Governance sich nicht hatten träumen lassen.

Neue Soziale Bewegung

In Seattle artikulierte sich erstmals weithin sichtbar eine neue soziale Bewegung, die in den folgenden Jahren zu beträchtlicher Größe anwuchs. Genua, Florenz und jüngst die riesigen Friedensdemonstrationen sind ein Indiz dafür, dass auch die Gegenreaktionen auf die Krise des Neoliberalismus und die neue Weltordnung eine neue Qualität erreicht hat.

Allerdings besteht angesichts der weltpolitischen Umbrüche ein auffälliges Missverhältnis zwischen dem spontanen Protest- und Mobilisierungspotential und dem Fehlen von strategische Antworten und eines in einigermaßen relevanten Teilen der Gesellschaft akzeptierten Alternativmodells. Von Seattle über Genua und Florenz bis zu den Antikriegs-Demonstrationen am 15. Februar gehen immer mehr Menschen auf die Straße. Das emanzipatorische Lager ist bisher nicht in der Lage, auf die neuen und noch möglichen Entwicklungen mit den entsprechenden Konzepten und Strukturen angemessen zu reagieren.

Eine nur bewahrende Strategie und der Rückgriff auf traditionelle linke Interpretationen und Politikkonzepte wird den neuen Herausforderungen gegenüber wirkungslos bleiben. Es ist deshalb dringend notwendig, einen Prozess strategischer Verständigung zwischen den einzelnen Strömungen des emanzipatorischen Lagers herbeizuführen. Mit der Formulierung „Reinventing the Left", die jemand in einer Diskussion in Porto Alegre benutzte, wird auf den Punkt gebracht, um was es geht.

Globalisierungskritische Bewegung, Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen, Sozialverbände progressive Milieus der Kirchen, kritische Intellektuelle und Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie aufgeschlossene Einzelpersönlichkeiten in Parteien und Parlamenten gehören dabei in einen solchen Diskussionszusammenhang.

Dazu ist sicher auch die Entwicklung einer Kultur pluralistischen Dialogs jenseits traditioneller politischer Bruchlinien notwendig. Als Ausgangsbedingung ist dabei die Pluralität hinsichtlich theoretischer, philosophischer, weltanschaulicher Grundlagen, aber auch die Diversität strategischer Vorstellungen, politischer Kulturen und

Traditionen und der Leitbilder zu akzeptieren, und nach Wegen zu suchen, sie zu einer Produktivkraft zu machen statt zum Spaltpilz werden zu lassen. Denn unsere Zukunft ist pluralistisch, oder wir haben keine.

*Der Autor ist Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung und Mitglied es Koordinierungskreises von ATTAC.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Drei Fragen an Attac

Bernard Cassen, ATTAC Frankreich

In Fortsetzung des Attac-Beitrags: „Das Empire und wir: unsere Analysen" hielte ich es für nützlich, innerhalb von Attac eine Debatte zu starten über einige der Fragen, vor die uns die Politik des „Kriegs ohne Grenzen" der Bush-Regierung stellt. Viele dieser Fragen sind nicht neu. Jedoch wurden sie bei Attac nie explizit angesprochen, weil darüber womöglich kein Konsens zu erzielen sei. Vielleicht wird es auch so sein, aber zumindest müssen die Diskussionspunkte auf den Tisch. Anschließend können wir dann - in unserem üblichen Verfahren - feststellen, in welchen Punkten Konsens herrscht und wo es unterschiedliche Meinungen gibt.

1.- Bis zu welchem Punkt sind die Feinde unserer Feinde unsere Freunde?

Die Stellungnahmen von Frankreich, Deutschland und Belgien in Bezug auf den Krieg im Irak bringen uns in eine nie da gewesene Lage: Wir können die europäischen Regierungen nicht mehr über einen Kamm scheren, auch wenn sie zu Hause eine identische Politik betreiben. Es gibt nämlich keinen wesentlichen Unterschied zwischen den „Strukturreform" -Plänen (lies: Konterreform-Plänen) von Jean-Pierre Raffarin und Gerhard Schröder einerseits und von Tony Blair, Silvio Berlusconi oder José-Maria Aznar andererseits. Alle fügen sich (auf europäischer Ebene) in den Rahmen der Dogmen der neoliberalen Globalisierung ein, die auch die USA vorantreiben - außer wenn es ihnen gerade nicht passt. Die gesamte Triade (Europa, Nordamerika, Japan) hält zusammen, sowohl auf ideologischer Ebene als auch wegen des verschachtelten Eigentums an ihrer Unternehmensaktiva. Daher haben die Konflikte zwischen den Gruppierungen natürliche Grenzen.

Und doch: Vier EU-Mitgliedstaaten sind den USA nicht in ihr irakisches Abenteuer gefolgt, obwohl enormer Druck auf sie ausgeübt wurde. Die USA haben ihre Absicht angekündigt, Frankreich zu „strafen" - ein Beweis dafür, dass Politik in ihren Augen wichtiger ist als Wirtschaft, zumindest manchmal. Das Problem für uns ist, zunächst einmal, Ausmaß und Wesen der Risse (ob sie von Dauer sind oder nicht) zu evaluieren, die dabei zwischen den Regierungen zum Vorschein gekommen sind, und dann zu sehen, wie wir sie nutzen. So viele Möglichkeiten haben wir nicht, dass wir diese Risse unbeachtet lassen dürften.

Aber jede Antwort wirft neue Fragen auf: Wie lässt sich zugleich Chiracs Außenpolitik unterstützen und Raffarins Politik innerhalb Frankreichs bekämpfen? In Deutschland, wo der Kanzler eine von den Gewerkschaften und einem maßgeblichen Teil seiner eigenen Partei, der SPD, heftig umstrittene Wirtschaftspolitik verfolgt, ist die Frage noch akuter. Mit anderen Worten: Bis zu welchem Punkt sind die Feinde unserer Feinde unsere Freunde? Wo ist die Grenze anzusiedeln zwischen einer geostrategischen Stellungnahme (das Empire durch Unterstützung seiner auch neoliberalalen Gegner schwächen) und einer Stellungnahme gegen diese Gegner hinsichtlich ihrer neoliberalen Politik?

Solche Situationen - die weder ganz schwarz, noch ganz weiß sind - sind wir nicht gewohnt, zumal sie Folgen für ein Gebiet haben, auf das wir uns nur im Ausnahmefall (21. April) einlassen wollen: die Wahlen. Wenn wir spanische Bürger wären, würden wir dann dazu aufrufen, bei den nächsten Gemeindewahlen gegen die PP zu wählen, um Aznar zu „bestrafen"?

2.- Welche Haltung gegenüber den Staaten und dem Freihandel impliziert eine Unterstützung des Multilateralismus?

Mit Recht unterstützen wir die von der UNO verkörperte internationale Legalität und lehnen ihre Verletzung durch George W. Bush und Tony Blair ab. Jedoch hegen wir nicht allzu viele Illusionen über die Funktionsweise der Organisation und insbesondere über die Legitimität des Vetorechtes der fünf gegenwärtigen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Noch ist die globalisierungskritische Bewegung recht wortkarg hinsichtlich dieser Frage, die unterschiedliche Antworten hervorrufen kann, zumal sie eine weitere, viel heiklere Frage in sich birgt: das Statut der Nationen und der Nationalinteressen.

Die UNO ist nämlich, wie die anderen internationalen Institutionen, nichts anderes als die Summe ihrer Komponenten - die Staaten -, von denen natürlich einige gleicher sind als andere. Das Verhältnis zu Staat und Nation ist aber immer noch ein Thema, das viele lieber vermeiden, um der Einheit der „Bewegung" nicht zu schaden. Ohne Klärung dieses Aspekts wird es schwierig sein, den „Multilateralismus" (eine Summe von Stimmen und staatlichen Interessen) überzeugend gegen den

„Unilateralismus" (Stimme und Interessen eines einzigen Staates) zu verteidigen.

Zusätzliches Problem: Führt die Unterstützung des Multilateralismus nicht zur Anerkennung der Funktionsweise einer anderen Organisation, der WTO, die wir doch sehr kritisch sehen? Die WTO funktioniert, im Gegensatz zum IWF und zur Weltbank, tatsächlich nach dem (zweifellos theoretischen) Prinzip „ein Staat, eine Stimme". Sollen wir sie in der Frage der *Foreign Sales Corporations* unterstützen (weil sie Washington stört) und sie ansonsten bekämpfen?

Die Schwäche unserer Position in Bezug auf die WTO ist, dass sie rein defensiv oder reaktiv ist, wenn nicht sogar schlicht und einfach absurd bei einigen Leuten, die sie „abschaffen" wollen, ohne zu präzisieren, was sie an ihre Stelle setzen wollen. Kurz: Wir wissen, welche Handelspolitik wir bekämpfen; wir sind auf diesem Gebiet für Regulierungsmechanismen; die Spielregeln der WTO lehnen wir ab. Alles schön und gut; aber welche alternativen Spielregeln wollen wir einführen und mit welchen Mitteln? Da rühren wir an das Thema, das in unseren Kreisen noch relativ tabu ist, das Thema des freien Handels und des Protektionismus, ob national oder regional.

Viel eher aus Bequemlichkeit als aufgrund einer eigenständigen Analyse hat sich Attac in Agrarfragen die Positionen der Confédération paysanne *(französischer Bauernverband*) und der Via Campesina hinsichtlich der Ablehnung von Exportsubventionen und der Notwendigkeit des Schutzes vor Importgütern zu eigen gemacht. Sind wir bereit, ein solches Vorgehen auch auf andere wirtschaftliche Sektoren auszuweiten, etwa den fairen Handel oder sonstige alternative Möglichkeiten zu generalisieren? Der Freihandel ist DAS zentrale Dogma der Liberalen und insbesondere der US-amerikanischen Regierung: Colin Powell hat ihn als Washingtons erste Priorität bezeichnet, nach dem „Kampf gegen den Terrorismus". Die Liberalen sind zu Konzessionen hinsichtlich der „Freiheit" der Kapitalbewegungen bereit, nicht aber hinsichtlich der „Freiheit" des Handels. Wenn dieses Dogma für das gegnerische Lager zentral ist, sollte es dies auch für uns sein. Daher ist eine Stellungnahme von Attac in dieser Frage absolut notwendig. Was das Attac-Buch "*Que faire du FMI et de la Banque centrale (Was tun mit dem IWF und der Weltbank?)"* hinsichtlich der Internationalen Finanzinstitutionen gemacht hat, muss auch für die WTO und den Freihandel gemacht werden. Das wird zweifellos schwieriger sein.

3.- Welche „Macht" für Europa?

Wir können auch der europäischen Frage nicht ausweichen, ob aus Gründen der Aktualität (Konvent, Erweiterung, Regierungskonferenz) oder aus grundlegenden Erwägungen: Die EU ist gegenwärtig die einzige Organisation, die den Vereinigten Staaten potenziell auf wenigstens zwei Gebieten die Stirn bieten kann: der Diplomatie ihrer Mitgliedstaaten und dem Handel.

Seit dem Treffen des Europäischen Rats in Nizza im Dezember 2000 gehört unsere entschiedene Ablehnung des Inhalts europäischer Politik zu den wichtigsten Grundsätzen unserer Identität als Aktivisten. Diese Ablehnung gilt einzelnen Bereichen (Liberalisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, Genmanipulation, Europäische Zentralbank, Stabilitätspakt usw.), wir entwickeln aber keine globale Alternative. Immerhin verfügen wir über einen nicht unbeträchtlichen Grundstock an Vorschlägen, selbst wenn wir die zentrale Frage des Freihandels weiter ausklammern(s. oben)

Dagegen haben wir bisher überhaupt nichts zum Konzept der „Macht Europa" entwickelt. Gerade dieses Konzept wird aber gegenwärtig in der Debatte gegenüber dem Empire herangezogen. Sicher wünschen wir uns alle ein „europäisches Europa", ein „Europa der BürgerInnen" usw. Was heißt das aber in Fragen der Außen- und vor allem der Verteidigungspolitik, in einem Kontext, in dem die Erweiterung auf 25 Länder die EU zu einem Gebiet macht, in welchem die Mehrheit der Regierungen nur den Wunsch hat, sich via NATO unter die Schutzherrschaft der USA zu stellen? Was halten wir von der Initiative Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Luxemburgs für eine europäische Verteidigung? Welche Form der Verwendung der Streitkräfte (Friedenserhaltung, humanitärer Schutz) sind wir gegebenenfalls bereit zu akzeptieren? Angesichts der Tatsache, dass der technische Vorsprung der Vereinigten Staaten bei den Rüstungsgütern nicht mehr einzuholen ist (wenn denn ein solches Ziel wünschenswert wäre): Welche Formen minimaler *Selbständigkeit* können wir unterstützen (Satellit "Galileo", Airbus A400M zum Truppentransport)? Oder wollen wir nur die *„soft power*", die „zivile Macht", die Macht der Diplomatie, des Geflechts aus Reglementierungen, friedlichen Mechanismen der Konfliktprävention etc., um sie der rohen Gewalt der B2-Flugzeuge, der Marschflugkörper und Abrams-Panzer entgegenzusetzen?

Kurz - angesichts einer amerikanischen Strategie, die auf unbeschränkter Gewaltanwendung beruht, kann die globalisierungskritische Bewegung in der *Verteidigungsfrage* keine Vogel-Strauß-Politik betreiben, ob auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene. Nun stellt aber die Verteidigungsfrage, mehr noch als der freie Handel, gewisse Teile der Bewegung vor existenzielle Probleme. Deshalb muss darüber debattiert werden, und sei es nur, um die Diskussionspunkte herauszuarbeiten und sich nicht auf Anti-Kriegs-Beschwörungen zu beschränken, die uns zwar politisch zufrieden stellen, uns aber wenige Perspektiven auf konkrete Maßnahmen eröffnen.

Auf die drei großen oben aufgezählten Fragestellungen wird es keine einmütigen Antworten geben, jedenfalls nicht sofort. Bei den Stellungnahmen, über die wir kurzfristig entscheiden müssen, insbesondere hinsichtlich des Konvents, werden wir wohl nicht alles berücksichtigen können... Aber wir stellen maßgebliche Weichen für die Zukunft, wenn wir diese Themen schon jetzt offen ansprechen. Das ist unsere Aufgabe als Volksbildungsbewegung.

Übersetzung: Karin Ayche, coorditrad@attac.org
Ehrenamtliche Übersetzer

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Die von den USA geführte Invasion und Besetzung des Irak ist illegal

Focus on the Global South, 7. Mai 2003

1946 hat der Gerichtshof von Nürnberg festgestellt, dass "die Durchführung eines Angriffskrieges nicht nur ein interna-tionales Verbrechen ist; es ist eines der schlimmsten internationalen Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es schon selbst das gesamte Übel des Ganzen enthält."

Deshalb fordern wir:

ein sofortiges Ende der illegalen Besetzung des Irak durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien sowie den sofortigen Rückzug aller ausländischen Truppen, Militärberater und Vertreter, Militärausrüstung und Waffen.

Wir bestehen darauf, dass

das irakische Volk das umfassende und souveräne Recht wahrnehmen kann, seine eigene Zukunft zu bestimmen, und dass jegliche Entscheidung über den Bedarf an internationaler Hilfe einzig und allein bei den Irakern liegt.

Die Besetzung des Irak durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien ist ebenso illegal wie jegliche Verwaltung oder Interimsregierung, die von den Besatzungsmächten eingesetzt wird. Somit sind alle von den Besatzungsmächten und ihren Vertretern getroffenen Entscheidungen für das irakische Volk nicht bindend.

Das von der UNO geführte irakische Ölkonto darf nicht dafür benutzt werden, die Rechnung für den Wiederaufbau der Zerstörungen durch den illegalen Krieg und die UN-Sanktionen zu begleichen. Diese Fonds müssen für das irakische Volk treuhändlerisch verwaltet werden, bis es eine legitimierte und repräsentative Regierung gibt, die vom Volk gewählt wurde.

Während wir nachdrücklich Hilfe durch unabhängige Zivilgesellschaften für und Solidarität mit dem irakischen Volk unterstützen, sollten die Vereinten Nationen und ihre Organisationen, andere Regierungs- und Nicht-Regierungs-organisationen nicht als Feigenblatt dazu dienen, die illegale Invasion und Besetzung des Irak zu legitimieren oder davon zu profitieren. Humanitäre Hilfe darf nicht dazu benutzt werden, militärische, politische und wirtschaftliche Ziele der Besatzungsmächte zu unterstützen oder zu fördern.

Die Vereinten Nationen, andere Regierungen und NROs sollten nicht ihre eigenen Mittel und öffentliches Geld benutzen, um humanitäre Hilfe, Wiederaufbau oder andere Entwicklungsprojekte zu ersetzen, die die rechtliche und moralische Verantwortung der Invasions- und Besatzungsmächte sind, noch sollte das als "Hilfe" bezeichnet werden, was das Recht des irakischen Volkes ist.

Das irakische Volk hat die Souveränität über die natürlichen Ressourcen und die Anlagen. Die Invasions- und Besatzungsmächte oder ihre Stellvertreter aus dem Privatsektor haben kein Recht, Entscheidungen darüber zu treffen, wer die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen oder des Aufbaus und Leistung der Grundversorgung und Anlagen kontrolliert und davon profitiert.

Die gesamten Kosten des Wiederaufbaus, der Ausgleichs- und Reparationszahlungen für den physischen, sozialen, wirtschaftlichen, psychologischen, ökologischen und kulturellen Schaden und die Zerstörung des Kulturerbes durch die von den USA geführte Invasion des Irak müssen von den Aggressoren getragen werden.

Reparationszahlungen für den physischen, sozialen, wirtschaftlichen, psychologischen, ökologischen und kulturellen Schaden, den Verlust des Kulturerbes und das Leiden, die durch die Sanktionen verursacht wurden, die der UN-Sicherheitsrat verfügt hat, müssen von den ständigen Mitgliedern des UN Sicherheitsrates getragen werden.

Außerdem müssen Reparationszahlungen an all die Personen geleistet werden, die aus den 12 Jahren Sanktionen und der Invasion 2003 physischen, wirtschaftlichen oder psychologischen Schaden oder Traumata erlitten. Diese Zahlungen müssen auf der Grundlage von individuellen oder kollektiven Forderungen von einem unabhängigen Gerichtshof verfügt werden.

Wir fordern

- ein Kriegstribunal des Volkes auf der Grundlage der Genfer Konventionen und der Prinzipien des Nürnberger Gerichtshofes und anderer Präzedenzfälle, um die **Kriegsverbrechen** von George W. Bush, Donald Rumsfeld, Dick Cheney, Paul Wolfowitz, Condoleza Rice, Colin Powell, Tommy Franks, Tony Blair, Jack Straw, John Howard und anderen zu untersuchen und zu verfolgen;
- internationale **Sanktionen** gegen die Angreiferstaaten für ihren illegalen präventiven Angriff auf einen souveränen Staat;
- die **Einstellung von Gewaltandrohungen und Gewaltanwendung** durch die Regierung der Vereinigten Staaten gegen alle souveränen Staaten.

Übersetzung: Herbert KASER, Erwin HOESI, Nadja WEBER, Sandra SCHULZE, Marcel BRAND. coorditrad@attac.org Ehrenamtliche Übersetzer

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Nach dem Krieg: Wer räumt den Dreck weg?

Conn Hallinan

Wenn die Bush Regierung die Kosten des Irak Krieges zusammenrechnet, sollte sie besser bereit sein, die Milliarden hinzuzuzählen, die nötig sind, um die giftigen Überreste zu beseitigen, die die U.S. amerikanische Art der Kriegsführung hinterläßt, insbesondere die weit verbreitete Benutzung von Cluster Waffen und abgereichertem Uran (depleted uranium - DU). Während das Kämpfen weitgehen abgeklungen ist, werden die Konsequenzen des Einsatzes dieser umstrittenen Waffen noch lange spürbar bleiben. Die Cluster Bomben werden von den Jungen und Unachtsamen einen regelmäßigen Blutzoll fordern, das DU Luft und Wasser vergiften.

Cluster Geschosse - Bomben, Granaten und Raketen die hochexplosive Kanister freigeben, die alles, von Menschen bis zu Panzern, in Stücke reißen - sind eine kontinuierliche Umweltkatastrophe seit dem Krieg in Süd-Ost Asien. Von den 90 Millionen Cluster Sprengsätzen, die über dem winzigen Laos von 1964 bis 1973 abgeworfen wurden, sind 30% nicht explodiert. Das Ergebnis ist ein landesweites Minenfeld, das mehr als 12.000 Menschen getötet und verstümmelt hat, und dem nach wie vor 100 bis 200 Menschen pro Jahr zum Opfer fallen. In einem 20 Quadratkilometer großen Gebiet hat die British Mines Advisory Group - die weltführende Bomben Räumungs Organisation - jüngst 376.000 nicht-detonierte Sprengsätze gefunden, in ihrer großen Mehrzahl Cluster Sprengsätze. Mehr als 50 Millionen Cluster Waffen wurden im Golfkrieg 1991 benutzt. In den ersten zwei Jahren nach dem Krieg töteten sie 1.400 kuwaitische Zivilisten und noch im vorigen Jahr wurden 200 Cluster Waffen pro Monat gefunden.

Cluster Sprengsätze verursachten ``massive Probleme" im Kosovo, im Golf und in Afghanistan, und sie werden ``im Golf wieder massive Probleme verursachen", so Colin King, der Autor von ``Jane's Explosive Ordinance Disposal Guide" und Räumungsexperte im ersten Golf Krieg. Die berüchtigste Cluster Waffe aus der Vietnam Ära ist die CBU-99, bestückt mit MK-118 Bomblets, deren Versagensrate 30% erreicht. Eine U.S. Firma mit dem Auftrag, Cluster Waffen in Kuwait zu räumen, fand 95.700 MK-118 in einem einzigen, eng-begrenzten Gebiet. Modernere Cluster Waffen, wie die CBU-103, 104, 105 und die AGM-154 A und B, haben eine bessere Bilanz, aber selbst bei diesen explodieren 5% bis 23% der Tochtergeschosse nicht. Insbesondere Kinder sind in Gefahr, da einige der Kanister gelb sind, wie amerikanische Notfall-Nahrungspakete.

Die Allgegenwart und Illegalität von abgereichtertem Uran

Abgereichertes Uran ist allgegenwärtig auf allen neueren amerikanischen Kriegsschauplätzen. Die U.S. hat 320 Tonnen abgereichertes Uran im ersten Golf Krieg eingesetzt, und 10 Tonnen im Kosovo. Die Widerstandsfähigkeit von abgereichtertem Uran gegen feindlich Geschosse, sowie dessen Fähigkeit gehärtete Panzerungen in Margarine zu verwandeln, verleihen den U.S. einen gewaltigen Vorteil gegenüber jedem Gegner der kein abgereichertes Uran benutzt. Dies ist allerdings illegal. Im August letzten Jahres befand ein Unterausschuss der Vereinten Nationen, dass die Verwendung von DU sieben internationale Verträge verletzt, darunter die UN Charta und der Genfer Konvention. DU, verwandt in 120 mm Panzer Granaten und 30 mm Kanonen Munition, hat einen Entzündungspunkt von 1.132°C, ein drittel dessen von Wolfram. Es kann 10 cm dicken Stahl durchdringen, und rösted das Innere von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen mit einem 10.000°C heißen Feuerball.

Irgendetwas zwischen 30% und 70% des DU verwandelt sich dabei in feinsten Staub, der sich bis zu 40km entfernt niederschlagen kann. DU ist nicht besonders radioaktiv - etwa so wie natürlich vorkommendes Uran - aber wenn es in den Körper aufgenommen wird, so das U.S. Environmental Policy Institute (U.S. Institut für Umweltpolitik), ``hat es das Potential, signifikante medizinische Konsequenzen zu verursachen". DU steht seit geraumer Zeit im Verdacht, für das Golfkriegs Syndrom verantwortlich zu sein, einer Mischung körperlicher Beschwerden unter der bis zu 30% der Veteranen des Konfliktes von 1991 leiden. Das amerikanische Verteidigungsministerium sieht schwache radioaktive Strahlung nicht als gefährlich an, aber eine neuere Studie des Armed Forces Radiobiology Research Institute könnte diese Schlussfolgerung in Frage stellen. ``Es wurde bisher immer angenommen, dass geringe Dosen kein großes Problem darstellen", so Alexander Miller von dem Institut zur britischen Zeitung The Guardian, ``aber sie können mehr Schaden anrichten, als man glaubt". Die Studie deutet darauf hin, dass DU Chromosomen im Knochenmark beschädigt.

Die Auswirkungen schwacher radioaktiver Strahlung sind schwer zu nachzuvollziehen, da viele ``stichhaltige" Krebserkrankungen erst nach 16 bis 24 Jahren auftreten. Andererseits behaupten irakische Behörden, dass die Krebsrate in Basra um das 10 fache angestiegen ist. Die Gegend um Basra wurde im Krieg 1991 mit DU zugedeckt. DU ist nicht nur radioaktiv, es ist auch ein giftiges Metall, das Leber und Nieren schädigen kann. Ein weiteres Problem sind DU Geschosse, die ihr Ziel verfehlen, und sich mit ihrem gewaltigen Gewicht und ihrer enormer Geschwindigkeit bis zu 60 cm in den Boden bohren. ``Besonders Besorgnis erregend unter den möglichen ökologischen Effekten intakter [DU] Geschosse, oder grosser Geschossfragmente", stellt die Weltgesundheitsorganisation fest, ``ist die mögliche Kontamination des Grundwassers nach Verwitterung". Die Räumung von Cluster Bomben und das Beseitigen von DU-Kontamination werden höchstwahrscheinlich enorm kostspielig, und die große Frage wird sein, wer dafür zahlt.

Wer zahlt für das Aufräumen?

Die Bush Administration verläßt sich auf den Verkauf irakischen Öls um den Großteil der Kosten zu begleichen. Aber diese Rechnung geht nicht auf. Irakisches Öl könnte bestenfalls $18 Mrd. jährlich einbringen, kaum genug um die 60% der Bevölkerung zu enähren, die von Nahrungsmittelhilfe abhängt. Und das schließt noch nicht einmal das Problem des Wiederaufbaus der irakischen Infrastruktur ein, die von 12 Jahren Sanktionen und dem jüngsten Krieg verwüstet ist. Kosten, die PFC Energy, ein Washingtoner Consulting Unternehmen, auf über $300 Mrd. schätzt.

Irak hat also eine Schuldenlast, die bis zu 383 Mrd. betragen könnte, und niemand scheint bereit zu sein diese Schulden abzuschreiben. Die Financial Times nannte die Forderung von Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz nach Schuldenerlass gar ``böswillig''. Wie der russische Vize Premier und Finanzminister Alexei Kudrin bemerkte, seinem Land erließ niemand dessen enorme Schulden.

Anders als im ersten Golf Krieg, als die Alliierten den Großteil der Rechnung beglichen, ist die ``Koalition der Willigen'' der Bush Regierung schlichtweg Pleite, und das Weiße Haus stellt der Office of Reconstruction and Humanitarian Assistance (Büro for Wiederaufbau und Humanitäre Unterstützung) lediglich 2,4 Mrd. zur Verfügung. Zudem sind der Internationale Währungsfont (IWF) und die Weltbank zögerlich, ohne Mandat der Vereinten Nationen einzuschreiten.

Außerdem ist der IWF besorgt, in die Rolle dessen zu geraten, der nach dem amerikanischen Militär aufzuräumt. ``Ich sehe nicht, dass man langfristig, allein auf militärischer Macht basierend, eine Welt des Friedens und des Wohlstandes zusammenhalten kann'', sagte IWF Managing Director Horst Köhler der Financial Times.

Letztlich werden es wohl die irakischen Zivilisten und die U.S. Besatzungstruppen sein, die den Preis für unsere Art der Kriegführung zahlen.

(Kontakt für diesen Artikel: connm@cats.ucsc.edu. Der Autor ist Dekan der University of California at Santa Cruz, und politischer Analyst für ``Foreign Policy in Focus'' (online unter www.fpif.org).)

Der neue Imperialismus und die Lehren aus der Rekolonisierung des Irak

Tariq Ali (8. April 2003)

Am 15. Februar 2003 marschierten mehr als acht Millionen Menschen auf den Straßen von fünf Kontinenten gegen einen Krieg, der noch nicht begonnen hatte. Diese erste, wirklich globale Mobilisierung – in Ausmaß, Reichweite und Größe ohne Vorbild – versuchte, die vom Pentagon geplante Eroberung des Irak zu verhindern. Die Menschenmassen in Westeuropa brachen alle Rekorde: drei Millionen in Rom, zwei Millionen in Spanien, anderthalb Millionen in London, eine halbe Million in Berlin, über hunderttausend in Paris, Brüssel und Athen. In Istanbul, hatte die Regierung aus Gründen der ‚nationalen Sicherheit‘ einen Protestmarsch untersagt. Daher veranstaltete die Friedensbewegung eine Pressekonferenz, um gegen das Verbot zu protestieren, dazu erschienen zehntausend ‚Journalisten‘. In den USA gab es Großdemonstrationen in New York, San Francisco, Chicago und in LA. Kleinere Veranstaltungen in nahezu allen Hauptstädten: Zusammengenommen über eine Million Menschen. Eine weitere halbe Million demonstrierte in Kanada. Auf der anderen Hälfte des Globus versammelte die Bewegung 500.000 Menschen in Sydney und 250.000 in Melbourne.

Am 21. März, während englische und amerikanische Streitkräfte sich in Richtung der irakischen Grenze bewegten, erwachten die lange schweigenden arabischen Straßen zu neuem Leben. Angeregt durch die weltweiten Proteste fanden spontane Großdemonstrationen in Kairo, Sanaa und Amman statt. In Ägypten geriet das Söldnerregime des Hosni Mubarak in Panik und inhaftierte über achthundert Menschen, von denen einige im Gefängnis grob misshandelt wurden. Im Jemen marschierten 30.000 Menschen gegen den Krieg, als eine größere Zahl, die den Weg zur amerikanischen Botschaft einschlugen wurden mit Gewehrkugeln gestoppt. Dabei wurden zwei Menschen getötet und viele verwundet. Im israelisch-amerikanischen Protektorat Jordanien hatte die Monarchie in einer Grenzstadt bereits Proteste niedergeschlagen und fuhr nun fort, brutal auf Demonstranten in der Hauptstadt loszugehen. In der arabischen Welt war der auf der Straße vorherrschende Ton trotzig nationalistisch – „Wo bleibt unsere Armee?“ skandierten die Demonstranten in Kairo. In Pakistan setzten die Anti-Kriegs-Bewegung und die religiösen Parteien auf die Amerika-freindliche Haltung der Muslim Liga und der PPP um die Aufmärsche in Peshawar und Karachi zu beherrschen. Die Islamisten in Kenia und Nigeria folgten diesem Beispiel und hatten dabei noch größeren Erfolg: In beiden Ländern mussten die amerikanischen Botschaften evakuiert werden. In Indonesien marschierten über 200.000 Menschen jeder politischen Färbung durch Jakarta.

Vor weniger als einem Jahrhundert erhielten die europäischen sozialdemokratischen Parteien der Zweiten Internationale über acht Millionen Wählerstimmen. Dies inspirierte den einzigen bisherigen Versuch einer koordinierten Aktion zur Vermeidung eines Krieges. Im November 1912 wurde unter den gotischen Bögen des Basler

Doms eine Notkonferenz der Internationale versammelt, um die anstehende Katastrophe des ersten Weltkriegs abzuwenden. Beim Eintreffen der Delegierten erklang eine Aufführung von Bachs h-moll-Messe, die den Höhepunkt des Abends markierte. Die deutschen, britischen, französischen sozialistischen Anführer gelobten, jeglicher aggressiver Politik ihrer jeweiligen Regierungen Widerstand zu leisten. Man kam überein, dass die parlamentarischen Vertreter zu gegebener Zeit gegen Kriegsanleihen stimmen würden. Keir Hardies Aufruf zu einem ‚internationalen revolutionären Schlag gegen den Krieg‘ wurde mit Beifall aufgenommen, aber nicht zur Abstimmung freigegeben. Jean Jaurès erhielt lautstarke Zustimmung, als er darauf hinwies, um wie viel geringer das Opfer einer Revolution wären verglichen mit dem anstehenden Krieg ‘. Victor Adler verlas dann eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Sie schloss mit den Worten: „Die herrschenden Klassen, die Euch in Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss den Gewalthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“

Im Jahre 1914 waren diese ehrbaren Emotionen unter den Fanfarenstößen des Nationalismus verschwunden. Die in Basel zur Schau gestellte programmatische Klarheit verpuffte, als die Sturmglocke die Bürger aller Länder zum Krieg mobilisierte. Keine Kriegsanleihe wurde abgelehnt, kein Streik organisiert und auch keine Revolution angezettelt. Inmitten eines wachsenden Sturms chauvinistischer Hysterie wurde Jaurès von einem Pro-Kriegs-Fanatiker gemeuchelt. Während eine mutige, verleumdete Minderheit im schweizerischen Zimmerwald zusammentraf und forderte, dass der imperialistische Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die Reaktion im eigenen Land umgewandelt werden sollte, stand die Mehrheit der sozialdemokratischen Anführer stramm und ihre Anhänger zogen die Uniformen an und fuhren fort, sich gegenseitig nieder zu metzeln. Über zehn Millionen fielen auf den Schlachtfeldern Europas, um ihren jeweiligen Kapitalismus zu verteidigen, während eine neue Großmacht die Weltbühne betrat. Ein Jahrhundert später hatten die Vereinigten Staaten tatsächlich alle Rivalen aus dem Weg geräumt, um nun als führende – oft auch alleinige – Darstellerin im internationalen Drama zu agieren.

Die acht Millionen und mehr, die dieses Jahr marschierten, wurden weder von irgend einer Internationale mobilisiert, noch teilten sie ein gemeinsames Parteiprogramm. Mit vielen verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Hintergründen, verband sie ausschließlich das gemeinsame Begehren, die imperialistische Invasion eines ölreichen arabischen Staates zu verhindern, in einer Region, die bereits durch den Kolonialkrieg in Palästina gespalten ist. Die meisten der Marschierer lehnten instinktiv die offiziellen Rechtfertigungen für das Blutvergießen ab. Für diejenigen, die das als ‚plausibel‘ annehmen, ist es schwierig zu verstehen, dass ein derart massiver Widerstand und Hass gegen die Kriegsbefürworter unter vielen jungen Menschen provoziert werden konnte. Außerhalb der Vereinigten Staaten glauben nur wenige, dass die streng säkulare Baath-Partei irgendeine Beziehung zu Al-Kaida unterhielt. Was die ‚Massenvernichtungswaffen‘ betrifft gibt es in dieser Region nur ein einziges Atomwaffenlager und das ist in Israel. Condoleeza Rice hat höchstpersönlich im letzten Jahr der Clinton-Amtszeit behauptet, selbst wenn Saddam Hussein ein derartiges Arsenal hätte, wäre er nicht in der Lage, dieses einzusetzen. ‚Wenn Irak tatsächlich Massenvernichtungswaffen erwirbt, wären diese Waffen unbrauchbar, jeder Versuch, sie zu gebrauchen, bringt die nationale Selbstauslöschung mit sich. [1] Im Jahr 2000 waren sie unbrauchbar, jedoch drei Jahre später musste Saddam durch massive angloamerikanische Expeditions-Streitkräfte und durch das Cluster-Bombardement irakischer Städte beseitigt werden, bevor er sie erweben hätte können? Der Vorwand konnte nicht nur nicht überzeugen, sondern führte auch dazu, eine breite Opposition anzufachen. Millionen sahen jetzt die größte Bedrohung für den Frieden gekommen, allerdings nicht aus den dezimierten Waffenvorräten hinfälliger Diktaturen, sondern aus dem verdorbenen Herzen des amerikanischen Imperiums und seiner Satrapen, Israel und Großbritannien. Es ist das Wissen um diese Tatsachen, das eine neue Generation zu radikalisieren begann.

Die imperialistische Offensive

Die Administration der republikanischen Partei benützte das nationale Trauma des 11. September dazu, eine dreiste imperialistische Politik zu verfolgen, dabei markiert die Besetzung des Irak erst den Beginn. Die Leitlinien, die sie versucht durchzusetzen, wurden erstmals im Jahr 1997 unter der Überschrift “Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert” veröffentlicht. Zu den Unterzeichnern zählten Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Jeb Bush, Zalmay Khalilzad, Elliott Abrams und Dan Quayle, aber auch solch intellektuelle Zierden wie Francis Fukuyama, Midge Decter, Lewis Libby und Norman Podhoretz. Das amerikanische Empire konnte es sich nicht leisten, dem Ende des Kalten Krieges gleichgültig gegenüberzustehen. Sie argumentierten: ‘Wir scheinen die essentiellen Elemente des Erfolgs der Reagan-Administration vergessen zu haben: ein Militär, das stark und bereit ist, gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen zu meistern; eine Außenpolitik, die klar und entschlossen die amerikanischen Prinzipien in aller Welt verbreitet und eine nationale Führung, die die globale Verantwortung der Vereinigten Staaten annimmt.’ Verglichen mit dem Euphemismus der Clinton-Ära ist die Sprache dieser Gruppe **lobenswert direkt**: Um die US-Hegemonie zu erhalten, muss Gewalt angewendet werden – wo immer und wann immer auch nötig. Europäisches Händeringen bleibt dabei unbeachtet.

Der Angriff auf das World Trade Centre und das Pentagon im Jahr 2001 kann als “Geschenk des Himmels” für die Administration bezeichnet werden. Am folgenden Tag wurde auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates darüber diskutiert, ob man den Irak oder Afghanistan angreifen solle, wobei man sich erst nach längerer Debatte für das letztere Land entschied. Ein Jahr später wurden die Ziele des “Projekts” geschickt in “die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika” umgewandelt und im September 2002 von Bush veröffentlicht. Die “Expedition nach Bagdad” war die Wende zur Umsetzung des neuen Statuts. [2] Das zwölfjährige UN-Embargo und die angloamerikanischen Bombardements hatten es nicht

geschafft, das Baath-Regime zu zerstören oder dessen Führer zu ersetzen. Es könnte keine bessere Demonstration des Wechsels zu einer noch offensiveren imperialen Strategie geben, als einfach ein Exempel zu statuieren. Obwohl kein einziger Grund für einen Angriff auf den Irak spricht, besteht kaum ein Zweifel über die Überlegungen dahinter.

Die wirtschaftliche Überlegung:
Der Irak besitzt die weltweit zweitgrößten Reserven an billigem Erdöl; nach Bagdads Entscheidung im Jahr 2000, seine Exporte in Euro und nicht länger in Dollar zu fakturieren, bestand die Gefahr, dass Chávez in Venezuela und die Iranischen Mullahs diesem Beispiel folgen könnten. Eine unter US-Kontrolle durchgeführte Privatisierung der irakischen Ölquellen könnte dazu beitragen, die OPEC zu schwächen.

Die strategische Überlegung:
Die Existenz eines unabhängigen Arabischen Regimes in Bagdad stellt für das Israelische Militär seit jeher eine Irritation dar. Auch als Saddam noch ein Verbündeter des Westens war, stellte die IDF Teheran während des Irak-Iran-Krieges Ersatzteile zur Verfügung. Seitdem republikanische Eiferer, die der israelischen Likud-Partei nahe stehen, Schlüsselpositionen in Washington besetzen, wurde die Eliminierung eines traditionellen Gegners zu einem attraktiven und dringenden Ziel für Jerusalem.

Ein letztes Argument; wie der Einsatz von nuklearen Waffen in Hiroshima und Nagasaki einst eine gezielte Machtdemonstration Amerikas gegenüber der Sowjetunion war, könnte heute ein Blitzkrieg im Irak dazu dienen, der ganzen Welt, aber ganz besonders Staaten in Fern-Ost wie China, Nordkorea und sogar Japan, zu zeigen, dass, wenn die Karten erst einmal auf dem Tisch liegen, die Vereinigten Staaten durchaus die Mittel haben, ihren Willen durchzusetzen.

Das offizielle Argument für diesen Krieg - die Notwendigkeit, die bedrohlichen Massenvernichtungswaffen des Irak zu eliminieren – war so schwach, dass er verschämt über Bord geworfen werden musste, als sogar die bekannt dienstbeflissenen UN-Waffeninspekteure, die offen vom CIA in ihrer Arbeit behindert worden, nicht in der Lage waren, auch nur eine Spur von ihnen ausfindig zu machen und nicht mehr machen konnten, als um mehr Zeit zu bitten. Dies schließt deren „Entdeckung“ nach dem Ende des Krieges natürlich nicht aus, aber nur wenige messen diesem zerzausten Schreckgespenst eine Bedeutung zu.
Zur Rechtfertigung für eine Invasion im Irak wurde nun die dringende Notwendigkeit, **Demokratie** in diesem Land zu schaffen, und so wurde Aggression als **Befreiung** bezeichnet. Nicht wenige Staaten des Nahen Ostens, ob Freund oder Feind der Administration, wurden betrogen. Für die Einwohner der Arabischen Welt gleicht die “Operation Iraqi Freedom” einem grausigen Schauspiel, einem Vorwand für eine koloniale Okkupation nach veraltetem europäischen Muster, die wie ihre Vorgänger auf einem äußerst wackeligem Fundament aufbaut: auf unzähligen Lügen, Habgier und imperialistischen Fantasien. Der Zynismus der gegenwärtigen amerikanischen Behauptung, dass dem Irak die Demokratie gebracht werden müsse, kann ermessen werden an den Aussagen Colin Powells auf einer Pressekonferenz im Jahr 1992, als dieser noch Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs unter Bush senior war. Damals sprach er folgendes über dieses Projekt, dass nun offensichtlich durchgeführt wird:

„Saddam Hussein ist ein schlimmer Mensch, er stellt eine Bedrohung für sein eigenes Volk dar. Ich glaube, dass sein Volk mit einem anderen Führer besser dran wäre. Es gibt die romantische Vorstellung, dass, wenn Saddam Hussein morgen von einem Omnibus überfahren wird, schon ein Demokrat vom Schlage Jeffersons bereitsteht und Wahlen abhalten lässt. [Gelächter]. Sie werden – raten Sie mal – wahrscheinlich lediglich einen anderen Saddam Hussein bekommen. Es wird natürlich einige Zeit in Anspruch nehmen, all die Wandbilder zu übermalen - [Gelächter] – es sollten jedoch keinerlei Illusionen über die Natur dieses Staates und seiner Gesellschaft bestehen. [Dabei wären bestimmt viele empört gewesen], wenn wir bis nach Bagdad vorgestoßen wären, und zwei Jahre später hätten immer noch amerikanische Soldaten auf der Suche nach diesem Jefferson die Hauptstadt durchstreift." [Gelächter]. [3]

Diesmal wird Powell sicherstellen, dass Demokraten der Sorte Jefferson zusammen mit ihren Klimaanlagen und allen anderen Ausrüstungsgegenständen gleich eingeflogen werden. Er weiß, dass sie möglicherweise Tag und Nacht von bezahlten amerikanischen Schlägertrupps bewacht werden müssen, genauso wie die Marionette Karzai in Kabul.

Alte englische Doggen und neue Satellitenstaaten.

Einerseits gab es einen ungeheuren Aufschrei der Öffentlichkeit gegen die Invasion im Irak. Aber die US-Administration blieb von Anfang an kalt und offensichtlich nicht davon beeindruckt. Die Regierungen der restlichen Welt stehen zwischen den Fronten. Wie haben sie reagiert? London trat, wie erwartet werden konnte, als der blutrünstige Adjutant Washingtons auf. Der Imperialismus Labours hat eine lange Tradition, und bereits im Balkankrieg konnte Blair zeigen, dass er sich eher wie eine an der Kette knurrende Dogge verhalten konnte, denn wie ein Pudel. Seitdem Großbritannien Seite an Seite mit Amerika den Irak ununterbrochen bombardiert hat und seitdem New Labour an der Regierung ist, kann nur ein naiver Mensch davon überrascht sein, dass ein Drittel der Britischen Armee in die ehemals größte Kolonie des Landes im Nahen Osten entsandt wurde und dass die Unterzeichnung nur unter Ausschaltung von “Rebellen” wie Cook oder Short im Unterhaus erfolgte. Die Gewalt wurde zwar bedauert, gleichzeitig jedoch der Wunsch geäußert, Gott möge schnell bei den Übeltätern sein.

Berlusconi in Italien und Aznar in Spanien – die Vertreter der beiden rechtspopulistischsten Regierungen Europas – waren passende Partner für Blair, um weniger bedeutende EU-Staaten, wie Dänemark oder Portugal, zu überzeugen, währenddessen Simitis griechische Einrichtungen für US-amerikanische Aufklärungsflüge zur Verfügung stellte. Die osteuropäischen Staaten stellten sich geschlossen hinter Bush und gaben dem Begriff “Satellitenstaat”, dessen sie sich früher erfreuten, eine neue Bedeutung. Die Ex-kommunistischen Parteien, die in Polen, Ungarn und

Albanien an der Macht sind, überboten sich gegenseitig in ihrem Eifer, ihre neue Treue zu zeigen – Warschau entsandte ein Kontingent, das im Irak kämpfen sollte, Budapest stellte Trainingscamps für Exiliraker zur Verfügung und selbst das kleine Tirana bot tapfer nichtkämpfende Einheiten für das Schlachtfeld an.

Frankreich und Deutschland dagegen protestierten monatelang entschieden gegen einen US-amerikanischen Angriff auf den Irak. Schröder verdankte seine knappe Wiederwahl nur seinem Versprechen, den Krieg gegen Bagdad keinesfalls zu unterstützen – auch nicht mit UN-Mandat. Chirac, der mit einem Veto im Sicherheitsrat drohte, gab noch wortgewandtere Erklärungen ab, dass Frankreich niemals einen unautorisierten Angriff auf das Baath-Regime akzeptiert würde. Paris und Berlin überredeten gemeinsam Moskau, die amerikanischen Pläne ebenso abzulehnen. Selbst Peking verbreitete einige vorsichtige Töne des Einwandes. Die französisch-deutsche Initiative rief gewaltige Aufregung und Bestürzung unter den diplomatischen Kommentatoren hervor. Hier tat sich ein nie da gewesener Riss innerhalb der Atlantischen Allianz auf. Was soll aus der Europäischen Einigung, der NATO, oder der "Internationalen Gemeinschaft" selbst werden, falls diese verheerende Spaltung bestehen bleibt? Wird das eigentliche Konzept des Westens überleben können?
Solche Befürchtungen mussten schnellstens aus dem Weg geräumt werden. Kaum dass die Tomahawks die nächtliche Skyline von Bagdad erleuchtet hatten, und der erste irakische Zivilist von den Marines niedergemetzelt worden war, beeilte sich Chirac zu erklären, dass Frankreich den US-Bombern uneingeschränkte Überfluggenehmigungen gewähren werde (Während des Angriffs Reagans auf Libyen, als er Premierminister war, tat er das nicht) und Amerikas Truppen im Irak einen "raschen Erfolg" zu wünschen. Deutschlands Außenminister, Joschka Fischer, dessen grüne Einstellung bereits verrottet, ließ verlauten, dass seine Regierung ebenfalls aufrichtig auf einen "schnellen Zusammenbruch" des Widerstands gegenüber dem angloamerikanischen Angriff hoffe. Putin wollte nicht zurückstehen und erklärte seinen Landsleuten, dass Russland sich "aus wirtschaftlichen und politischen Gründen" nur einen entscheidenden Sieg der Vereinigten Staaten im Irak wünschen könne. Die Parteien der "Zweiten Sozialistischen Internationale" hätten sich nicht ehrenhafter verhalten können.

In anderen Gebieten bot sich dasselbe Bild. Koizumi in **Japan** war noch schneller als seine europäischen Kollegen, was die Ankündigung der vollen Unterstützung für die angloamerikanische Aggression anbelangt, und sagte eine großzügige finanzielle Unterstützung auf Kosten der japanischen Steuerzahler zu. Der neue Präsident Südkoreas, Roh Moo-hyun, auf den seine jungen Wähler große Hoffnungen als unabhängiger Radikaler gesetzt hatten, diskreditierte sich unverzüglich, nicht nur, weil er Amerikas Feldzug im Nahen Osten billigte, sondern sogar Truppen anbot, und damit die schändliche Tradition des Diktators Park Chung Hee zu Zeiten des Vietnamkriegs fortführte. Falls dies wirklich das neue Seoul ist, täte Pyöngyang gut daran, seine militärischen Vorbereitungen zu beschleunigen, um eine Wiederholung desselben Abenteuers auf der Koreanischen Halbinsel zu verhindern. In **Lateinamerika** beschränkte sich die PT-Regierung Brasiliens darauf, einige zimperliche Vorbehalte zu murmeln, während der sozialistische Präsident Chiles, Ricardo Lagos – der selbst nach sozialdemokratischen Standards südlich des Äquators wenig Rückgrat bewies - seinen UN-Botschafter energisch zurückpfiff, dem unverantwortlicher weise das Wort "verurteilen" im Gespräch mit Journalisten entschlüpft war. Er sollte unverzüglich eine offizielle Korrektur veröffentlichen: Chile "verurteile" die angloamerikanische Invasion nicht, es "bedauere" sie vielmehr.

Im **Nahen Osten** dagegen kennt man sich mit Heuchelei und geheimen Einverständnissen besser aus. Inmitten der überwältigenden Oppositionshaltung in der Arabischen Öffentlichkeit, versäumte es jedoch kein Regime, seine Verpflichtungen gegenüber dem großen Zahlmeister zu befolgen. In Ägypten gewährte Mubarak der US-Navy freie Fahrt durch den Kanal sowie Überfluggenehmigungen für die USAF, während seine Polizei gleichzeitig Hunderte von Protestanten niederknüppelte und verhaftete. Die Saudi-arabische Monarchie hatte keine Einwände dagegen, dass Cruisemissiles ihre Flugbahnen durch ihren Luftraum zogen und ließ, wie gewohnt, US-Kommandozentren von ihrem Boden aus operieren. Die Golfstaaten sind seit langem de facto von Washington militärische annektiert. Jordanien, das sich im ersten Golfkrieg relativ neutral verhalten hatte, stellte diesmal Militärbasen für amerikanische Spezialeinheiten zur Verfügung, damit diese auf der anderen Seite der Grenze plündern konnten. Die iranischen Mullahs, die innenpolitisch ebenso repressiv wie außenpolitisch unklug handeln, unterstützten den CIA bei seinen Operationen im Afghanistan-Stil. Die Arabische Liga übertraf sich selbst als kollektives Abbild der Schande, da sie ihrer Oppositionshaltung gegen den Krieg Ausdruck verlieh, obwohl ein Großteil ihrer Mitglieder daran teilnahm. Diese Organisation wäre durchaus dazu fähig, die Kaaba als schwarz zu bezeichnen und sie gleichzeitig aber rot, weiß und blau anzumalen.

Die Realität der "Internationalen Gemeinschaft" – sprich, der amerikanischen globalen Hegemonie – hat sich noch nie so deutlich gezeigt, wie in diesem traurigen Szenario. Vor diesem **Hintergrund allgemeiner stillschweigender Duldung und offenen Verrats**, gab es nur wenige – sehr wenige – Handlungen aufrichtigen Widerstandes. Die einzige gewählte Körperschaft, die wirklich versuchte, den Krieg aufzuhalten, war das Türkische Parlament. Die erst seit kurzem amtierende AKP-Regierung verhielt sich jedoch nicht besser als ihre Gegenspieler anderswo und zielte bewusst auf höhere finanzielle Unterstützung dafür ab, dass die **Türkei** den Ausgangspunkt für einen Einfall der US-Truppen in den Nordirak bildete. Der Druck der Massen, Reflexe des Nationalstolzes oder ein schlechtes Gewissen führten jedoch dazu, dass eine große Anzahl der eigenen Parteimitglieder gegen diese Transaktion protestierten, sie blockierten und die Pläne des Pentagon über den Haufen warfen. Die Regierung in Ankara beeilte sich nun, zumindest den Luftraum für US Raketen und Luftlandetruppen zu öffnen. Die Handlungsweise des Türkischen Parlaments jedoch - das die Anordnungen der eigenen Regierung, und sogar die der Vereinigten Staaten missachtete – führte zu einer Änderung des Kriegsverlaufes; die europäischen Gesten, die nichts kosteten, dagegen verpufften in der Luft, sobald die Kämpfe begonnen hatten.

In **Indonesien** zeigte Megawati mit seinem Finger auf „des Kaisers neue Kleider“ und wollte sogar eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates einberufen, um die angloamerikanische Expedition zu verurteilen. Nach Monaten des Stoßens und Tretens war die Reaktion auf den Angriff der Heiligkeit der Autorität der Vereinten Nationen in Berlin, Paris und anderswo natürlich sehr verhalten. In **Malaysia** forderte Mahathir, der nicht zum ersten Mal ein diplomatisches Tabu brach, unverblümt den Rücktritt Kofi Annans von seiner Rolle als stummer Diener für die Aggressionspolitik Amerikas. Diese Politiker verstanden besser als andere in der Dritten Welt, dass das Amerikanische Imperium sein riesiges militärisches Arsenal dazu benutzte, um dem Süden eine Lektion über die **Macht des Nordens** zu erteilen, um ihn einzuschüchtern und zu kontrollieren.

Das "Quisling-Syndrom"

Der Krieg im Irak war nach dem gleichen Muster geplant wie seine Vorgänger in Jugoslawien und in Afghanistan. Es wird klar, dass die Politiker und die Generäle in Washington und London hofften, das Kosovo-Kabul Modell kopieren zu können: Massive Bombardierungen aus der Luft, um den Gegner in die Knie zu zwingen, um schwere Kämpfe auf dem Boden zu vermeiden. [4] In beiden Fällen gab es keinen ernst zu nehmenden Widerstand, sobald die B 52 Bomber und die Aerosol-Bomben ("Gänseblümchen-Mäher") ihre Arbeit getan hatten. Um das erwünschte Resultat zu erzielen waren unverzichtbare „Verbündete“ der betroffenen Regime zur Hand. Am Balkan waren es die Gesandten Yeltsins, die Miloševic überzeugten, dass er seinen Hals in die Schlinge der Amerikaner legen und seine Truppen kampflos aus den Stellungen im Kosovo zurückziehen muss. In Afghanistan war es Musharraf, der sicherstellte, dass die Masse der Taliban-Kämpfer und ihre pakistanischen Berater „wegschmolzen“, sobald die Operation „Dauerhafter Friede“ begann. In beiden Ländern war es der äußere Beschützer, auf den sich die lokalen Regime verließen und der ihnen den Teppich unter den Füßen wegzog.

Im Irak allerdings stellte das Baath Regime schon immer eine kräftige und widerstandsfähige Struktur dar. Auf den verschiedenen Stufen seiner Karriere erfuhr es vielfältige diplomatische und militärische Unterstützung aus dem Ausland (einschließlich, natürlich, der Vereinigten Staaten und Russland), ohne jemals in Abhängigkeit zu geraten. Dennoch vertraute Washington darauf, dass das Oberkommando brüchig und käuflich wäre, wiederholt wurde versucht die irakischen Generäle umzudrehen, damit sie ihren Mantel wendeten, oder falls das misslingt, Saddam selbst zu ermorden. Als alle diese Versuche bis fünf vor Zwölf scheiterten, hatte das Pentagon keine andere Wahl mehr, als einen konventionellen Bodenkrieg zu führen. Die wirtschaftliche und militärische Macht des amerikanischen Imperiums konnte immer darauf vertrauen, dass es eine militärische Okkupation des Irak durchziehen konnte, egal ob ein Aufstand im Land oder eine Intifada aller arabischen Nationen, den Krieg über die ganze Region ausdehnte. Nicht gesichert war mit einiger Sicherheit vorauszusehen, wie die politischen Konsequenzen einer solchen Gewalttat aussehen würden.

Im Fall, dass die irakische Armee nicht beim ersten Schuss auseinander stob, war wenig allgemeine Dankbarkeit für die Invasion zu erwarten, eher mehr Widerstand von Guerillas und zunehmender Zorn in der arabischen Welt über die zahlreichen zivilen Opfer von Raketen-, Artillerie- und Bombenangriffen. Zuerst erreichten die Kreuzritterarmeen, dass Saddam Hussein zu einem Nationalhelden wurde. Seine Porträts wurden von Demonstranten durch Städte wie Amman, Gaza, Kairo und Sanaa getragen. Während ich das schreibe quellen die Krankenhäuser in Bagdad über mit Verwundeten und Sterbenden, während die Stadt von amerikanischen Panzern zerfurcht wird. „Es ist alles Unser“, erklärte ein US Oberst beim Anblick der zerstörten Hauptstadt in der Art eines Panzergenerals von 1940. [5] Hinter den Panzerspitzen steht das Okkupationsregime des Pentagon unter dem Kommando des US Generals Jay Garner, einem Waffenhändler mit guten Beziehungen zur zionistischen Lobby in seiner Heimat, mit ausgesuchten Quislingen im Tross, Schwindlern und Scharlatanen wie Ahmed Chalabi and Kanan Makiya. Es ist den US Autoritäten wohl zuzutrauen, dass sie ein Regime zustande bringen, dass als repräsentativ hingestellt werden kann. Eine „Übergangsregierung“ wird ohne Zweifel durch den Verkauf von irakischem Vermögen finanziert werden. Allerdings ist die Illusion, dass dies ein sanfter und friedlicher Übergang sein wird, längst verflogen. Massive Unterdrückung wird notwendig sein, um nicht nur mit Tausenden von militanten Baath-Anhängern und Loyalisten, sondern auch mit irakischen Patrioten zu Recht zu kommen. Ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, Kollaborateure vor nationalistischer Vergeltung zu bewahren.

Das Fehlen jeglichen Willkommens von den Schiiten und der verbissene Widerstand bewaffneter Freischärler hat die Theorie hervorgebracht, dass die Iraker ein „krankes“ Volk seinen. Sie bräuchten eine langwierige Behandlung, bevor man ihnen ihr eigenes Schicksal anvertrauen kann (wenn überhaupt jemals). Diese Ansicht vertrat der Leitartikler des Observer David Aaronovitch, ein Blair-Bewunderer. Ähnlich warnt George Mellon im Wall Street Journal: „Der Irak wird sich nicht so leicht vom Terror Saddams erholen”: „Nach drei Jahrzehnten einer Herrschaft der arabischen Spielart der Mörder GmbH, entstand im Irak eine sehr kranke Gesellschaft“. Er behauptet, dass es eine Zeit lang dauern wird, bis eine „ordentliche Gesellschaft“ entsteht und bis sich die Wirtschaft wieder erholt (privatisiert ist). Auf der Titelseite der Sunday Times zitiert der Reporter Mark Franchetti einen amerikanischen Soldaten: „Die Iraker sind ein krankes Volk und wir sind die Chemotherapie“, sagte Korporal Ryan Dupre. „Ich beginne dieses Land zu hassen. Warte, bis ich einen dieser verfluchten Iraker zu fassen kriege. Nein, ich werde ihn nicht fassen, ich werde ihn einfach umbringen“. Der Bericht – im führenden Blatt des Murdoch Konzerns – setzt fort mit der Beschreibung, wie diese Einheit an diesem Tag nicht einen, sondern mehrere irakische Zivilisten getötet hat. [6] Ohne Zweifel, die Theorie der „kranken Gesellschaft“ muss noch detaillierter ausgearbeitet werden, dennoch ist klar, dass die Vorwände schon geschaffen wurden für eine Mischung aus Guantanamo Bay und Gaza in diesen neu okkupierten Gebieten.

Die Vereinten Nationen von Amerika.

Sicher wird es Versprechen von den europäischen Regierungen geben, Teile der mit amerikanischen Waffen eroberten Gebiete zu übernehmen. Blair, geübter in geschliffenen Worten als Bush, wird das sicher zu seinem eigenen Nutzen unterstützen. Viele Reden über humanitäre Hilfe werden gehalten werden, über die Dringlichkeit die Leiden der Zivilbevölkerung zu mildern und die Notwendigkeit, dass die internationale Gemeinschaft „wieder zusammenrückt". Solange die Vereinigten Staaten keine echte Macht zugestanden erhalten, können sie alles gewinnen von einer Zustimmung durch die UNO, die ihren Segen zum Ergebnis der Aggression gibt, nachdem alles passiert ist, gerade wie im Kosovo. Unvergessen sind die Monate des wohlfeilen Schattenboxens im UN Sicherheitsrat, während alle Beteiligten wussten, dass Washington umfangreiche Logistik für den Angriff auf den Irak betrieb. Nachdem die USA die Resolution 1441 in der Tasche hatten, einstimmig angenommen mit den Stimmen von Frankreich, Russland China und sogar von Syrien, war der Rest nur mehr Dekoration. Sogar der französische Botschafter in Washington, Jean-David Levitte, drängte die USA, nicht auf einer zweiten Resolution zu bestehen: „Wochen bevor die Resolution vorgelegt wurde, ging ich zum Außenministerium und ins Weiße Haus um zu sagen, „Tun Sie das nicht... Sie brauchen das nicht" [7].
Die Welt wurde eher von der Scheinheiligkeit in London als von der Sturheit in Washington durch die Farce einer weiteren „Autorisierung" gezerrt, ohne Erfolg. Aber der Rat Levittes wirft ein schiefes Licht auf die **wahre Natur der Vereinten Nationen seit dem Ende des Kalten Krieges**. Sie sind ein williges Werkzeug in den Händen der amerikanischen Politik. Der Wendepunkt bei dieser Umwandlung war die Entlassung von Boutros-Galli als Generalsekretär, obwohl er die Stimmen aller Sicherheitsratsmitglieder mit Ausnahme der USA für sich hatte. Er hatte es gewagt, die Fixierung der Westmächte auf Bosnien zu kritisieren trotz der wesentlich größeren Tragödien in Afrika. Sobald nach den Wünschen Washingtons an seiner Stelle Kofi Annan, der afrikanische Waldheim, bestellt worden war, ist die Organisation sicher in amerikanischer Hand.
Das bedeutet nicht, dass man sich darauf verlassen kann, dass die UNO in jedem Fall den USA willfährig ist. Ein Beispiel ist die Weigerung, Tony Blair ein Placebo zu gewähren. Es besteht aber auch keine Notwendigkeit. Alles was notwendig ist – und jetzt sicher zur Verfügung steht - ist dass die UNO entweder mit den Wünschen der USA konform geht, oder nachträglich ihren Stempel darauf drückt. Das einzige was die UNO nicht tun darf, ist die USA zu verurteilen oder zu behindern. Der Angriff auf den Irak, wie der auf Jugoslawien zuvor, waren von meinem Standpunkt aus massive Verletzungen der UNO Charta. Aber kein einziges Mitglied des UN Sicherheitsrates träumte auch nur davon, eine Dringlichkeitssitzung zu verlangen, oder auch nur eine Resolution einzubringen, die den Krieg verurteilt hätte. In einem anderen Sinn, wäre es vermessen gewesen so etwas zu tun, denn die Aggression entwickelte sich ganz logisch aus dem ganzen Rahmenwerk des Embargos gegen den Irak seit dem ersten Golfkrieg. Damit müssen weitere Hunderttausende Tote dem Schuldkonto des UN Sicherheitsrates zugezählt werden, seit der unrühmlichen Rolle in Ruanda unter amerikanischer Anleitung. [8] An die USA zu appellieren, die Autorität der UNO zu respektieren ist, wie wenn der Diener den Herrn feuern wollte.
Diese offensichtliche Tatsache soll nicht über die Spaltung innerhalb der „internationalen Gemeinschaft" wegen des Irakkriegs hinwegtäuschen. Als die Clinton Administration sich für den Angriff auf Jugoslawien entschied, erhielt sie keine Zustimmung vom UN Sicherheitsrat, weil Russland kalte Füße bekam. So machte sie es dennoch mit Hilfe der Nato. Man ging von der richtigen Annahme aus, dass Moskau später mit an Bord kommen wird und die UNO zustimmen würde, sobald der Krieg vorüber ist. Es wäre nicht klug, zu erwarten, dass das Ergebnis ein anderes wäre. Es ist die erste Gelegenheit seit dem Ende des Kalten Krieges, dass man im Fernsehen beobachten konnte, wie eine unterschiedliche Auffassung zu einem **offenen Riss** zwischen dem inneren Kern der EU und den USA führte und die öffentliche Meinung diesseits und jenseits des Atlantik polarisierte. Aber nur ein kurzes journalistisches Gedächtnis kann vergessen machen, dass ein wesentlich dramatischer Disput während des Kalten Krieges ausbrach. Der Anlass war ein ähnliches Abenteuer in der gleichen Region. Im Jahr 1956 versuchte eine „unilaterale" englisch-französische Expedition einen Regimewechsel im Zusammenspiel mit Israel in Ägypten versuchte, sehr zum Missfallen der Vereinigten Staaten. Die USA wurden nicht konsultiert und fürchteten, dass dieses Abenteuer das Tor für den Einfluss des Kommunismus im Nahen Osten auftun könnte.
Als die UdSSR Nasser mit dem Einsatz von Raketen zu unterstützen drohten, befahl Eisenhower den Briten, sich aus Ägypten zurückzuziehen. Er drohte mit schweren wirtschaftlichen Sanktionen und der Angriff der drei Staaten musste abgebrochen werden. Dieses Mal sind die Rollen ganz anders verteilt. Frankreich und Deutschland in Opposition zu einer amerikanischen Expedition im Verein mit Großbritannien, dem ständigen Attackenhund.
Der Unterschied ist diesmal, dass es keine Sowjetunion gibt, auf die man Rücksicht nehmen müsste beim Kalkulieren der Aggression. Amerika, nicht Europa, verfügt über die überwältigende Gewalt. Aber die Lektion des Jahres 1956 ist noch immer relevant. **Scharfe internationale Diskrepanzen sind total kompatibel mit der grundsätzlichen Harmonie der Interessen der kapitalistischen Mächte**, die sich gegenseitig bestärken. Das Versagen der Suez Expedition veranlasste Frankreich, den Vertrag von Rom zur Gründung der EWG zu unterzeichnen, er sollte ein Gegengewicht zu den USA bilden. Die USA unterstützen die Gründung der europäischen Gemeinschaft, deren Erweiterung dient heute den Interessen der USA, was die französische Elite schmerzhaft erfährt. Allerdings ist es längst zu spät, etwas dagegen zu unternehmen. Unfreundliche Gefühle zwischen Washington, Paris und Berlin können weiter bestehen nach den öffentlichen Reibungen der letzten Monate, aber alle Seiten werden sich bemühen, diese zu überwinden, wie uns wiederholt versichert wird. Innerhalb der EU, ist die Rolle Großbritanniens die des Anwalts der USA gegen Deutschland und Frankreich, während es vorgibt, den Vermittler zu spielen. Großbritannien hat sich wieder einmal als das trojanische Pferd in der Gemeinschaft erwiesen. Die Tage, an denen De Gaulle Amerika ernsthaft herausfordern konnte sind längst vorbei. Chirac und Blair werden sich umarmen und wieder gut sein.

Was muss getan werden?

Es ist sinnlos auf die Vereinten Nationen oder Euroland oder gar Russland oder China zu hoffen, um den amerikanischen Plänen für den Nahen Osten ein ernstes Hindernis entgegen zu setzen. Wo kann der Widerstand ansetzen? Zuerst natürlich in der Region selbst. Es ist zu hoffen, dass die Invasoren schließlich vertrieben werden aus dem Irak von einem wachsenden nationalen Widerstand gegen das Okkupationsregime, das die Invasoren installieren. Weiter ist zu hoffen dass die Kollaborateure das gleiche Schicksal erfahren, wie Nuri Said zuvor. Der Ring korrupter und brutaler Tyranneien rund um den Irak wird früher oder später aufbrechen. Wenn es eine Region gibt, wo sich das Vorurteil als falsch erweisen kann, dass klassische Revolutionen ein Relikt der Vergangenheit sind, dann ist es die Arabische Welt. An dem Tag, an dem die Dynastien von Mubarak, der Haschemiten, von Assad und der Saudis vom Volkszorn beseitigt werden, wird auch die Arroganz der Amerikaner – und der Israelis – vorbei sein.
Inzwischen sollte sich im imperialistischen Mutterland die Opposition gegen das herrschende System ein Herz nehmen und dem Beispiel der eigenen amerikanischen Geschichte folgen. In den letzten Jahren des 19 Jahrhunderts läutete Mark Twain die Alarmglocken schockiert von den chauvinistischen Reaktionen auf den Boxeraufstand in China und von der amerikanischen Besetzung der Philippinen. Dem Imperialismus, so erklärte er, muss Widerstand geleistet werden. 1899 wurde bei einer wahren Mammutkonferenz in Chicago die amerikanische Anti-Imperialistische Liga gegründet. Innerhalb von zwei Jahren war deren Mitgliederzahl auf über eine halbe Million angestiegen. Darunter fanden sich Namen wie William James, W. E. B. DuBois, William Dean Howells und John Dewey. Heute, wo die USA die einzige Weltmacht ist, besteht der Bedarf nach einer **globalen anti-imperialistischen Liga**. Entscheidend für eine derartige Front wäre allerdings die US-amerikanische Komponente. Der effektivste Widerstand beginnt im Mutterland. Die Geschichte vom Aufstieg und Niedergang der Imperien lehrt uns, dass das System immer dann den Rückzug antritt, wenn seine eigenen Bürger endlich den Glauben an die Vorzüge endloser Kriege und andauernder Eroberungen verlieren.

Das **Weltsozialforum** hat sich bisher auf die Macht der multinationalen Konzerne und der neoliberalen Institutionen konzentriert. Diese standen aber immer auf dem Fundament auf den Sockeln imperialistischer Gewalt. Ganz in dieser Logik glaubte Friedrich von Hayek, der Initiator des ‚Washington Consensus', ganz fest an Kriege als Stützen dieses neuen Systems und befürwortete die Bombardierung des Iran 1979 und Argentiniens 1982. Das Weltsozialforum sollte sich dieser Herausforderung stellen. Warum sollte es sich nicht dafür engagieren, dass alle amerikanischen Militärstützpunkte und –anlagen im Ausland geschlossen werden. Das betrifft mehr als hundert Staaten, in denen die USA heute Truppen, Flugzeuge oder Versorgungsanlagen unterhalten? Welchen Grund gibt es für diese übergroße, krakenartige Ausdehnung, wenn nicht die Ausübung amerikanischer Macht? Die wirtschaftlichen Anliegen des Forums stehen nicht im Widerspruch zu einer solchen **Erweiterung seiner Agenda**. Schließlich ist Wirtschaft nur eine gebündelte Form von Politik, und Krieg eine Fortsetzung derselben mit anderen Mitteln.

Die nächst liegende Aufgabe einer anti-imperialistischen Bewegung besteht in der Unterstützung des irakischen Widerstands gegen die angloamerikanische Besatzung und im **Widerstand gegen jeglichen Plan, die Vereinten Nationen in den Irak zu holen**, als nachträgliche Rechtfertigung für die Invasion und einen Abverkauf für Washington und London zu veranstalten. Die Aggressoren müssen die Kosten für ihre imperialistischen Ambitionen selbst tragen. Alle Versuche, die Re-Kolonialisierung des Irak als ein neues Mandat des Völkerbunds im Stil der Zwanzigerjahre auszugeben, müssen aufgedeckt werden. Blair wird dabei die führende Kraft sein, es wird ihm aber an europäischen Gehilfen nicht fehlen. Das Ziel dieser obszönen Kampagne ist das dringende Begehren nach einer Wiedervereinigung des Westens, den Start kann man schon auf Murdochs Fernsehstationen, in BBC und CNN beobachten. Der größte Teil der veröffentlichten Meinung in Europa und in einem Gutteil der USA verlangt verzweifelt nach einem Nach-Kriegs-‚Heilungsprozess'. Zu dem, was hier in Aussicht steht, ist die einzig mögliche Antwort das Motto, das in den Straßen San Franciscos in diesem Frühjahr zu hören war: **„Wir wollen weder ihren Krieg noch ihren Frieden“**.

[1] 'Promoting the National Interest', Foreign Affairs, Jan–Feb 2000.

[2] In The Right Man, David Frum, Bushs früherer Redenschreiber führt an, dass "Ein von den Amerikanern geleiteter Sturz von Saddam Hussein – und ein Ersatz der radikalen Baath Diktatur durch eine neue Regierung ausgerichtet an den Vereinigten Staaten - könnte Amerika näher der Kontrolle bringen über die Region als jede andere Macht seit dem Ottomanischen Reich oder vielleicht den Römern“.

[3] Quoted by Robert Blecher, '"Freie Menschen werden den Lauf der Geschichte bestimmen": Intellectuals, Democracy and American Empire', Middle East Report Online, March 2003; www.merip.org

[4] Als Kanan Makiya vorigen Januar eine Audienz im Ovalen Büro erhielt, schmeichelte er Bush mit dem Versprechen, dass „die Amerikanischen Invasionstruppen mit "Süßigkeiten und Blumen" begrüßt würden“. Die Tatsachen, stellten sich ein wenig anders dar. See New York Times, 2 March 2003.

[5] Banner in the Los Angeles Times, 7 April 2003. Die Cheerleader des Krieges ziehen ohne Bedenken Analogien mit Hitlers Blitzkrieg von 1940. See Max Boot in the Financial Times, 2 April:
"1940 kämpften die Franzosen tapfer - wenigstens am Anfang. Aber schließlich führte die Geschwindigkeit und Grausamkeit der Deutschen zu einem totalen Zusammenbruch. Dasselbe wird im Irak passieren.“ Was nach 1940 in Frankreich geschah, sollte diesen Enthusiasten zu denken geben.

[6] Sunday Times, 30 March 2003.

[7] Financial Times, 26 March 2003.

[8] For this background to the war, see 'Throttling Iraq', editorial, NLR 5, September–October 2000.

New Left Review 21, Mai-Juni 2003

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Krieg unter Beschuss

Alex Callinicos

Einige Bemerkungen zu unterschiedlichen Interpretationen des Irak-Krieges (Cassen, Klein, Hardt und Negri)

Es ist deutlich, dass wir gerade an einer der **bemerkenswertesten Massenbewegungen der Weltgeschichte** teilnehmen. Ihre Ursprünge reichen zurück bis zu der großen Welle antikapitalistischer Proteste – Seattle, Prag, Genua -, bevor die Bush-Regierung den 11. September 2001 dazu nutzte, ihren Feldzug zu starten. Mit ihrer Konzentration auf den Protest gegen den imperialistischen Krieg, zunächst in Afghanistan, dann im Irak, nahm diese Bewegung jedoch erstaunlich an Umfang – als ein gigantischer Tag globalen Protests ist der 15. Februar 2003 schlicht ohne historischen Vorläufer – und an politischer Radikalität zu.
Die Entschlossenheit, mit der die Bewegung, in kriegsführenden ebenso wie in nicht-kriegsführenden Ländern, dem tatsächlichen Kriegsausbruch am 20. März begegnete, und das Ausmaß der Proteste, die über die ganze Welt hinwegfegten, als die ersten Raketen abgeschossen wurden, deuten darauf hin, dass gegenwärtig eine neue Generation anti-imperialistischer Aktivisten entsteht.

Die Antikriegsbewegung: ein Schritt zurück?

Viele, die eine wichtige Rolle bei der ursprünglichen Entwicklung der antikapitalistischen Bewegung gespielt hatten, sind jedoch mit dieser Entwicklung nicht recht glücklich. **Bernard Cassen** zum Beispiel, Gründer von Attac Frankreich und immer noch die dominierende Persönlichkeit in dieser Vorreiterbewegung gegen den Neoliberalismus, attackierte das Europäische Sozialforum in Florenz im November letzten Jahres, weil *„das Thema Krieg (...) alles andere überschattet“* habe. In einem Interview mit der „New Left Review“ sagte er: *„Da wir wussten, dass das Forum in Italien stattfinden würde und dass Rifondazione zu diesem Thema mobilisieren würde, stimmten wir alle zu, dass der Krieg in Florenz ein Leitthema sein sollte, neben dem ursprünglichen Thema: „Wir brauchen ein anderes Europa“. Dann stellten wir jedoch fest, dass auf sämtlichen Postern für die Demonstration nur von Krieg die Rede war und Europa nicht erwähnt wurde. Ich kann nicht behaupten, dass mich das wirklich überrascht hätte. Aber wenn das Forum in Frankreich stattgefunden hätte, wäre das anders gelaufen. Es hätte zwar der Krieg auf der Tagesordnung gestanden, aber keine obsessive Beschäftigung damit.“*
Angesichts der Tatsache, dass das nächste Europäische Sozialforum im November in Paris, im Vorort der Saint Denis, stattfinden wird, sind Cassens Bemerkungen weniger ein Kommentar als ein vielmehr ein Versprechen – oder eine Drohung. Andererseits ist das, was er gesagt hat, nicht sonderlich überraschend. Cassen hat, zusammen mit Elementen der französischen kommunistischen Partei und des Gewerkschaftsverbands CGT, versucht, Attac zum rechten Flügel der antikapitalistischen Bewegung zu machen, und sich jedem Versuch, die Ziele der Bewegung um den Widerstand gegen Imperialismus und Krieg zu erweitern, erbittert widersetzt.

Viel erstaunlicher ist, dass ähnliche Argumente bei Kräften vom linksextremen Rand der Bewegung aufgetaucht sind. „Empire“ von Michael **Hardt** und Toni **Negri** ist die Bibel autonomistischer Strömungen, wie z. B. der italienischen Disobbedienti, die dezentrale Netzwerke als Basis des Widerstands gegen den Kapitalismus und ebenso als Basis der Alternative zum Kapitalismus ansehen. Hardt hat zu Recht Cassens Ansicht kritisiert, der Nationalstaat sei die Basis der Opposition gegen das globale Kapital. Nach dem 15. Februar beschwerte er sich jedoch, dass *„die koordinierten Proteste vom letzten Wochenende gegen den Krieg von diverse Formen des Anti-Amerikanismus inspiriert waren (...) Dies (...) engt tendenziell den Horizont unseres politischen Vorstellungsvermögens ein und beschränkt uns auf eine bipolare (oder schlimmer: nationalistische) Weltsicht. Die Antiglobalisierungsbewegungen waren den Antikriegsbewegungen in dieser Hinsicht weit überlegen. Sie erkannten nicht nur das komplexe und vielfältige Wesen der Kräfte an, die die kapitalistische Globalisierung heute dominieren, (...) sondern sie stellten sich auch eine alternative, demokratische Globalisierung vor, die aus vielfältigem Austausch über nationale und regionale Grenzen hinweg besteht und auf Gleichheit und Freiheit basiert (...) Es ist bedauerlich, aber unvermeidlich, dass viele der Energien, die in den Globalisierungsprotesten aktiv waren, jetzt, zumindest vorläufig, gegen den Krieg gerichtet werden.“*
Hardt geht nicht so weit wie Basil Fawlty (der Hoteldirektor aus der englischen TV-Serie „Fawlty Towers“, der seinen Angestellten in Erwartung deutscher Gäste einschärft, den Krieg mit keiner Silbe zu erwähnen: „Don't mention the war!“) – aber viel fehlt nicht.

Eine andere führende autonomistische Intellektuelle, **Naomi Klein**, schreibt aus Argentinien, dass der Krieg dort täglich weitergehe mit den staatlichen Angriffen auf die Aktivisten in der Massenbewegung gegen den Neoliberalismus: *„Die Antikriegshaltung findet hier ein starkes Echo, und Zehntausende haben an dem globalen Aktionstag am 15. Februar teilgenommen. Aber Frieden? Was bedeutet Frieden in einem Land, wo das Recht, das am nötigsten verteidigt werden muss, das Recht zu kämpfen ist? Der 15. Februar war mehr als eine Demonstration; er war ein Versprechen, eine wirklich internationale Antikriegsbewegung aufzubauen. Wenn das geschehen soll, müssen Nordamerikaner und Europäer dem Krieg an allen Fronten entgegentreten: Widerstand leisten gegen einen Angriff auf den Irak und sich dagegen wehren, dass soziale Bewegungen als terroristisch gebrandmarkt werden. Die Gewaltanwendung zur Kontrolle irakischer Ressourcen ist nur eine extreme Version der Gewalt, die angewandt wird, um Märkte offen zu halten und*

Schuldenzahlungen in Ländern wie Argentinien und Südafrika aufrechtzuerhalten. An Orten, wo das tägliche Leben ein Krieg ist, sind die Menschen, die militant gegen diese Brutalität vorgehen, die Friedensaktivisten.“
Kleins Argumente sind ein gutes Beispiel dafür, wie eine Annahme, die im Abstrakten richtig ist, missverständlich werden kann, wenn man sie direkt auf konkrete Umstände anwendet. Natürlich ist Kapitalismus in einem gewissen, sehr realen Sinne immer Krieg. Die Sozialisten verwenden schließlich schon lange die Metapher vom „Klassenkampf“, um die andauernde Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Bossen über die Bedingungen der Ausbeutung zu bezeichnen. Aber falls das implizit bedeuten soll, dass die Bewegung gegen den tatsächlichen Krieg, der gegenwärtig im Irak tobt, vom „täglichen Krieg“ gegen das Kapital ablenkt, dann liegt Klein völlig falsch.

Die Tendenz des „Don't mention the war“ verbindet ein falsches Bild des Kapitalismus. Cassen drückt dies besonders krass aus: *„Ob der Krieg ausbricht oder nicht, die B-52 und die Special Forces werden nichts an der Armut in Brasilien oder dem Hunger in Argentinien ändern.“* Der Kapitalismus wird hier als ein ökonomisches System verstanden, dass sich vom System der Staaten, durch die die militärische Macht ausgeübt wird, durchaus unterscheidet. Hardt, Negri, und Cassen sind sich einig, dass die neoliberale Globalisierung den **Nationalstaat** radikal geschwächt hat. Hardt und Negri behaupten, nationale Gegensätze seien in dem „weichen Raum“ des „Empire“ dadurch aufgelöst worden, dass Institutionen der so genannten „globalen Regierung“, wie z. B. die UNO, die G7 und die Nato, über staatlichen Rivalitäten stehen. Sie begrüßen den Niedergang des Nationalstaats, während Cassen ihn umkehren will, aber sie sind sich alle einig, dass diese Entwicklung eine Konsequenz der letzten Welle der kapitalistischen Globalisierung ist.

Die Fortdauer des Imperialismus

Die internationale Krise seit dem 11. September hat diese Ansicht entschieden widerlegt. Im Mittelpunkt dieser Krise stand die Bemühung der Bush-Regierung, die militärische Macht der USA einzusetzen, um die globale Dominanz des US-Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Im Verlauf haben sie internationale Institutionen gespalten und die Entstehung von etwas provoziert, das immer mehr aussieht wie eine mit dem angloamerikanischen Duo rivalisierende Koalition unter der Führung von Frankreich, Deutschland und Russland sowie mit einem hinterherlaufenden China.

Diese Situation ist komplexer als eine überschaubare inter-imperialistische Rivalität - die militärische Vormachtstellung des USA wird aufgewogen durch eine viel größere Streuung wirtschaftlicher Macht unter den führenden kapitalistischen Staaten. Nichtsdestotrotz ist klar, dass der gegenwärtige Kapitalismus, wie marxistische Imperialismustheoretiker wie Lenin und Bucharin vor fast einem Jahrhundert behaupteten, immer noch aus **zwei** ineinander greifenden Wettbewerbsformen besteht - **wirtschaftliche** Rivalitäten zwischen Firmen und **geopolitische** Konflikte zwischen Staaten.
Hardts und Negris Antwort auf die Widerlegung ihrer Theorie war, gelinde gesagt, konfus. Hardt argumentiert, dass die *„Kapitäne des Kapitals in den USA“* erkennen sollten, dass die Bush-Strategie nicht in ihrem Interesse liege und dass *„es eine Alternative zum US-Imperialismus gibt: Globale Macht kann in dezentralisierter Form organisiert werden, was Toni Negri und ich 'Empire' nennen.“* Empire ist also nicht so sehr die eigentliche Form der kapitalistischen Globalisierung, sondern eine strategische Option, die sich erleuchtete Kapitalisten zu Eigen machen sollten.
Für Negri dagegen ist Empire nicht eine Alternative zum Bush-Feldzug, sondern seine Erklärung: *„Präventivkrieg (...) ist eine grundlegende Strategie des Empires.“* Es geht in der gegenwärtigen Krise, laut Negri, um *„die Hegemonieformen und um das Ausmaß der Macht, die amerikanische und/oder europäische kapitalistische Eliten bei der Organisation der neuen Weltordnung jeweils haben werden.“*
Im Widerspruch zu dem, was Hardt und Negri in ihrem Buch behaupten, beinhaltet Empire also durchaus rivalisierende Zentren kapitalistischer Macht.

Von Anti-Kapitalismus zu Anti-Imperialismus

Zehntausende antikapitalistische Aktivisten auf der ganzen Welt haben dieses Wirrwarr instinktiv erfasst. Sie haben erkannt, dass Kapitalismus zwar unendlich viele Formen der Herrschaft und Unterdrückung beinhaltet, dass aber im Kampf dagegen momentan die wichtigste Front das Beenden des Krieges im Irak ist. Die größte kapitalistische Macht der Welt führt den neuesten in einer Reihe von Kriegen, die nicht nur ihre Herrschaft erhalten und ihre Kontrolle über globale Energiereserven ausbauen, sondern es auch einfacher machen sollen, dem Rest der Welt neoliberale Wirtschaftsstrategien aufzuzwingen.

Die Nationale Sicherheitsstrategie (National Security Strategy) der US-Regierung macht die Verbindung zwischen der Weltherrschaft der USA und dem neoliberalen Konsens in Washington absolut klar. Wenn die USA im Irak siegreich sind, wird es wahrscheinlicher, dass sie in Lateinamerika in die Offensive gehen, der Zone im Süden, wo der Widerstand gegen den Neoliberalismus am weitesten fortgeschritten ist. Selbst wenn die B-52 und die Spezialkräfte nicht direkt gegen brasilianische landlose Arbeiter oder argentinische Piqueteros eingesetzt werden, wird ein Sieg der US-Militärmacht den Kampf gegen Armut und Hunger überall schwächen.

Das Herstellen dieser Verbindungen spielt eine wichtige Rolle im Reifeprozess der antikapitalistischen Bewegung. Dies kann auf zwei Arten gesehen werden.

Erstens hat sich ein tieferes Verständnis des Wesens des Kapitalismus entwickelt - die Erkenntnis, dass er nicht nur wirtschaftliche Unterdrückung beinhaltet, sondern **auch politische** und militärische Macht, die im Inland eingesetzt wird, um Widerstand zu brechen, und global durch das System konkurrierender Nationalstaaten organisiert wird.

Zweitens lernt die Bewegung, **strategisch zu denken**. In Empire argumentieren Hardt und Negri, Antikapitalisten sollten Lenins Konzept vom schwächsten Glied ablehnen - also die Vorstellung, dass es bestimmte Punkte gibt, an denen sich die **Widersprüche** des Imperialismus **akkumuliert** haben und das System besonders verletzbar

machen. Die Implikation ist, dass es egal ist, wo oder gegen was man kämpft. Aber das ist ein großer Fehler. Revolutionäre Politik ist in diesem Sinne wie ein Krieg: Wir müssen die Spannungen im System immer analysieren, als ein Mittel, die schwachen Stellen des Feindes zu identifizieren - und anzugreifen. Indem sie einen Krieg begonnen haben, den sogar ihre Diebes- und Mordkumpanen in den herrschenden Klassen der Welt als illegitim bezeichnen, haben Bush und Blair uns ihre **Schwachstelle** gezeigt.

Wir sollten uns nicht zu viele Gedanken über die Tendenz des „Don't mention the war" machen. Auf verschiedene Weise haben Cassen, Klein, Hardt und Negri geholfen, die antikapitalistische Bewegung anzustoßen. Es passiert oft, dass jene, die in einer Phase einer Bewegung eine Rolle gespielt haben, unfähig sind, den Übergang zu einer neuen Phase zu schaffen.
Vielleicht werden sie, wie Moses, niemals das Gelobte Land erreichen. Wichtig ist, dass sie den Rest von uns nicht zurückhalten.

Übersetzerinnen: Katharina Schell, Nadja Weber, Karin Ayche (ehrenamtliche Übersetzer ,coorditrad@attac.org)

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Mehr verloren als gewonnen - Eine Bilanz des Irakkrieges

Walden Bello
Focus on the Global South, 23 April 2003.

Gekürzter Artikel

Nach der erfolgreichen Invasion im Irak scheinen die USA auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Verständlich, warum viele das Gefühl haben, die USA seien unschlagbar und allmächtig. Das ist genau das, was nach dem Wunsch Washingtons die Welt denken soll. Es gibt jedoch auch gute Gründe zu anzunehmen, dass die Macht überdehnt ist. Das wichtigste strategische Ergebnis der Besetzung des Irak ist es, diese Überdehnung noch weiter zu strapazieren, dabei wird das Missverhältnis zwischen Ziel und Mittel deutlich.

Überdehnung

(…) Unter den regierenden Neokonservativen ist es das Ziel der Washingtoner Regierung, eine übermächtige militärische Vorherrschaft über jedweden Rivalen zu erlangen. Der Drang nach immer größerer Vormachtstellung bringt jedoch unweigerlich **Opposition** hervor, und eben in dieser Opposition sehen wir die Wurzel der Überdehnung. Eine solche Macht kann durch eine starke Ausweitung der militärischen Stärke in eine schlechtere Position geraten.

Das mag surreal erscheinen, doch gibt es Anzeichen dafür:

- Das Unvermögen, ein US-freundliches Regime in Afghanistan außerhalb von Kabul zu errichten;
- die Unfähigkeit eines zentralen Verbündeten, Israel, selbst mit Washingtons uneingeschränkter Unterstützung den palästinensischen Widerstand zu ersticken;
- das Aufflammen arabischer und muslimischer Proteste im Mittleren Osten, in Südasien und Südostasien, mit der Folge eines massiven Zulaufs zum islamischen Fundamentalismus, und das ist genau das, was Osama Bin Laden ursprünglich erhofft hatte;
- der Kollaps der Atlantischen Allianz aus dem Kalten Krieg und der Aufstieg einer neuen Allianz, die ein Gegengewicht bildet, mit Deutschland und Frankreich im Zentrum;
- die Herausbildung einer mächtigen globalen zivilgesellschaftlichen Bewegung gegen den Unilateralismus, Militarismus und die ökonomische Hegemonie der USA, deren jüngster Ausdruck die Antikriegsbewegung ist;
- der Verlust an Legitimität der US-Außenpolitik und der globalen militärischen Präsenz der USA, deren globalen Führung nunmehr selbst unter Verbündeten als imperialistische Herrschaft wahrgenommen wird;
- die Herausbildung einer mächtigen antiamerikanischen Bewegung in Südkorea, dem Vorposten der US-Militärpräsenz in Ostasien;
- die Regierungsübernahme seitens anti-neoliberaler und anti-amerikanischer Bewegungen in Washingtons eigenem Hinterhof (Brasilien, Venezuela, Ecuador), während die Bush-Regierung mit dem Mittleren Osten beschäftigt ist;
- eine zunehmend negative Auswirkung des Militarismus auf die Wirtschaft, da die US-Militärausgaben zunehmend von deficit spending abhängig werden und dieses zunehmend von der Finanzierung aus fremden Quellen, was die Wirtschaft, die bereits deflatorische Tendenzen aufweist, zusätzlich belastet.

Nur wenige Tage nach ihrem Sieg über eine viertrangige Macht konnten wir den politischen Treibsand erleben, den die amerikanische Invasion im Irak aufgewühlt hat, indem fundamentalistische islamische Kräfte unter den Schiiten, der größten Bevölkerungsgruppe, als die politischen Erben nach der Absetzung Saddams auftraten. Wenn Washington auf eine stabile, pro-amerikanische Ordnung im Mittleren Osten setzt, dann ist eine solche nirgends in Sicht.
Wahrscheinlicher ist eine Zunahme der Instabilität, was Washington dazu verleiten wird, mehr militärische Macht und mehr Einheiten einzusetzen und somit eine Spirale der Gewalt in Gang zu bringen.

(…)

Das Empire wird herausgefordert

Was **Afghanistan** heute ist, ist wahrscheinlich der Irak morgen — d.h. eine instabile Ordnung, die zudem weder wirklich repräsentativ, noch demokratisch ist. Eine Kombination aus der eigenen nach innen gewendeten Repressionspolitik der **arabischen Regime** und ihrem Unvermögen, Palästinensern und Irakis zu Hilfe zu kommen, wird diese Regime wahrscheinlich weiter an die Seite der USA treiben und in eine noch prekärere Beziehung zu den arabischen Massen. Herausragende Beispiele dafür sind Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten. Die wahrscheinliche Folge ist die Stärkung des **politischen Islam**; seine Chancen, in vielen arabischen Ländern die Regierung zu übernehmen, sind gestiegen. Eine demokratische Öffnung der politischen Systeme dort — die Washington behauptet, vorantreiben zu wollen — wird ironischerweise einen solchen Prozess eher noch befördern, selbst im Irak, wo unter den Schiiten die radikale Strömung dominiert. Dieselbe Drift kann sich leicht in anderen Teilen der muslimischen Welt abspielen, vor allem in zwei Ländern, die die USA als strategisch äußerst bedeutsam einstufen: Pakistan und Indonesien.

Ebenso wie die Sicherheit Washingtons wird auch die Sicherheit **Israels** weiter untergraben werden — obgleich ihre Stärkung doch ein oberstes Ziel der Neokonservativen vom Schlage Paul Wolfowitz oder William Kristol war. Zusammen mit dem Scheitern des Versuchs, auf dem Wege formaler demokratischer Mechanismen eine stabile politische Basis für die US-Hegemonie zu schaffen, wird dies die USA vor eine **unangenehme Wahl** stellen: den Rückzug der Truppen oder eine direkte Kolonialherrschaft. Die USA werden versuchen, eine solche Entscheidung so weit wie möglich hinauszuschieben, und sie werden immer mehr Geld und Ressourcen in politische Konstrukte stecken, die nicht funktionieren können.

Währenddessen werden lokale Varianten der neuen zivilgesellschaftlichen Bewegung für Frieden und gegen die konzerngesteuerte Globalisierung in anderen Teilen der Welt Regierungsmacht übernehmen oder damit drohen, besonders in **Lateinamerika**. Brasilien, Ecuador und Venezuela werden attraktivere Modelle werden, während neoliberale Ökonomien sich zunehmend diskreditieren und die Weltwirtschaft auf allen Ebenen anhaltend stagniert.

Während die USA zunehmend als universelle Bedrohung wahrgenommen wird und die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs, Deutschlands, Russlands und Chinas zunehmend in Widerspruch zu Washington geraten, werden letztere ihre Koalition, die während der Irakkrise entstanden ist, konsolidieren. Einige der gewichtigeren Länder der Peripherie, wie Brasilien, Indien und Südkorea, könnten sich der Allianz anschließen.

Dieses **Gegengewicht** kann sich verstetigen, selbst wenn die Beteiligten wechseln. Eine Folge dieser diplomatischen Allianz wird eine engere Militärkooperation sein. Wahrscheinlich bildet sich eine europäische Verteidigungsmacht unabhängig von der NATO heraus.
Eine weitere Folge wird die Zunahme der Militärausgaben, der Waffenproduktion und der Entwicklung neuer Waffensysteme seitens der neuen Allianz sein — entweder separat oder in gegenseitiger Kooperation.
Eine dritte Folge wird ihre stärkere wirtschaftliche und technologische Kooperation sein, um die nötige wirtschaftliche Infrastruktur für den anhaltenden militärischen Wettlauf zu schaffen.
Ironischerweise wird Washingtons Kreuzzug für ein Monopol auf Massenvernichtungswaffen zu größeren Investitionen in die Entwicklung eben solcher Waffen auf der Seite seiner großen Rivalen führen; zugleich werden die kleineren Länder und nichtstaatliche Akteure darauf ebenfalls nicht verzichten wollen.

Globale wirtschaftliche Stagnation und der Unilateralismus der USA werden den **IWF** und die **WTO** weiter schwächen und Tendenzen zum Protektionismus und Regionalismus stärken. Regionale Wirtschaftsabkommen, die Handelsvorrechte, Kapitalkontrollen und technologische Kooperation kombinieren, werden attraktiver werden als multilaterale Freihandelsabkommen und als bilaterale Handelsabkommen mit den USA oder der EU. Handelskriege werden zunehmen und die Verhältnisse zusätzlich destabilisieren.

Ein Akteur wird in all dem eine zentrale Rolle spielen: **China**. Während die US- Wirtschaft im Sumpf der Stagnation stecken bleibt und Washington sein militärisches und politisches Engagement überdehnt, nimmt Chinas relative Stärke zu. Die Unilateralisten werden sich mehr und mehr Sorgen über Chinas wachsende Stärke machen und die politischen und ideologischen Konflikte mit Peking verschärfen. Ihre Handlungsmöglichkeiten sind indes begrenzt, da Wall Street wachsende Finanzinteressen in China hat, US-Konzerne mehr und mehr von Investitionen in dieses Land abhängen und die Verbraucher in den USA zunehmend von Importen aus China abhängen — von Lowtechgütern ebenso wie von Hightechgütern. Aus diesem Wirrwarr wird es für Washington keinen einfachen Ausweg geben.

Schlussendlich — und ebenfalls ironischerweise — wird es für die **UNO** neues Leben geben, weil die anderen Länder gelernt haben, dass ihre Fähigkeit, Legitimität zu verleihen oder zu verwehren, ein wichtiger Trumpf in der internationalen Realpolitik bleibt. Die Rolle der UNO als Mechanismus, die USA zu isolieren, wird gestärkt werden, und Washington wird darauf mit noch mehr Schmähungen und Drohungen antworten, wird aber nicht in der Lage sein, sie zu boykottieren.
(…)

Walden Bello ist Direktor des Instituts Focus on the Global South in Bangkok.

Übersetzung aus SoZ - Sozialistische Zeitung, Juni 2003, Seite 13 www.soz-plus.de)

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Die Friedensbewegung in den USA und der Irak-Krieg: Einfluss und Perspektiven

Felix Kolb und Alicia Swords

Der 19. März wird in die Geschichte eingehen. Denn an diesem Tag begannen die USA erstmals, ihren imperialen Anspruch auf die Kontrolle des gesamten Nahen Ostens mittels eines präventiven und völkerrechtswidrigen Angriffskrieges durchzusetzen. Wir dürfen nicht vergessen, dass unabhängig vom Ausgang der Invasion, der Krieg illegal und unnötig. Zudem verletzte er internationale Gesetze und die UN-Charta in grober Weise. Die Propaganda der Massenmedien war bei der Manipulation der amerikanischen Öffentlichkeit so effektiv, dass selbst viele Gegner des Irak-Kriegs erstaunt waren, dass (zumindest bisher) keine Beweise für Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden wurden. Oder wie es Susan Wright, eine Entwaffnungsspezialistin der Universität von Michigan in der britischen Zeitung The Independant formulierte: „Dies könnte der erste Krieg der Geschichte sein, der hauptsächlich durch eine Illusion gerechtfertigt wurde." [1]

Die Abscheu und die grenzenlose Empörung über die angloamerikanische Invasion des Iraks ließ Hunderttausende gegen den Krieg protestieren - in Amman, Berlin, Damaskus, Paris und Mexiko-Stadt ebenso wie in London, Sydney, New York, San Francisco und Washington. Während es niemanden verwunderte, dass in den arabischen Ländern die Menschen ihrer ohnmächtigen Wut Luft machten, hat die Fortsetzung und sogar Intensivierung der Proteste in den USA die Kommentatoren überrascht. Allgemein wurde erwartet, dass die lange Serie von Demonstrationen und Aktionen in den USA zu einem raschen Ende kommen würde, sobald der Krieg beginnt. Und tatsächlich zeigten Meinungsumfragen eine erhöhte öffentliche Unterstützung für den Krieg, nachdem er angefangen hatte. Aber anders als in der Vergangenheit, wo sich bisher im Kriegsfall auch die Gegner hinter dem Präsidenten zusammenscharten, widerstand eine beträchtliche Minderheit der Amerikaner diesem Impuls. Im Gegensatz zu den Gefühlen und Einstellungen vieler Menschen war die Tatsache, dass die Proteste während des Kriegs weitergingen, ein Grund zur Zuversicht. Es stellt nur eines von vielen Indizien dar, dass die Friedensbewegung in ihrer nie da gewesenen Stärke wichtige Erfolge und Konsequenzen erreichen konnte.

Zugegeben, wir konnten diesen Krieg nicht verhindern, obwohl viele von uns monatelang all ihre Energie und freie Zeit dem Widerstand gegen den Krieg gewidmet haben. Entsprechend fühlen sich viele von uns leer, deprimiert und erschöpft. Wenn wir aus diesen Ohnmachtgefühlen heraus das Hauptziel der Friedensbewegung - den Krieg zu verhindern - mit der grausamen Wirklichkeit vergleichen, scheint die Schlussfolgerung unumgänglich, dass die Friedensbewegung gescheitert ist und wir unsere Zeit vergeudet haben. Obwohl auf den ersten Blick einleuchtend, ist diese Schlussfolgerung falsch. Es ist nicht überraschend, dass Präsident Bush und die amerikanischen Massenmedien dieser Schlussfolgerung nicht widersprechen werden, denn sie ist für sie sehr bequem. Um dagegen den Einfluss der Friedensbewegung zu verstehen, müssen wir uns vorstellen, wie sich der Irakkonflikt ohne die Aktionen der Friedensbewegung entfaltet hätte. Und wir müssen uns fragen, was die langfristigen Konsequenzen der Friedensbewegung sein werden.

Spekulative Überlegungen sind immer schwierig, aber wir halten einige alternative Szenarien, die sich ohne die globalen Friedensbewegung entfaltet hätten für sehr plausibel. Erstens, ohne die frühe Mobilisierung der Friedensbewegung in den USA hätte Bush wahrscheinlich nicht einmal versucht, ein UN-Mandat zu erlangen, und damit wäre auch der Weg für die Rückkehr der Waffeninspektoren nicht frei gemacht worden. Dieser Prozess gab der Friedensbewegung die notwendige Zeit sich zu organisieren, zu mobilisieren und so an Stärke zu gewinnen. Die Hoffnung der Bush-Regierung, sich eine UN-Resolution für eine Invasion des Iraks sich erkaufen und erpressen zu können, zerschlug sich, weil die weltweite Ablehnung eines Irakkrieges, wie sie insbesondere bei den Demonstrationen am 15. Februar deutlich wurde, die dazu nötige Mehrheit im Sicherheitsrat verhindert hat. Ohne den Druck insbesondere der deutschen und französischen Friedensbewegung hätten Schröder und Chirac womöglich nachgegeben und der Irakkrieg würde heute unter einem von den USA erpressten UN-Mandat geführt. Ähnlich lässt sich auch das Abstimmungsverhalten von Staaten wie Mexiko, Pakistan und Chile im UNO-Sicherheitsrat erklären.

Aber auch die langfristigen Implikationen des Protests sollten nicht unterschätz werden, auch wenn wir sie noch nicht ganz einschätzen können. Zur Verdeutlichung seien einige historische Beispiele für langfristige Auswirkungen der Friedensbewegung genannt [2]:

- Die Schaffung des Völkerbundes ein Jahrzehnt nach den Versuchen von Friedensaktivisten, den 1. Weltkrieg zu verhindern
- Die Verhandlungen zur Reduktion strategischer Atomwaffen zwischen der Sovietunion und den USA im Jahr 1970, nach großen Antiatomdemonstrationen in den späten 50ern und frühen 60ern.
- Das „Vietnam-Syndrom" in den USA, der Unwille zu offenen militärischen Interventionen, nach massiven Protesten gegen den Vietnam-Krieg.

Die derzeitige weltweite Friedensbewegung hat dazu beigetragen, dass die Hürde für zukünftige Militärschläge weit höher liegt. Wir hoffen, dass die Pläne der neokonservativen Hardliner im Weißen Haus damit durchkreuzt sind, die Neuordnung des mittleren Ostens durch weitere Kriege voran zutreiben. Anfang April stellte der britische Außenminister Jack Straw klar, dass Großbritannien mit eine militärischen Aktion gegen Syrien oder Iran „absolut nichts" zu tun haben wolle. Die konservative Partei

des spanische Premierminister José Maria Aznar, wird angesichts der 91prozentigen Mehrheit, die den Krieg ablehnt, wegen Aznar's Unterstützung für Präsident Bush wahrscheinlich die Wahl im nächsten Jahr verlieren. Entsprechend unwahrscheinlich ist, dass Aznar bereit sein könnte, weitere Kriege zu unterstützen.

Allerdings ist nicht klar, ob wir stark genug sein werden, die Bush-Regierung wirklich davon abzuhalten, den nächsten „Präventiv"-Angriff gegen Syrien, Iran oder Nordkorea anzufangen. Aber die internationale Unterstützung zukünftiger Kriege wird noch geringer sein als beim Irak-Krieg und diese wiederum stärkt die US-amerikanische Friedensbewegung. Wie das Washingtoner Institute for Political Studies (IPS) feststellte, bestand die sogenannte „Koalition der Willigen" gerade aus 46 von 191 UN-Mitgliedsnationen - die 19% der Weltbevölkerung repräsentieren [3]. Aber auch in den Ländern der „Koalition der Willigen" ist die öffentliche Einstellung überwiegend gegen den Krieg im Irak. Obwohl wir nicht sicher sein können, scheint das wahrscheinlichste nächste Ziel der Washingtoner Falken Syrien zu sein. Derzeit können die Drohungen der USA als Strategie angesehen werden, Syrien zu zwingen, seine mögliche Unterstützung für Widerstandsgruppen gegen die militärische Besatzungsregierung in einem faktisch re-kolonisierten Irak einzustellen. Leider besteht die Möglichkeit, dass Bush einen weiteren Krieg aus innenpolitischen Gründen brauchen wird. Ein Krieg könnte die einzige Möglichkeit sein, um die amerikanische Öffentlichkeit von der verheerenden wirtschaftlichen Lage in den USA abzulenken. Zusätzlich würde ein neuer Krieg die Aufmerksamkeit vom Versagen der USA in Afghanistan und dem Irak demokratische und stabile Institutionen zu etablieren, ablenken. Oder um es brutaler zu formulieren: angenommen Bush Junior hat von seinem Vater gelernt, wenn die USA-Wirtschaft sich nicht in den nächsten paar Monaten erholt, mag ein neuer Krieg als einziges Mittel erscheinen, seine Wiederwahl im Jahr 2004 zu sichern.

Um auf kommende Kriege vorbereitet zu sein, reicht es nicht, sich der Leistungen der Friedensbewegung zu erinnern, wir müssen uns auch fragen, warum die Friedensbewegung nicht in der Lage war, den Irak-Krieg zu verhindern und welche Lektionen wir aus den Erfahrungen lernen können. Es gibt eine Reihe von sehr tiefgehenden und strukturellen Gründen, die wir kurzfristig nicht ändern werden können:

- Die Kriegstreiber haben nicht einmal gezögert, falsche Beweise vorzulegen, um den Krieg zu legitimieren. Eines der schockierendsten Beispiele stellen die vom CIA gelieferten Informationen über den angeblichen Kauf von 500 Tonnen Uranoxid aus Niger durch den Irak dar. Die Dokumente, die die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) später als Fälschung entlarvt hat, wurden den Mitgliedern des Foreign Relations Committee des US-Sentats nur wenige Tage vor der Verabschiedung der Kriegs-Resolution durch den Senat vorgelegt [4].

- Anstatt unangenehme Fragen zu stellen, haben die Konzern-beherrschten Massenmedien alles dafür getan, der Propaganda und den Lügen der Bush-Regierung ein möglichst große Publikum zu bieten. Paul Krugman hatte Recht, als er darauf hinwies, dass die Unterstützung des Krieges durch die öffentliche Meinung lediglich eine Folge der voreingenommenen Berichterstattung der US-Medien war [5]. 71% aller Amerikaner glauben, dass Saddam Hussein in die Anschläge vom 11. September verwickelt war, die Mehrheit weiß außerdem nicht, dass kein einziger der Entführer aus dem Irak stammt.

- Im Kriegsfall kennen die Vereinigten Staaten keine Opposition. Die Demokraten haben das Gefühl, dass sie Bush in Fragen der nationalen Sicherheit nicht kritisieren oder herausfordern können. Tatsächlich ist es so, dass auch sie kein Konzept für eine alternative Außen- und Sicherheitspolitik bieten. Verstärkt wird dieses Problem durch die zunehmende Macht des Präsidenten in der Ausübung der Außenpolitik.

- Viele Menschen sind irritiert darüber, was Demokratie bedeutet und wie sie zu erlangen ist. Die US-Außenpolitik benutzt die „Verbreitung der Demokratie" als eine Entschuldigung dafür, im Nahen Osten intervenieren zu können, um dann letztendlich Kontrolle über die Ressourcen und strategischen Einfluss erlangen zu können. Zur gleichen Zeit haben die USA kein Problem damit, Diktaturen in Ländern zu unterstützen, die den Interessen Amerikas dienen – so wie etwa in Kuwait, Saudi-Arabien und Usbekistan. Der Großteil der öffentlichen amerikanischen Meinung lebt in Unkenntnis dieser Heuchelei und ist daher willens, die Rhetorik von der „Verbreitung der Demokratie" für bare Münze zu halten.

Diese Probleme sind so tief im amerikanischen Politiksystem und der politischen Ökonomie der Massenmedien verwurzelt, dass nur langfristige Lösungen die notwendigen fundamentalen Änderungen herbeiführen können. Auf lange Sicht müssen wir daran arbeiten, die Wahlkampffinanzierung und das Wahlsystem zu ändern. Wir benötigen alternative Nachrichtenquellen, die für weite Teile der US-Bevölkerung geeignet sind. Das Radioprogramm von „Democracy Now" ist großartig, aber zu radikal, um den amerikanischen Mainstream wirklich zu erreichen. Die Idee von „Move On Media Corps", die Massenmedien zu fairer Berichterstattung und der Einhaltung grundlegender journalistischer Standards zu verpflichten, ist wichtig, wird aber die US-Medien nicht auf die gewünschte Weise ändern. Wir brauchen mehr Think Tanks und stimmigere Konzepte für die Außenpolitik, um den Neo-Konservativen Eliten entgegenzutreten und die amerikanische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die „Verbreitung von Demokratie" nicht die Tötung unschuldiger Menschen rechtfertigt. Der Vorschlag eines globalen Plans zur Ve rhinderung weiterer Kriege („Global Action to Prevent War") ist eine vielversprechende, langfristige Strategie zur Schaffung einer politischen Friedensagenda. Diese langfristigen Strategien sind notwendig, in der jetzigen Situation benötigen wir allerdings auch kurzfristige Ansätze. Im folgenden haben wir eine Liste

von Ideen für euch, die als Grundlage für weitere Diskussionen dienen kann:

- *Zurückhaltung in der Nutzung von zivilem Ungehorsam.* Ziviler Ungehorsam als Protest gegen einen illegalen Krieg ist zweifellos moralisch legitim, häufig auch strategisch und notwendig. Das bedeutet aber nicht, dass es sich dabei um die im Moment wirksamste Strategie handelt. Verschiedene Autoren haben darauf hingewiesen, dass aufgrund der Tatsache, dass ein großer Teil der amerikanischen Öffentlichkeit für den Krieg war, ziviler Ungehorsam potentielle Unterstützer unserer Sache abschrecken könnte.

- *Formulierung klarer Botschaften.* Die Tatsache, dass es einer Bewegung möglich ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und Einfluss auf die öffentliche Agenda auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu gewinnen, heißt noch lange nicht, dass es ihr auch möglich sein wird, eine lange und komplexe Nachricht zu transportieren. Die Vermengung verschiedener Themen zusammen mit dem Ruf nach Frieden macht es den Medien möglich, die Bewegung so darzustellen, als ob sie keine klar definierte Aussage hätte.

- *Entwicklung einer Friedensagenda* Auf lange Sicht ist es nicht genug, nur gegen Krieg zu sein. Die Friedensbewegung muss dafür arbeiten, dass Institutionen errichtet werden, mit denen Konflikte auf gewaltfreie Weise gelöst werden können. Ebenso müssen die tiefer liegenden Ursachen von gewaltsamen Konflikten beseitigt werden. Während die weltweite globalisierungskritische Bewegung sich der zweiten Aufgabe angenommen hat, sollte die Friedensbewegung Initiativen wie die „Global Action to Prevent War" unterstützen.

- *Aufbau von breiten Koalitionen.* Krieg hat das Potenzial, die in den USA traditionellerweise voneinander getrennten Gruppen zu vereinen. Da nur eine kleine Minderheit vom Krieg profitiert, existiert ein großes Potenzial, eine starke Bewegung quer über alle geographischen, kulturellen, sozio-ökonomischen und kulturellen Grenzen hinweg aufzubauen. Eine der Taktiken könnte hierbei darin bestehen, einen „Friedenssommer" zu initiieren, in dem Leute informiert werden und dadurch zu einer breiten Front des Widerstands gegen den Krieg werden könnten. Die „Kensington Welfare Rights Union" ruft für diesen Sommer zum Beispiel zu einem Marsch der Armen für ökonomische Menschenrechte auf. Damit soll die Arbeit von Martin Luther King fortgeführt werden, der umgebracht wurde, als er eine vereinte Bewegung für den Frieden und gegen die US-Kriege aufbaute.

- *Die Proteste müssen früh sein.* Eine der größten Leistungen der jüngsten Friedensbewegung war, dass sie schnell gestartet ist und bereits erheblichen Schwung gewonnen hatte, lange noch bevor der Krieg wirklich begann. Das nächste Mal müssen wir sogar noch schneller sein. In den USA ist die größte Hebelwirkung dadurch zu erreichen, indem man den Kongress dazu bewegt, sich gegen neue Kriegs-Resolutionen zu stellen. In Anbetracht der Tatsache, dass die von uns gewählten Repräsentanten nicht auf uns hören, und dass Lobbying eine der vielen nötigen Aktivitäten sein muss, sollten wir frühzeitig damit beginnen, unsere Senatoren und Kongressabgeordneter davon zu überzeugen, das der Angriff auf weitere Länder verheerend wäre.

- *Aufbau alternativer Medien:* die großen Medien sind in drei Haupt-Netzwerken konzentriert, die Konzernen gehören, die auch zu den Profiteuren des Krieges zählen. Die heutige Bewegung nutzt die Vorteile des Internet durch die Verwendung von Mailing-Listen und Indy Media, alternative Medien dürfen aber nicht nur auf jene beschränkt bleiben, die einfachen Zugang zu einem Computer habe, sondern müssen die breite Masse erreichen. In Anbetracht dessen sind traditionelle Techniken, wie die Verteilung von Flugblättern oder das direkte Anwerben an der Haustür, vielleicht effektiver darin, in der Vergangenheit nicht erreichbare Zielgruppen anzusprechen.

- *Internationale Koordination ausbauen*: unter allen Demonstrationen hatten jene des 15. Februar die größte Wirkung. Das lag nicht nur an der schieren Menge der Demonstranten, sondern auch daran, dass die Demonstrationen an mehr als 600 verschiedenen Städten in der ganzen Welt parallel stattfanden.

- *Unterstützung der Menschen im Irak.* Die Friedensbewegung sollte hart dafür arbeiten, die Vereinigten Staaten davon abzuhalten, sich im Irak als neue Kolonialmacht zu etablieren. Stabilität und wirkliche Demokratie in den Irak zu bringen, heißt mindestens, die amerikanischen und britischen Streitkräfte durch UN-Friedenstruppen zu ersetzen. Der UN muss es erlaubt sein, die Führung zu übernehmen und insbesondere mit den Nachbarländern Syrien, Iran und Türkei an einer Lösung zu arbeiten. Weiterhin bedeutet es auch, die Bush-Administration davon abzuhalten, den Irak in eine „Traum-Ökonomie" nach ihren Vorstellungen zu verwandeln: voll privatisiert, in der Hand des Auslands und offen für den Handel. Es wäre verheerend, würden die wegweisenden ökonomischen Entscheidungen von den Besatzungsmächten getroffen werden, bevor die Iraker in freier Wahl ihre eigene Regierung wählen dürften [6].

Dieser Artikel ist im Original in verschiedenen US-Amerikanischen politischen Zeitschriften und Websites veröffentlicht worden.
Übersetzung: Claus Augusti und Bernt Lampe, ehrenamtliches Übersetzungsteam coordtrad@attac.org

Es wechseln die Zeiten

Rolf Becker: Redebeitrag auf der Abschlusskundgebung beim Hamburger Ostermarsch 21.04.2003

Wieder und wieder - ich fürchte, wir werden noch oft Anlass haben, die "Wiederholbare Feststellung" zu zitieren, die Erich Fried 1982 aufschrieb, als die USA die kleine Karibikinsel Grenada überfielen aus Furcht, Revolutionen wie auf Cuba und in Nicaragua könnten weitere Länder Lateinamerikas erfassen:

Erich Fried: Wiederholbare Feststellung

Wenn ein großes Land
ein kleines Land überfällt
ist es Mord

Wenn ein großes Land
ein kleines Land überfällt
im Namen der Freiheit
ist es Mord
und das große Land
schändet den Namen der Freiheit

Wenn ein großes Land
ein kleines Land überfällt
im Namen der Sicherheit
und im Namen des Friedens
ist es Mord an dem kleinen Land
und an Frieden und Sicherheit

Ob im Norden im Süden
im Osten oder im Westen
ob vorgestern oder gestern
ob heute oder morgen

Wenn ein großes Land
ein kleines Land überfällt
ist es Mord

Wir haben den Krieg gegen den Irak, der erwartungsgemäß zugunsten der USA und ihrer Verbündeten entschieden, aber nicht beendet ist, und schon gar nicht zum Frieden geführt hat, nicht verhindern können.

Wir haben nicht verhindern können, dass dieser Krieg, der 1991 begann und während all der Jahre seitdem mehr oder weniger verdeckt weitergeführt wurde - mit Bombenangriffen auf militärische Einrichtungen, durch Unterteilen des Landes in so genannte Flugverbotszonen, vor allem durch das Embargo, das zum Tod vieler hunderttausend Menschen, darunter über 500.000 Kindern führte –, dass dieser langjährige Krieg mit dem jetzigen Angriff nochmals gesteigert wurde.

Wir haben nicht verhindern können, dass Menschen, deren Zahl wir nicht kennen, getötet und verletzt worden sind. Von Granaten und Bomben zerfetzt, verstümmelt, erstickt, verbrannt, verendet an den Folgen zum Teil grauenhafter Verwundungen.

Wir haben nicht verhindern können, dass die Lebensbedingungen für die 20 Millionen, die die verschiedenen Bevölkerungs- und Religionsgruppen im Irak zählen, auf nicht absehbare Zeit zerstört sind: Wasser, Strom, Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen, Bewässerungsanlagen, Felder und Ortsteile, in denen Minen und Blindgänger liegen, Krankenhäuser, die nicht mehr benutzbar sind: drei von dreißig, berichtet eine Presse, die nach eigenem Eingeständnis nur eingeschränkt berichten kann, sind in Bagdad noch in Betrieb.

Wir haben nicht verhindern können, dass kulturelle Einrichtungen, wie das weltberühmte völkerkundliche Museum und die einzigartige Bibliothek in Bagdad, die zum Weltkulturerbe zählen, ausgeraubt und eingeäschert wurden. Und Wiederaufbau? Das Brecht-Zitat *"Ihr Krieg tötet, was ihr Friede übrig gelassen hat"* könnte aufgrund der Nachkriegs-Erfahrungen im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan auch lauten: Ihr Friede zerstört, was ihr Krieg übrig gelassen hat.

Die Liste ließe sich fortsetzen, sie ist so umfassend wie das Leiden, das dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg verursacht hat.

Die Bewegung gegen diesen Krieg war weltweit und einzigartig in der furchtbaren Geschichte der Kriege. Aber wir kommen nicht um die Frage herum, warum wir zu schwach waren. Und wir müssen uns die Frage stellen, wie wir unsere Schwäche überwinden. Wie wir beispielsweise die Schülerinnen und Schüler, die gegen den Krieg auf die Straße statt zum Unterricht gegangen sind, besser unterstützen; wie wir ihnen helfen können, Organisationsformen zu finden, die es nicht wiederholbar machen, dass ihr Protest wie in Hamburg von der Polizei niedergeknüppelt und von Politikern und Presse denunziert wird. Zum ersten Mal seit vielen Jahren kommen die Jugendlichen in unserem Land wieder in Bewegung. Was sie antreibt ist über den Protest gegen den Krieg hinaus das Aufbegehren gegen eine Welt, die sie ihrer Zukunftschancen beraubt, ihres Rechtes auf Bildung, Ausbildung, Lehre und Arbeit – ihres Rechtes auf Leben. Nur sie können verwirklichen, woran wir gescheitert sind, wo wir versagt haben.

Wie überwinden wir unsere Schwäche - ich will versuchen mich dieser Frage anzunähern.

Als wir mit zehn Kolleginnen und Kollegen im Mai 1999 nach Jugoslawien fuhren, also während des Angriffskrieges der Nato, war die Lage noch völlig anders:

1. Die auch damals schon von der SPD geführte Bundesregierung beteiligte sich am Krieg – unter Bruch zahlreicher Verträge.
2. Die Gewerkschaftsführung stimmte dem Krieg zu. Ihr Ja zum Bombardement der Nato durch ihren damaligen Vorsitzenden Dieter Schulte ist bis heute nicht aufgearbeitet. Umso mehr begrüßen wir, dass wir heute im Einvernehmen mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften demonstrieren können.
3. Die Friedensbewegung war zur Zeit des Jugoslawienkrieges schwach, besonders hierzulande – nicht zuletzt infolge der Fehlinformationen von Regierung und Presse. Es scheint, ein Teil der Presse hat seitdem gelernt kritischer umzugehen mit den Vorgaben von

Politikern und militärischen Stäben der Angreifer. Albert Einstein: *"Die Massen sind niemals kriegslüstern, solange sie nicht durch Propaganda vergiftet werden."* Oder Bertolt Brecht: *"Von den neuen Antennen kamen die alten Dummheiten. Die Weisheit wurde von Mund zu Mund weitergegeben."* Lasst uns dazu beitragen.

Die Bombardements heutiger Kriege nicht vergleichbar mit den Flächenbombardements des zweiten Weltkriegs; durch das "punktgenaue" Bombardieren ist die Zahl der direkten Opfer geringer. Aber was wird bombardiert oder mit ferngesteuerten Raketen angegriffen – und wie wirkt sich das aus? Wir können es aus Serbien berichten: Elektrizitäts- und Wasserwerke, Bahnanlagen, Straßen, Brücken, Telefonnetze, Radio- und Fernsehstationen, Industrieanlagen - vor allem Chemieproduktion und Raffinerien. Die Nervenstränge des öffentlichen Lebens - zerstört. Die Folge: hohe Zahlen indirekter Opfer. Was können Ärzte in Krankenhäusern noch leisten, die ohne Strom und Wasser sind, in denen Medikamente wie Insulin wegen mangelnder Kühlung nicht mehr benutzbar sind? Wie soll sich eine Arbeiterfamilie mit Kindern in den oberen Stockwerken eines Wohnblocks helfen, ohne Aufzüge und nachdem die Vorräte in den Kühlschränken verfault sind? Hamburg drei Tage nur ohne Wasser, Strom und Gas, dazu abgeschnitten von jeglicher Information – was wäre die Folge? Punkt-genau vernichtet – über 300 Schulen und Universitäten, begründet mit der Annahme, sie seien militärisch genutzt worden. Punktgenau auch die Treffer der Splitterbomben auf dem Marktplatz von Nis zur Einkaufszeit. Punktgenau der Angriff auf die Brücke in Varvarin. Kein Terror?

Beim Krieg gegen Jugoslawien ging es so wenig wie beim Krieg gegen Afghanistan und den Irak um die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie, oder die Beseitigung der Milosevic, Osama Bin Laden und Saddam Hussein. Als wir nach unserer Rückkehr aus den sieben Tagen des mehr als 70tägigen Bombardierens darauf hinwiesen, dass nicht einmal die Kontrolle über die Balkanregion eine ausreichende Erklärung für den Nato-Überfall sei, sondern dass er als Voraussetzung diene für einen Aufmarsch gegen den Nahen Osten und in der Weiterung vielleicht gegen Russland und China, wurden wir nur von wenigen verstanden.

Heute – auch nach dem Afghanistan-Krieg - stellt sich die Frage deutlicher. Auch wenn die Meinungen – und auch unter uns – unterschiedlich sind, ob es vor allem um Öl oder um den Ausbau der US-amerikanischen Vormacht geht: in der Sorge, dass es sich beim Krieg gegen den Irak nur um eine Etappe weiterer Kriege handelt, dürften wir uns kaum unterscheiden.

"Die Massen tragen nicht mehr mit Geduld ihr irdisches Elend" – dieser Satz Heinrich Heines gilt nicht nur für die Unterdrückten und Ausgebeuteten des arabischen Raumes. Die Herrschenden unter der Führung der USA müssen, wenn sie ihre Macht erhalten wollen, weltweit verhindern, dass sich Unzufriedenheit und Widerstand zu revolutionären Bewegungen bündeln und Führung finden. Und:

Es dürfen sich aus ihrer Sicht keine Nationalstaaten so entwickeln, dass sie die US-amerikanische Vormacht gefährden können. Bereits in den Leitlinien des Pentagon vom 18.2.1992 wurde formuliert, dass dieser Grundsatz auch für Russland, China gilt - und auch für die EU Hier liegt die Ursache auch für das widersprüchliche Verhalten der Bundesregierung: einerseits das diplomatische Nein zum Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak, andererseits Awacs, Spürpanzer in Kuweit, Flottenverbände am Horn von Afrika, Überflugrechte, militärische Entlastung in Afghanistan und Schutz der US-Basen in Deutschland.

Lasst mich jetzt zum Schluss versuchen, die anfangs gestellte Frage wieder aufzugreifen: Wie überwinden wir unsere Schwäche. Dazu ein Zitat der englischen Schriftstellerin A.L. Kennedy, geäußert unmittelbar vor dem Krieg und auf Deutsch wiedergegeben ausgerechnet von der FAZ (19.03.2003):

*"Am kommenden Wochenende werden nun wahrscheinlich **zwei Kriege** wüten – ein unnötiger Krieg in den Städten und auf den Ölfeldern des Irak, ein zweiter, länger andauernder bei uns zu Hause und überall auf der Welt. Dieser Krieg wird ein Kampf zwischen kommerziellen Interessen und der Durchsetzung weltweiter Gerechtigkeit sein, zwischen der Zukunft unseres Planeten und dem Drang, Konsumentenkredite und selbstmörderischen Konsum zu steigern, zwischen Demokratie auf der einen, Bigotterie, Angst und Neid auf der anderen Seite…Der zweite, der unsichtbare Krieg wird darüber entscheiden, ob wir noch Hoffnung auf ein Überleben haben dürfen."*

Der Krieg wird immer an zwei Fronten geführt: außen und im Inneren – entsprechend müssen wir an beiden Fronten Widerstand leisten. Ist es Zufall, dass ausgerechnet während des Irak-Krieges von der Bundesregierung die bisher größten Einschnitte ins soziale Netz angekündigt wurden?

Kanzler Schröder stellt die Vertrauensfrage – der Sonderparteitag der SPD soll mit ihr über die geforderten Maßnahmen, die alle sozialen Standards betreffen, entscheiden. Müssen wir nicht die Frage stellen – und ich frage das als aktives Mitglied der Gewerkschaften (ich gehöre seit Jahren in Hamburg zum ehrenamtlichen Ortsvereinsvorstand der IG Medien, der heutigen Fachgruppe Medien in ver.di):

Was sind SPD und Gewerkschaften noch wert, wenn sie mittragen, was sie überflüssig machen würde?

Nein! Widerstand gegen die geplanten Einschnitte, Verteidigung der ohnehin schon abgesenkten Standards! Nein vor allem auch im Namen unserer Kinder, die um Bildung, Ausbildung, Arbeit und Perspektiven fürs Leben betrogen werden! Wir müssen uns enger zusammenschließen, vor allem in der täglichen Kleinarbeit. Gegen Sozialabbau, für Frieden und Völkerverständigung.

Lassen wir uns nicht entmutigen. Bertolt Brechts "*Es wechseln die Zeiten"* – der Text liest sich neu unter den veränderten weltpolitischen Vorzeichen:

Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne
Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.
Und gehn sie einher auch wie blutige Hähne
Es wechseln die Zeiten, da hilft kein' Gewalt.
Am Grunde der Moldau wandern die Steine.
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

FRAUEN STOPPT GATS!

Dies war der Slogan des Internationalen Kongresses:
DIENSTE OHNE GRENZEN? GATS; PRIVATISIERUNGEN UND DIE FOLGEN FÜR FRAUEN,
der am 11.Mai 03 in der Fachhochschule in Köln zu Ende ging.
Es war der erste Kongress zu diesem Thema weltweit.

Kongressbericht von Maria Mies

Obwohl Frauen die Mehrzahl aller Dienstleistenden stellen, wird diese Tatsache weder von den Betreibern noch den Kritikern des GATS berücksichtigt. Noch sind die Frauen selbst über diese Politik und ihre Folgen nicht informiert. Dem wollte der Kongress abhelfen. Sein Ziel war Aufklärung, Mobilisierung/ Aktion und Vernetzung.

500 Frauen und einige Männer nahmen drei Tage lang von morgens bis abends an diesem Kongress teil.

„Zeuginnen" berichteten darüber, wie sie durch die bereits laufende Privatisierungswelle marginalisiert und in Arbeitslosigkeit und Armut getrieben wurden. International renommierte Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen analysierten die Folgen der neoliberalen Privatisierung von Wasser, Gesundheit, Bildung und sozialen Diensten in ihren Ländern und international für die Mehrzahl der Menschen, insbesondere für Frauen. Der Kongress schlug so den Bogen von der persönlichen Betroffenheit bis zur globalen Ebene von WTO und GATS. Das, was die meisten „Opfer" dieser Politik bisher als persönliches Schicksal angesehen hatten, erschien so in einem globalen Kontext als verstehbar und auch als veränderbar.

Dazu trug die ungeheure Fülle der Informationen und Analysen bei , die Frauen wie Maude Barlow (Kanada), Vandana Shiva (Indien), Christa Wichterich (Deutschland), Naila Khan (Bangladesh), Claudia von Werlhof (Österreich), Theresa Wolfwood (Kanada), Vera Morgenstern, (Deutschland) Maite Llanos (Argentinien) und Sarah Sexton (GB) in Plenumsbeiträgen vortrugen.

Die Empörung aber auch die Ermutigung wuchsen von Vortrag zu Vortrag über das was **Maude Barlow** als die „neuen globalen Königshäuser" bezeichnete, die Multinationalen Konzerne, die sich, gestützt von WTO und den willfährigen Regierungen, die gesamten Wasserressourcen der Welt, die Gesundheits - und Pflegesysteme, die Bildung der Menschen, vom Kindergarten bis zur Universität als profitträchtige Investitionsbereiche unter den Nagel reißen wollen oder schon gerissen haben. Alle diese Geschäfte finden hinter dem Rücken der Bevölkerung statt.

Am deutlichsten wurde dieser globale Raubzug in bezug auf die lebensnotwendige Ressource Wasser. **Vandana Shiva** berichtete, dass in Kerala, einem der wasserreichsten Staaten Indiens, der Staat 1,5 Millionen Liter Wasser an Coca Cola verkaufte. Die Folge: In zwei Monaten sank der Grundwasserspiegel und Seen trockneten aus. 400 Frauen wurden verhaftet, die gegen diese Wasserprivatisierung protestierten. An dem schon verkauften Fluss Sheonath patrollieren Polizeikräfte im Auftrag des Privateigentümers und verhaften Männer und Frauen, die im Fluss fischen, baden, ihre Kleider waschen und das Wasser zur Bewässerung ihrer Felder nutzen wollen. Das gilt jetzt als Diebstahl. 100 000 Menschen, vor allem Frauen demonstrierten so lange, bis die Privatisierung zurückgenommen wurde.
Der grösste Wasser-Multi der Welt, der französiche Konzern Suez und seine indische Tochter Degremont haben einen Vertrag der indischen Regierung, das Wasser der „Heiligen Mutter Ganges zu privatisieren. Im letzten Jahr protestierten Hunderttausende gegen diesen Wasserraub. Vandana Shiva stellte den Zusammenhang her zwischen diesem Krieg um Wasser und dem Krieg im Irak. Dem seit der Wasser-privatisierung in Cochabamba (Bolivien) berüchtigten amerikanischen Multi Bechtel wurde nach dem Irak Krieg die Konzession erteilt, im Irak die Wasserversorgung zu privatisieren. Ihr Fazit: Was GATS nicht erreicht, erreichen Kriege.

Naila Khan berichtete, wie die Armut, besonders unter Frauen in ihrem Land gestiegen ist, seit die Regierung im Zuge der neoliberalen Privatisierungspolitik das Gesundheitssystem „reformiert" hat. Die Basisgesundheitszentren wurden geschlossen und das Land für den freien Import von teuren Medizinen und Geräten geöffnet. Die Rate der Müttersterblichkeit ist gestiegen. Arme können sich die teuren Privatkliniken nicht mehr leisten. Sie berichtete auch, wie die Bevölkerung, insbesondere die Frauen sich sowohl gegen die neoliberalen Wirtschaftskrieger, die Multis, wie auch gegen die Militärkrieger wehren, z.B. gegen den Krieg im Irak. Es fanden nicht nur 7000 Demonstrationen im ganzen Land statt. sondern eine breite Boykottbewegung gegen US-Produkte wie Coca Cola und Benson & Hedges Zigaretten hat den Umsatz dieser Konzerne drastisch reduziert. Dieser Boykott wird vor allem von den ärmeren Menschen wie kleinen Straßenverkäufern befolgt.

Sarah Sexton ergänzte diesen Bericht aus dem „armen" Bangladesh durch die Beschreibung der Zustände im Gesundheitssektor im „reichen" England. Obwohl GATS noch nicht zugeschlagen hat, folgt die britische Regierung seit Thatcher der neoliberalen Privatisierungspolitik. Dabei benutzt sie die Salamitaktik. Teile aus dem nationalen Gesundheitsdienst werden heraus gebrochen und privatisiert. Die verbleibenden Teile müssen dann mit diesen konkurrieren. Die Folgen, besonders für Frauen im Gesundheitsbereich sind verheerend. Sie stellen die

Mehrzahl der Arbeitskräfte in diesem Sektor und sind auch als Patientinnen negativ betroffen.

Christa Wichterich (NRO-Frauenforum) betonte, dass es gerade für Frauen gute Gründe gibt, gegen GATS zu sein. Sie sind in besonderer Weise und stärker betroffen von der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, weil das GATS ein Instrument „zum Wohle“ der Unternehmen ist, wie die EU selbst sagt, nicht für das Gemeinwohl. Für Frauen bedeutet GATS wachsende Arbeitslosigkeit, mehr Arbeitshetze, mehr Jobunsicherheit, Billigjobs, mehr Konkurrenz. GATS ist ein Schlag ins Gesicht der Demokratie, bedeutet weniger Sorge um Qualität, weniger Rücksicht auf die Ökologie und größere gesellschaftliche Polarisierung zwischen denen, die sich die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse noch leisten können und denen, die es nicht mehr können.

Eva Hack berichtete, wie sämtliche Sozialeinrichtungen in Deutschland, die privaten, wie die öffentlichen, die profitträchtigen wie die gemeinnützigen Vereine eine sog. Qualitätskontrolle durchführen müssen. Maßstab für „Qualität“ ist dabei die ISO-Industrienorm, die für Maschinen erfunden wurde. Hilfesuchende sind jetzt „Kunden“. Der 1976 von Feministinnen gegründete Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“ ist inzwischen eine GmbH., eine Firma, die nur nach Kosten-Nutzen-Erwägungen geführt wird.
Viele der Plenumsvorträge waren begleitet von Berichten über den Widerstand gegen diese menschen- und naturverachtende Politik, die alles und jedes zur Ware auf einem globalen, kapitalistischen Markt macht. Dieser Widerstand beschränkt sich nicht nur auf die Länder des Südens, die schon seit langem diese Politik als Folge der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF erfahren. Auch in Kanada wehren sich die Menschen mit Erfolg gegen GATS und die Privatisierungspolitik.

Theresa Wolfwood berichtete, wie die Bevölkerung die Komplizenschaft der Regierung mit den amerikanischen Investoren aufdeckt und bekämpft – z.B. mit Pepsi Cola im Schul- und Universitätssektor. „Befinden wir uns hier in einer Coca Cola oder einer Pepsi-Cola Universität?“ fragte sie uns. Städte wie Vancouver und die Provinz British Columbia weigern sich, die GATS-Politik der Regierung in Ottawa mitzumachen. Sie haben sich zu **„GATS-freien-Zonen“** erklärt.

Claudia von Werlhof zeigte auf, dass GATS und die Privatisierungen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich nicht nur die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre, sondern auch die grundlegenden Begriffe von Wissen und Erkenntnis zerstören. Was übrig bleibt ist maschinenhaftes Wissen, ohne Subjekte, ohne Hirn und Herz, das im Endeffekt nicht einmal für die Verwertungszwecke des privaten Kapitals nützlich ist. Die Folge: Es funktioniert bereits heute nichts mehr. Die Computer sind voll. Die Hirne und Herzen sind leer.
Gegen diese Zerstörung des lebendigen Zusammenhangs, den die Universitätsreform in **Österreich** – wie auch in Deutschland – anstrebt, ist in Österreich eine starke Protestbewegung zunächst an der Universität Innsbruck entstanden. Sie umfasst nicht nur Studenten, sondern auch Professoren und hat darüber hinaus dazu geführt, dass sich auch in anderen Städten, sogar in Wien Widerstand rührt und dass inzwischen ein „Forum gegen GATS“ existiert. Dieses Anti-GATS Forum hat bereits jetzt erreicht, dass sich, wie damals gegen das MAI, Städte und Länder, z.B. das Burgenland und Vorarlberg zu „GATS-freien-Zonen“ erklären.

Am Samstag Nachmittag fand eine Vertiefung und Erweiterung der angesprochenen Themen in Arbeitsgruppen statt. Dazu waren auch Referentinnen aus osteuropäischen Ländern eingeladen. Auf diese Weise brachte der Kongress Frauen aus dem Süden, dem Norden und dem Osten in einem intensiven Gedanken- und Erfahrungsaustausch zusammen. Er bedeutete für alle eine Bereicherung und Ermutigung.

Am Sonntag Vormittag ging es um Widerstand, Perspektiven und Alternativen und mögliche langfristige und kurzfristige Aktionen . Der Abschluss des Kongresses war so etwas wie die Ernte der vorangegangen Tage. Es wurde deutlich, dass die „Andere Welt“ von der Attac und viele andere seit den Sozialforen von Porto Alegre sprechen, nicht nur ein frommer Wunsch ist, sondern schon in vielfältiger Form Gestalt annimmt, z. T. als Ergebnis der Kämpfe gegen die neoliberale Bankrott-Politik.

Eindrücklich berichtete **Maite Llanos** (Argentinien) wie sich die Menschen und wiederum besonders die Frauen erfolgreich gegen die neoliberale Politik von WB, IWF und WTO wehren, gegen die Regierungen, die diese Politik ohne Not in Argentinien durchgesetzt und dieses reiche Land in kurzer Zeit in Armut, Abhängigkeit und den Bankrott gestürzt haben.
Frauen führten den Kampf gegen diese Regierungen mit ihren Casserolazzos an, den Topfdeckel-Demonstrationen. Sie zogen aus den Küchen aus und blockierten als „Piqueteras“ mit den Männern die Straßen und Straßenkreuzungen, sodass der Abtransport der notwendigen Güter verhindert wurde. Sie nahmen Teil an den Volksversammlungen, bei denen über eine andere Wirtschaft und Politik diskutiert wurde. Die Mütter der Plaza de Mayo marschierten an der Spitze dieser Züge.
Als die Unternehmer ins Ausland flüchteten, übernahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen die Fabriken und produzierten weiter. Aber nicht mehr für den Export, sondern für die eigene Bevölkerung. Frauen übernahmen so eine Textilfabrik und führten die Produktion weiter, für den eigenen Markt. Als die Polizei sie raus warf und auf die Strasse setzte, nahmen sie die Nähmaschinen mit und nähten auf der Strasse weiter.

Helena Norberg Hodge (England) zeigte auf, dass eine andere Ökonomie nicht nur nötig, sondern auch möglich ist, wenn der neoliberalen Globalisierung bewusst die **Lokalisierung** entgegengesetzt werde. Dies geschieht jetzt schon in England in einigen Gegenden.
In dieser Widerstandsaktion wird symbolisch deutlich, dass jetzt auch für Frauen ein historisch neues Kapitel aufgeschlagen ist: Raus aus der Küche, raus aus Fabrik und Büro – raus auf die Strasse! Dieses Motto bedeutet das Gegenteil der offiziellen Gender-Mainstreaming Strategie, die nichts anderes bezweckt, als die Frauen (Gender) in den „Mainstream“ – den neoliberalen, kapitalistischen, globalen

Markt einzuführen, als Billiglohnarbeiterin, Ich-AGs, prekäre Dienstleisterin, Sex-Arbeiterin, Putzfrau, Dienstmädchen, Heimarbeiterin, Computerarbeiterin.

Der Beifall aus dem Plenum, das bis zum Schluss voll besetzt war, zeigte, dass die Botschaft des Kongresses angekommen war. Die Konfrontation der Frauen mit dem Bankrott der derzeitigen Wirtschaftspolitik weltweit, die nur zu weiteren Kriegen wie im Irak führt, führte jedoch nicht zu Resignation und Lähmung. Im Gegenteil. Alle Frauen fühlten sich ermutigt und gestärkt durch die internationalen Beispiele des erfolgreichen Widerstands. Der Austausch untereinander war für alle eine große Bereicherung.

In der Schlussrunde sprühten sie nur so von kreativen Aktionsvorschlägen – langfristigen sowie kurzfristigen, auf der kommunalen wie der nationalen und globalen Ebene. Betont wurde die Notwendigkeit der Einmischung auf der lokalen Ebene, denn dort stehen die wichtigsten Veränderungen durch das GATS an: die Privatisierung von Wasser, Schulen, Gesundheitsdiensten und allgemein der öffentlichen Daseinsvorsorge.

In einem globalen Aktionsaufruf wurden Frauen aufgerufen, offensiv bei ihren Kommunen und Regierungen gegen GATS und die Privatisierungspolitik zu protestieren. Die Frauen sollen nicht abwarten, bis hinter ihrem Rücken die kommunale Daseinsvorsorge privatisiert oder kommunales Eigentum durch CROSS BORDER LEASING GESCHÄFTE oder PPP Verträge verscherbelt worden ist. Sie sollen in ihren Kommunen, Ländern und bundesweit ein Verbot dieser dubiosen Geschäfte fordern.
Vor allem wurde betont, dass Wasser ein kommunales Gut ist, das auf keinen Fall privaten Interessen ausgeliefert werden dürfe. Frauen sollten sich aktiv in den kommunalen und internationalen Kampf gegen die Privatisierung des Wassers einklinken.

Da die meisten Frauen weder über GATS noch über die klammheimliche Privatisierungspolitik Bescheid wissen und Politiker und Medien diese Aufklärung nicht leisten, war ein Vorschlag, die Medien und die Politiker nach GATS zu fragen. Auch der Arbeitsplatz sollte ein politischer Ort werden. Frauen sollten Kollegen und Kolleginnen nach GATS fragen und eine eigene Meinung dazu formulieren. Zur Aufklärung von Frauen sollten Studienkreise zu GATS und Privatisierung gebildet werden, wo Frauen sich selbst kundig machen sollten, damit sie als Multiplikatorinnen wirken könnten. Man müsse die Abhängigkeit von „Expertinnen“ durchbrechen. Auf der Website von attac könne frau sich die wichtigsten Informationen besorgen (www.gats-kritik.de).

Auf globaler Ebene wurde ein sofortiger Aktionsaufruf für Frauen gegen die Privatisierung des Wassers vorgeschlagen. Frauen wurden aufgerufen, aktiv bei den Widerstands-aktionen gegen einzelne Konzerne, dem G8-Gipfel (1.-3. Juni in EVIAN) ,gegen die nächste Ministerkonferenz der WTO im September in Cancun, (Mexiko) mitzumachen. Dort soll GATS weiter festgeklopft werden.

Auf europäischer Ebene solle die begonnene Vernetzung auf dem nächsten Europäischen Sozialforum am 2. November in Paris fortgesetzt werden. Das nächste Weltsozialforum findet im Januar 2004 in Mumbay (Indien) statt. Auch dazu wurden erste Kontakte geknüpft

Gefordert wurde ein Moratorium für alle neuen Freihandelsabkommen.

In allen Ländern müssten Referenden über diese Verträge stattfinden.

Allen war klar geworden:
Das GATS muss weg! Es lässt sich nicht verbessern.

Das Fazit des Kongresses kann so formuliert werden:
Wir sind viele und wir werden den Raub an unseren Lebensgrundlagen: Wasser, Wissen, Kultur, Gesundheit nicht zulassen. Unsere Solidarität mit allen Schwestern und Brüdern weltweit, mit allen Schwachen ist kein Dienstleistungsmarkt. Wir sind die Mehrzahl, wir haben Intelligenz und Kraft. Die Welt ist keine Ware, die Natur ist keine Ware, wir Frauen sind keine Ware.

Der Kongress schloss mit der Erklärung von Ilona Plattner, Koordinatorin des Frauennetzes Attac, das den Kongress organisiert hatte: HEUTE HABEN WIR EINEN WESENTLICHEN SCHRITT GETAN EIN WELT-FRAUENSOZIALFORUM ZU REALISIEREN.

Am Schluss fand noch eine Spontandemonstration statt, die die Botschaft dieses Kongresses an die Öffentlichkeit brachte:

Zurück zum Inhaltsverzeichnis